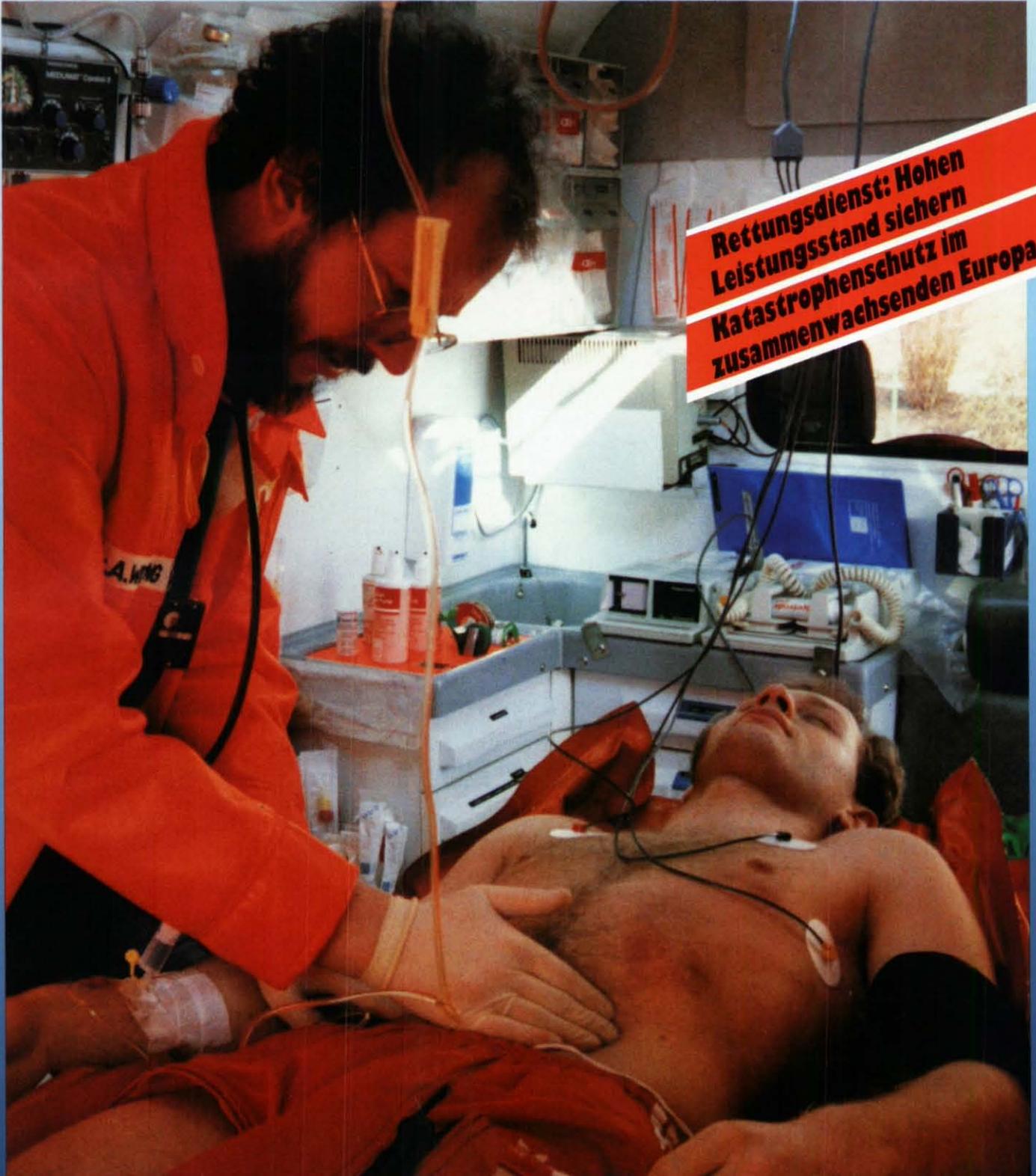


Zivil/20

Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**Rettungsdienst: Hohen
Leistungsstand sichern
Katastrophenschutz im
zusammenwachsenden Europa**



Brand im Göttinger Universitätsklinikum

Bei einem Brand im siebengeschossigen Bettenhaus des Göttinger Universitätsklinikums kam am Dienstag, dem 10. Dezember 1991, ein 60jähriger Patient ums Leben, der sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Die Feuerwehrleute fanden ihn bei Löscharbeiten im dritten Stock des Krankenhauses. Zwei weitere Patienten sowie eine Krankenschwester konnten von der Feuerwehr aus den Zimmern neben dem Brandherd über eine Drehleiter gerettet werden.

Vorsorglich wurden vom Klinikpersonal aus mehreren Etagen des Bettenhauses rund 250 Patienten evakuiert. Die Evakuierungsmaßnahmen verliefen schnell und reibungslos. Sprecher der Feuerwehr und Polizei hoben hervor, daß es zu keinerlei Panikreaktionen gekommen sei.

Der Sachschaden beläuft sich nach Angaben des Staatshochbauamtes Göttingen auf rund fünf Millionen Mark. Die neurologische Station, auf der das Feuer ausgebrochen war, ist völlig zerstört.

Kunststoffmaterialien haben nach ersten Erkenntnissen zu der enormen Rauchentwicklung geführt, die die Lösch- und Bergungsarbeiten erheblich erschwerten. Als Konsequenz soll nun überprüft werden, ob ein Teil der in den Bettenhäusern verbauten Kunststoffe durch andere Materialien ersetzt werden muß.

Niedersachsens Wirtschaftsministerin Helga Schuchardt, die sich in der Klinik persönlich ein Bild vom Ausmaß des Brandes machte, hat eine genaue Schwachstellenanalyse angefordert.

In einem Brief an den Ärztlichen Direktor des Universitätsklinikums dankte die Ministerin den Mitarbeitern des Klinikums für das Engagement und die Umsicht, mit der sie geholfen hätten, großen Schaden vom Klinikum und seinen Patientinnen und Patienten abzuwenden.



Oben: Von einer Drehleiter aus bekämpfen Wehrmänner das Feuer.

Rechts: Ein Blick in den völlig ausgebrannten Flur im dritten Stock des Bettenhauses. (Fotos: Otto)



Anschrift der Redaktion:
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401
Telefax 840702

Impressum:
Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:
O. Ulrich Weidner

Redaktion:
Sabine Matuszak,
Günter Sers, Paul Claes

Layout:
Paul Claes

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**
Druckhaus Neue Presse
Postfach 2563
8630 Coburg
Tel. 09561/647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-
halten. Abonnements werden am Beginn des
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Umschau 2

Aktuelles im Blickpunkt

Katastrophenschutz im zusammenwachsenden Europa 6

Chancen für neue Denkansätze

„Es gibt derzeit keine sinnvolle Alternative“ 11

25 Jahre Akademie für zivile Verteidigung

Die Entwicklung des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland 17

Analyse des rettungsdienstlichen Einsatzgeschehens

„Herfststorm/Herbststurm“ 25

Deutsch-niederländische Katastrophenschutzübung

Bundesverband für den Selbstschutz 30

Technisches Hilfswerk 36

Warndienst 38

Deutsches Rotes Kreuz 41

Arbeiter-Samariter-Bund 44

Johanniter-Unfall-Hilfe 46

Malteser-Hilfsdienst 48

Deutscher Feuerwehrverband 50

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 52

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/ -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 53

Wissenschaft und Technik 59

Bücher 61

Jahresregister für 1991 63

Minimagazin U 3

Stuttgart: Helferempfang bei Ministerpräsident Erwin Teufel

„Eine Gemeinde lebt nicht nur von den registrierten Einwohnern, sondern auch von den Bürgern, die sich engagieren und mehr tun als andere. Dieses soziale Element ist eine unbezahlbare Leistung“, betonte Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel anlässlich eines Empfangs für die Helferinnen und Helfer der im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen im Barocksaal des „Neuen Schlosses“ in Stuttgart. Teufel dankte für das Engagement und den Freizeiteinsatz zum Wohle der Bürger und meinte weiter: „Ihre Tätigkeit ist im In- und Ausland notwendig und segensreich. Sie sind die Organisationen, die auch in kritischen Lagen Hilfe bringen. Ihre Verdienste können gar nicht genug gewürdigt werden.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte der Ministerpräsident u. a.: „Sie sind in den unterschiedlichsten Rechtsformen organisiert und erhalten zur Bewältigung ihrer mannigfaltigen Aufgaben finanzielle Zuschüsse oder werden vom Staat finanziert. Die Finanzierung durch öffentliche Hände, durch den Bund, das Land und die Kommunen ist nicht in allem berauschend. Das sehen wir nicht anders als Sie selbst. Aber wir müssen auch die große Konkurrenz der Aufgaben und auch die beengte Haushaltslage bedenken ...“

Es fehlt im Katastrophenfall kaum an der Mittelausstattung, eher gelegentlich an einer optimalen Organisation der Einsatzmittel und -kräfte. Das Schutzniveau in Deutschland ist, auch im Vergleich zu den europäischen Nachbarlän-

dern, hoch, in Baden-Württemberg besonders hoch“, so der Ministerpräsident.

Abschließend ging Teufel auf die veränderte globale Sicherheitslage ein und wies u. a. darauf hin, daß ohne den Einsatz von Zivildienstleistenden im Rettungswesen manches darniederliegen würde. Er dankte den vom Wehrdienst freigestellten Helfern für ihren Einsatz und betonte, daß sich der Katastrophenschutz zu einem großen Teil auf sie stütze. Probleme der Wehrgerechtigkeit und der Kräftemangel in den Sozialen Diensten hätten, so Teufel, zu einer Debatte über die Einführung eines Sozialen Pflichtjahres geführt: „Ich meine, in erster Linie sollten wir gerade in Ihrem Aufga-

benbereich weiter auf Freiwilligkeit, auf den ehrenamtlichen Einsatz setzen. Ein Pflichtjahr kann zu einer notwendigen Ergänzung werden. Aber niemand sollte meinen, dadurch ließen sich alle Probleme lösen.“

Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Rolf Englerth, dankte Teufel im Namen aller Hilfsorganisationen für die Einladung der Landesregierung zu diesem Empfang und plädierte dafür, den durch die politischen Veränderungen verbundenen Wandel im Katastrophenschutz zu nutzen, um verkrustete Strukturen aufzubrechen. „Schön wäre es, wenn die neuen Regelungen den Katastrophenschutz weniger verwalten würden als bis-

her und der gut ausgebildete Helfer mehr im Vordergrund stünde, der auf eine geeignete und sinnvolle Ausstattung zurückgreifen kann.“ Englerth forderte alle politisch Tätigen und die Angehörigen der verschiedenen Hilfsorganisationen auf, mehr als bisher für eine qualifizierte Nachwuchsarbeit zu tun.

Bis in die späten Abendstunden hatten die Helferinnen und Helfer Gelegenheit, mit Minister Teufel zu sprechen, Anregungen oder Nöte vorzutragen. Einen breiten Raum nahmen auch die Gespräche über die Organisationsgrenzen hinweg ein.

Unser Bild zeigt Ministerpräsident Erwin Teufel bei seiner Ansprache.

(Foto: Larsen)



Neues „Spenden-Siegel“ schützt vor betrügerischen Hilfsorganisationen

Rund 4 Milliarden Mark spenden die Bundesbürger jährlich für soziale Zwecke. Mehr als 20 000 Hilfsorganisationen versuchen, einen möglichst großen Anteil aus diesem Spendenaufkommen zu erhalten. Dabei scheint jedes Mittel recht: Emotionalisierung statt Information, Mitleid statt Mitverantwortung, Scheinheiligkeit statt Nächstenliebe. Tagtäglich praktizieren „Drückerkolonnen“ – insbesondere in den neuen Bundesländern – die Jagd nach der „schnellen“ Mark. Daß gerade bei den gewerblichen Sammlern bis zu 80 Prozent des ersten Jahresertrages der Bezahlung der sogenannten Helfer, nicht aber der Linderung der Not dienen, wissen die Spender nicht.

Dieser unkontrollierbaren Entwicklung hat das „Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen“ (DZI), Berlin, mit der Einführung eines „Spenden-Siegels“ verschärft den Kampf angesagt. Über seine bisherige Auskunftstätigkeit hinaus wird das Institut jetzt die seriösen Hilfsorganisationen kennzeichnen. Dazu verpflichten sich diese zu sachgerechter Spendenwerbung, sparsamer Mittelverwendung, angemessener Vergütung ihrer Mitarbeiter, nachvollziehbarer Rechnungslegung und einheitlicher Selbstdarstellung.

Das „Spenden-Siegel“ wird für die Spender Orientierungshilfe und Sicherheit bringen und Vertrauen zu den seriösen Hilfsorganisationen schaffen. Zweimal jährlich wird eine Liste jener Organisationen veröffentlicht, die den DZI-Prüfungsausschuß erfolgreich durchlaufen haben. Die Plakette gilt für ein Jahr.

Die Bundesrepublik Deutschland ist das erste Land in der Europäischen Gemeinschaft, das ein „Spenden-Siegel“ einführt. Die Niederlande

und England haben ebenfalls Interesse bekundet, den Markt der „Privaten“ zu überwachen. Verlässlichkeit und Transparenz soll das „Spenden-Siegel“ vor allem auch ab 1993 bringen, wenn von jedem Land der EG aus in den jeweils anderen gesammelt werden darf.

Die Vergabe des „Spenden-Siegels“ hat in der Schweiz seit mehr als drei Jahrzehnten und in Schweden gute Ergebnisse gebracht.

Sicherheitsmängel bringen Kunden in Lebensgefahr

Im Falle eines Brandes hätten die Kunden in vielen Geschäften kaum eine Überlebenschance. Dies ist das erschreckende Ergebnis einer Recherche der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, deren Mitarbeiter 55 Geschäfte und Warenhäuser in Köln, Bonn, Düsseldorf, Aachen, Dortmund und Münster auf vorgeschriebene Notausgänge und Fluchtwege überprüften.

Von den 55 „Testkandidaten“ verstießen 41 gegen die gesetzlichen Vorschriften. So zum Beispiel war die Notausgangstür eines großen Kölner Fachgeschäftes mit starkem Draht gesichert und auf die Schnelle nicht zu öffnen. Dabei ist Paragraph 11 der Verordnung über den Bau und Betrieb von Geschäftshäusern eindeutig: „Rettungstüren müssen von innen mit einem Griff leicht in voller Breite geöffnet werden können. Riegel an diesen Türen sind nicht zulässig.“ Doch auch andere Forderungen des Gesetzgebers werden von den Verantwortlichen im Handel schnell ignoriert. So beispielsweise sind Richtungspfeile, die im Brandfall den schnellsten Weg in die Sicherheit weisen sollen, meist schwer in der Schilder- und Plakatflut der Geschäfte auszumachen.

„Seltsam Brenzliges“ hat sich ein Geschäft in einer Kölner Einkaufspassage für den Fall der Fälle ausgedacht: Pfeile leiten Flüchtende statt zur freien Treppe in einen chaotischen Lagerraum – schnelles Entrinnen unmöglich. Ein anderes Ärgernis, auf

das die Tester immer wieder stießen, Fluchtwege werden als Zwischenlager für Kartons und Waren genutzt – rasches Durchkommen aussichtslos. Den Vogel dabei abgeschossen hat nach Angaben der Verbraucherzentrale NRW ein Kaufhaus in Düsseldorf: Gleich an drei Notausgängen im zweiten Obergeschoß scheiterten die Tester. Gartenmöbelpolster und Trimmgeräte, Lampen und Paletten bildeten eine nicht überwindbare Barrikade.

Ein Düsseldorfer Herenausstatter wiederum schickt seine Kunden in einem Notfall in ein dunkles Verlies. Dort gilt es, eine senkrechte, schmale Sprossenleiter zu erklimmen. Alte und körperlich gebrechliche Menschen müßten hier im Fall der Fälle kapitulieren.

Daß derart gravierende Mängel regelmäßig von den zuständigen Kontrolleuren übersehen werden, erstaunt Kenner keineswegs. Manche Bauaufsichtsämter nämlich schauen jedes Jahr um die gleiche Zeit „auf einen Blick“ vorbei. In Bonn etwa begibt sich die Ordnungsbehörde –

Grußwort

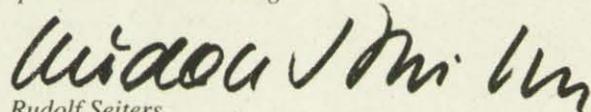
Liebe Helferinnen und Helfer!

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich alles Gute für das Jahr 1992. Zugleich danke ich Ihnen herzlich für Ihr uneigennütziges Wirken zum Schutze der Bevölkerung und zur Rettung von Menschen. Wie in den vergangenen Jahren auch, haben Sie bei zahlreichen und oft unter sehr schwierigen Bedingungen durchgeführten Einsätzen im In- und Ausland ein tätiges Beispiel für Humanität, Selbstlosigkeit und Verantwortungsbereitschaft gegeben.

Danken möchte ich auch all denen, die abseits aktueller Einsätze durch ihr freiwilliges und ehrenamtliches Engagement mit dazu beigetragen haben, daß der Katastrophen- und Bevölkerungsschutz weiter an Leistungsfähigkeit gewonnen hat. Gerade die Helferinnen und Helfer in den neuen Bundesländern haben 1991 hier Vorbildliches beim Aufbau des Hilfeleistungssystems geleistet.

Sie alle gewährleisten durch Ihren persönlichen Einsatz den Schutz unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Ich wünsche Ihrem Wirken auch in diesem Jahr den notwendigen Erfolg und die entsprechende Anerkennung.



Rudolf Seiters
Bundesminister des Innern

auf Weisung des Regierungspräsidenten – immer in den ersten beiden Weihnachtswochen auf den obligatorischen Kontrollgang. Auf diese Regelmäßigkeit kann sich der Handel relativ gut einrichten, doch selbst dann werden die Inspektoren oftmals noch fündig.

Natürlich gibt es, wie bei allem, auch Ausnahmen, jedoch für das Gros der Branche gehört Nachlässigkeit in dieser Sache zum alltäglichen Geschäft. Brandamtsrat Rolf Düren aus Bonn weiß darüber ein Lied zu singen: „Die reduzieren ihre Notausgangsschilder auf 5 x 20 Zentimeter, aber über ihre Oberhemden für 9,95 DM hängen sie Tafeln von 1 x 2 Metern.“ Wohlgermerkt, mit Segen des Gesetzgebers. Größen für die rettenden Hinweise sind nämlich nicht vorgeschrieben.

Dagegen werden die Sicherheitsbeauftragten der Kaufhäuser nicht müde, ihre Schutzmaßnahmen aufzuzählen: ein-, zwei- und dreistufige Sicherheitspläne, Feuerlöscher, Hydranten, Sprinkleranlagen und Schutztüren. Im Ernstfall jedoch bringt der Hitzestau die Schaufenster in der Regel schnell zum Bersten. Die einströmende Luft führt blitzschnell zur sogenannten „Direktzündung“, die explosionsartig ganze Etagen in Schutt und Asche legt. Bleibt nur zu hoffen, daß die zuständigen Behörden Maßnahmen in die Wege leiten, die in Zukunft einen weniger gefährlichen Einkauf gewährleisten.

Zugunglück im Sauerland

Am 15. Dezember 1991 kam es am frühen Morgen auf der Bundesbahnstrecke Ruhr-Sieg bei Plettenberg im Sauerland zu einem Zugunglück, bei dem ein Lokführer tödlich verletzt wurde. Von einem Güterzug hatten sich neun Waggons, vermutlich aufgrund einer gebrochenen Zugstange oder einer defekten



Kupplung, gelöst und dabei den gesamten Zug gestoppt. Beim Aufprall eines nachfolgenden Güterzugs auf den Restzug kam dessen Lokführer ums Leben. Unser Foto zeigt den eingedrückten Führerstand der Bundesbahnlokomotive. (Foto: dpa)

Privatflugzeug stürzte auf Wohnhaus

Anfang November stürzte in Darmstadt ein zweimotoriges Privatflugzeug auf ein

dreigeschossiges Wohnhaus im dichtbesiedelten Stadtteil Bessungen. Außer den beiden Insassen des Flugzeugs, einem Ehepaar, kamen bei dem Unglück zwei Hausbewohner ums Leben, fünf weitere wurden leicht verletzt. Die offenbar im Steilflug abstürzende



Maschine rasierte das gesamte Dachgeschoß glatt ab und blieb zwischen den Dachstühlen zweier benachbarter Häuser stecken.

Die Polizei vermutet, daß die Unglücksmaschine, die sich auf dem Flug von Mannheim nach Mülheim an der Ruhr befand, über Darmstadt einen Motorschaden hatte. Darauf deuten Zeugenaussagen hin, die das mehrere Minuten niedrig über der Stadt kreisende „stotternde“ Flugzeug gehört hatten. Unser Bild zeigt das total zerstörte Wohnhaus am Tag nach dem Unglück (Foto: dpa)



15 Millionen Mark Schaden

Ein Großfeuer hat ein Holzlager in der ostholsteinischen Kleinstadt Mölln im Landkreis Lauenburg vollständig vernichtet. Nach ersten Schätzungen der Polizei entstand 15 Millionen Mark Sachschaden. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Den Feuerwehren gelang es zunächst nicht, den Brand unter Kontrolle zu bringen. Da auf dem Firmengelände auch Chemikalien verbrannten, wurden die Bewohner der benachbarten Wohngebiete evakuiert. (Foto: dpa)

Flugzeug in Kornfeld gestürzt

Kurz nach dem Start vom Flugplatz Leverkusen-Kurtekotten stürzte ein einmotoriges Sportflugzeug in ein Kornfeld. Mehrere Segelflugzeuge hatte der Pilot bereits hochgeschleppt, beim elften jedoch gab es in einer Höhe von etwa 100 Metern Probleme mit dem Motor. Der Segelflieger klinkte das Schleppseil aus und landete sicher auf dem Flugplatz. Der Pilot des Sportflugzeuges versuchte noch eine Notlandung, stürzte

aber ab. Er wurde bei dem Aufprall mit seinem Sitz aus dem Flugzeug geschleudert und schwer verletzt.

(Foto: Dube)

Wetzlar: Notruf 112 geht jetzt zur Zentralen Leitstelle

Auf Betreiben des Kreis Ausschusses des Lahn-Dill-Kreises wurden nach umfangreichen technischen Arbeiten die Telefonanlagen bei der Zentralen Leitstelle in Wetzlar erweitert. Zu den bereits bestehenden Feuerwehr-Notrufschaltungen aus den Ortsnetzen Haiger, Dillenburg, Herborn und Wetzlar sind jetzt auch die Ortsnetze Beilstein, Breitscheid, Dietzhöhlental, Driedorf, Eschenburg und Siegbach zugeschaltet. Bisher gingen die Feuerwehrnotrufe 112 zusammen mit dem Polizeinotruf 110 bei den zuständigen Polizeistationen ein.

Mit der Trennung der Notrufschaltungen wurden die Alarmwege wesentlich verkürzt und die Koordination der Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdiensten entscheidend verbessert.

Alle abgesetzten Feuerwehrnotrufe 112 aus den vor-

genannten Ortsnetzen laufen somit bei der „Zentralen Leitstelle des Lahn-Dill-Kreises“ in Wetzlar auf, die dann die erforderlichen Maßnahmen umgehend einleiten kann. Die Gebühr hierfür zahlen die jeweils angeschlossenen Gemeinden. Die restlichen Ortsnetze aus dem südlichen Lahn-Dill-Kreis sollen im Jahre 1992 geschaltet werden.

Pfarrer betreuen Unfallopfer

Der Malteser-Hilfsdienst in der Erzdiözese Bamberg ist als erste Rettungsdienst-Organisation der ökumenischen „Arbeitsgemeinschaft Seelsorge in Feuerwehr und Rettungsdienst“ beigetreten. In dieser Arbeitsgemeinschaft, die Hanjo von Wietersheim, evangelischer Pfarrer und selbst ausgebildeter Rettungsassistent, 1990 gründete, haben sich 40 überwiegend evangelische Pfarrer zusammengeschlossen. Sie wollen u. a. sowohl Seelsorger über richtiges Verhalten am Unfallort aufklären als auch die Mitarbeiter in den Feuerwehren und Rettungsdiensten darüber informieren, wo sie Pfarrer erreichen können, falls ein Unfallbeteiligter dies wünscht.



Katastrophenschutz im zusammenwachsenden Europa

Chancen für neue Denkansätze im Gefahren- und Umweltschutz

Im Rahmen der ARKAT-Fachtagung „Katastrophenschutz – Partnerschaft für Bürger und Umwelt im zusammenwachsenden Europa“ hielt Dr. Paul Wilhelm Kolb den nachfolgenden auszugsweise abgedruckten Vortrag. Der Beitrag befaßt sich mit den immer wichtiger werdenden Fragen der Harmonisierung des Systems Mensch – Technik – Umwelt und enthält aus nationaler und europäischer Sicht neue Denkansätze für den Gefahren- und Umweltschutz.

Niemals zuvor hat sich die Menschheit so intensiv mit den Problemen ihrer Daseins- und Überlebensfähigkeit beschäftigt wie in unserer Zeit. Wir erkennen immer mehr, wie eng vernetzt die Lebensbedingungen im Weltmaßstab sind. Auch, daß wir dank der Entwicklung der Informationstechnik viel schneller und intensiver wahrnehmen können, welche existenziellen Gefahren uns lebenslang begleiten. Daß Leben in der Spanne Zeit, die seinem Träger geschenkt ist, immer ein Wagnis darstellt, das wußten schon die Alten. Auch daß diese Gefährdungen unterschiedlich, in mancher Beziehung anlagebedingt, vielfach schicksalhaft und nicht immer vorhersehbar sind.

Heute ist uns unvergleichbar mehr über die den einzelnen, die Gesellschaft, das Gemeinwesen und die Gattung Mensch insgesamt bedrohenden Gefahren bekannt. Dies ist vor allem der explosionsartigen Vergrößerung unseres Wissens als

Folge des technisch-wissenschaftlichen Fortschrittes seit Mitte des vorigen Jahrhunderts zu verdanken. Diese, das Geschichtsbild unserer Tage immer mehr prägenden Erkenntnisse und Eindrücke, finden ihre Spiegelung in so aussagestarken Begriffen wie „Dritte technische Revolution“, „Neue Aufklärung“ und „Informationsgesellschaft“. Daraus ist abzuleiten, daß eine auf der Höhe der Zeit stehende Analyse und Bewertung von gemeingefährlichen Ereignissen in einer Kombination von Methoden und Erkenntnissen der

eine gemeinverständliche, im besten Sinne natürliche, das heißt nicht an begrifflich-künstliche Grenzen gebundene Betrachtungsweise Platz greifen, wenn dem Anliegen die ihm zukommende Popularität gesichert werden soll. Die weithin mit der Aufgabenbeschreibung im Rahmen einer Aufbau- und Ablauforganisation dienende Begriffsbestimmungspraxis bürokratischer Systeme ist dafür also weniger geeignet. Ich will dies, und, was viel wichtiger ist, die Tatsache, daß überall, wo menschliche Schutzanliegen in Rede stehen, vielfach elementare Gleichartigkeiten von Verursachung und Betroffensein vorliegen, anhand von Beispielen aufzeigen.



Dr. Paul Wilhelm Kolb (Foto: Hilberath)

Natur-, Geistes- und Informationswissenschaft mit anwendungsbezogenen Erfahrungen zu geschehen hat.

Allerdings muß bei der Schilderung und Erklärung komplexer Gefährdungstatbestände und ihrer Verhütung, Linderung und Behebung

Mensch und Technik

Bei dem in Köln vom Technischen Überwachungsverein Rheinland veranstalteten Weltkongreß für Sicherheitswissenschaft haben sich 1500 Wissenschaftler und Praktiker darüber Gedanken gemacht, wie der Mensch im Umgang mit Technik vor Schaden bewahrt werden kann. Es bestand weithin Einigkeit darüber, daß Risiken in erster Linie durch sogenannte komplexe Wechselbeziehungen zwischen Technik einerseits und Mensch und Umwelt andererseits entstehen können. Die begrifflich und anwendungsbezogen bislang noch weithin getrennt behandelten arbeits- und umweltschutztechnischen Fragen müßten deshalb mehr und mehr ganzheitlich verstanden und behandelt werden.

Als die modernen Risikobereiche schlechthin wurden Energie, chemische Stoffe, das Verkehrswesen und die Produktionsfaktoren ausgemacht. Besonders exemplarisch für die Beurteilung und Bewertung von Wagnissen wurde dabei das Verkehrswesen herausgestellt. So entstehen in seinem Bezugsfeld weltweit die meisten tödlichen Unfälle. Allein in den Industrieländern sind jährlich etwa 10 bis 20 Todesfälle je 100 000 Einwohner (95 % davon im Straßenverkehr) zu verzeichnen. Ursächlich dafür ist zumeist menschliches Fehlverhalten. Neben dem Faktor Vorbeugen durch Verhaltenstraining, Gebote und Verbote ist deshalb die flächendeckende Präsenz schneller medizinischer Hilfe besonders ausschlaggebend. Fehlverhalten kann von fehlgestalteter und fehlgeschalteter Technik verursacht werden. In alle Risikovermeidungsüberlegungen muß deshalb die fehlerfreie Verständigung zwischen Mensch und Technik als Oberziel eingeführt werden. Die Schnittstelle zwischen Mensch und Technik muß so beschaffen sein, daß insbesondere aus sich anbahnenden Notfällen keine Katastrophen entstehen. Diese Problematik ist überaus schwierig zu handhaben. Dies beweist nicht zuletzt die Entstehung der Katastrophe von Tschernobyl. Zu ihr ist es gekommen, obwohl gerade bei der Nutzung von Kernenergie und Raumfahrt sicherheitswissenschaftliche Überlegungen zu Risikominimierung im Gegensatz zur herkömmlichen Technologie des Tages die höchste Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Dem menschlichen Fehlverhalten als Quelle von Risiken müssen deshalb weit mehr als bisher auch die Verhaltenswissenschaft und die Psychologie ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Um beim Straßenverkehr zu bleiben: Wie sehr sind für das Reagieren und Verhalten der Verkehrsteilnehmer individuelle Eigenschaften wie z. B. Intelligenzgrad, die charakterliche Steuerung, die Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit, Stimmungen und gesundheitliche Befindlichkeiten maßgeblich?

Im Grunde kann jeder zu irgendeiner Zeit Träger eines Risikos sein. Das bedeutet allein schon, daß jeder sechste Verkehrsteilnehmer ein oder mehrere Medikamente eingenommen hat, wenn er an so komplizierten und verwickelten Kommunikationsstrukturen wie dem Straßenverkehrsgeschehen teilnimmt. Da bietet

es nur einen geringen Trost, daß mathematisch-statistisch gesehen die Zahl der Beinahe- und der Nichtunfälle unverhältnismäßig viel höher liegt als die der tatsächlichen Unfallereignisse.

Da auch in anderen Problembereichen ähnliche Resultate gefunden wurden, kann aus guten Gründen festgestellt werden, daß der Umfang mit technischen Risiken, wissenschaftlich gesehen, noch in den Kinderschuhen steckt. Auch für uns werden als vordringlich zu lösende Aufgaben deshalb gesehen:

- Wie ist Risiko überhaupt und im Einzelfall zu definieren?
- Wie können verschiedene Risiken verglichen und gewichtet werden?
- Wie kommt man zu international anerkannten Risikogrenzwerten?

Mensch und Umwelt

Dies ist auch im Verhältnis von Mensch und Umwelt von besonderer Bedeutung. Der Umweltschutz dient ja nach allgemeiner Auffassung der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch der langfristigen Sicherung der Produktionsgrundlagen. Bei dieser Betrachtungsweise tritt der Faktor Mensch als das schutzwürdigste Gut schlechthin allerdings wenig hervor. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der Umweltschutz wirtschaftlich und sozial inzwischen eine Bedeutung bekommen hat, die viele mittel- und unmittelbare schutzpolitische Aktivitäten zugunsten der Bevölkerung gebracht haben.

Wir sollten uns deshalb noch einmal vor Augen führen, was wir unter Umweltschutzaufgaben verstehen, nämlich

- **Reinhaltung der Luft:** Auf dem bisherigen Gebiet der Bundesrepublik werden von den Reinhaltungsbestimmungen für Großfeuerungsanlagen und der technischen Anleitung Luft rund 50 000 Industrieanlagen wie zum Beispiel Stahlwerke, Kokereien, Zementwerke, chemische Anlagen und Raffinerien betroffen.
- **Gewässerschutz:** Während bei uns 82 Prozent unserer Einwohner an eine Kanalisation angeschlossen sind und schon 36 Prozent der gesamten Abwässer in biologischen Anlagen gereinigt werden, sind in Entwicklungsländern rund 1,7 Milliarden Menschen ohne jede sanitäre Anlage. Während bei uns jedermann Zugang zu Trink-

wasser in beliebiger Menge hat, leben in den Entwicklungsländern rund 1,2 Milliarden Menschen ohne jeglichen Zugang zu sauberem Wasser.

- **Schutz vor Gefahrstoffen:** Er dient der Beherrschung von Risiken, insbesondere bei der Herstellung von chemischen Erzeugnissen.
- **Abfallverringerung:** Vorrangig wird hier die Abfallvermeidung und Abfallverwertung zu sehen sein.
- **Naturschutz:** Mit der Betonung der ethischen Verantwortung des Menschen für seine natürliche Umwelt lautet die Zielvorgabe: Harmonisierung von Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere Berücksichtigung und Erforschung der ökologischen Zusammenhänge sowie der Belastungsgrenzen von Natur und Landschaft.
- **Bodenschutz:** Die Überlastung durch Fehlnutzungen und Verlagerungen von Umweltbelastungen auf die Böden sind zu verringern.
- **Lärmschutz** sowie
- **Reaktorsicherheit und Strahlenschutz:** Wegen seiner überall bekannten Problematik nicht weiter kommentiert.

Der dem Deutschen Bundestag zugeleitete Umweltschutzbericht 1990 vom 3. Mai 1990 spricht deshalb davon, „daß als Gesamtziel der Ausbau einer neuen Sicherheitskultur in unserer Industriegesellschaft (auch zur Sicherung unseres Industriestandortes) gesehen werden muß“.

Gefährdungsrisiken, Umwelt- und Katastrophenschutz aus europäischer Sicht

Wie so vieles andere, ist in unserer immer kleiner werdenden Welt fast alles, das uns bewegt und berührt, auch andernorts von vergleichbarer Bedeutung. Die Europäische Gemeinschaft weiß sich deshalb in den Bereichen, die dem Schutz der Menschen und ihrer Lebensgrundlagen dienen, in vieler Hinsicht in Solidarität verbunden. Vergleichbare Denkansätze finden sich vor allem in dem erweiterten Teilabkommen des Europarates über Maßnahmen zur Vorbeugung, zum Schutz und zur Organisation von Hilfe gegen größere Natur- und Technologierisiken. Die Europäische Gemeinschaft als Vertretung von 320 Millionen Menschen

in zwölf Staaten ist allerdings erst 1987 diesem aus früheren Jahren stammenden Abkommen wegen seiner gesamteuropäischen, überstaatlichen Bedeutung beigetreten.

In der Europäischen Gemeinschaft selbst werden schon seit 1977 Soforthilfen dann gegeben, wenn innerhalb der zwölf Partnerstaaten in Katastrophenfällen allerdinglichste Bedürfnisse befriedigt werden müssen. Dies geschieht und geschah allerdings weithin ohne einen verbindlichen Ordnungsrahmen. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts haben diese Aufgaben im Arbeitsprogramm der Kommission der Europäischen Gemeinschaften insbesondere im Hinblick auf ein grenzfreies Europa einen neuen Stellenwert bekommen. Zunächst unter dem Vorzeichen „Zivilschutz“ begonnen und in die 90er Jahre unter dem Oberbegriff „Katastrophenschutz“ weiter vorangetrieben, werden die Entwicklungen von vier grundlegenden Zielen bestimmt:

- Vorhersage
- Verhütung
- Bewältigung von Katastrophen
- Instandsetzung und Schadensbehebung nach der Katastrophe.

In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich in den Kommissionsdokumenten erwähnt, daß zur Verhütung und Vorhersage von Katastrophen bereits verschiedene Maßnahmen der Gemeinschaft in Bereichen der Forschung, des Umweltschutzes und der Satellitenfernerkundungen dazu beitragen würden. Auch Instandsetzungsarbeiten können von europäischen Fonds, beispielsweise für regionale Entwicklung bzw. für Ausrichtungs- und Garantiemaßnahmen für die Landwirtschaft finanziert werden. Als Schwachstellen sind demgegenüber erkannt, daß die eigentlichen Katastrophenbekämpfungsmaßnahmen noch nicht gemeinsam programmiert sind. Durch eine gemeinsame Strategie soll nun künftig europaweit sichergestellt werden, daß sämtliche Mittel der Katastrophenbekämpfung über die bloße Reaktion auf bestimmte Notsituationen hinaus in nunmehr differenzierter Weise, das heißt

- begrifflich - organisatorisch
 - praktisch - anwendungsbezogen
 - kommunikativ - öffentlich wirksam
- einsatzmäßig optimiert werden können. Sehr viel verspricht man sich von der Herausgabe eines etwa 300 Seiten umfassenden Vademecums des Katastrophenschutzes in der

Europäischen Gemeinschaft. Dadurch soll den zuständigen Behörden die Organisation von Hilfsmaßnahmen, insbesondere der Austausch von Informationen über den Bedarf an Hilfspotentialen im Katastrophenfall erleichtert werden.

Durch eine europäische Kampagne für den Katastrophenschutz in diesem und im nächsten Jahr soll darüber hinaus in allen Mitgliedsländern der EG das Anliegen des Katastrophenschutzes und des Schutzes der Menschen populär gemacht werden. Diese Bemühungen der Europäischen Gemeinschaft machen sichtbar, daß die Risikobeherrschung zwar weithin dem Katastrophenschutz zugeordnet wird, dieser aber so weit gefaßt gesehen wird, daß vieles darin einbezogen ist, das wir dem Begriff Umweltschutz zuordnen. Es ist unter dieser Perspektive danach zu fragen, ob die zur Zeit bei uns noch so strikt vorgenommene Trennung der Aufgaben Katastrophenschutz und Umweltschutz insbesondere im Bereich der Vorbeugung weiter aufrecht erhalten werden können oder sollen.

Umweltschutz und Katastrophenschutz, ein einheitliches System

Neue Denkanstöße liegen sozusagen immer in der Luft. Der Vorstellung, daß Schutzmaßnahmen für den Menschen und seine Umwelt im Prinzip ganzheitlich zu sehen sind, tragen im Grunde alle neueren nationalen und internationalen Überlegungen über die Verhütung und die Abwehr von Gemeingefahren Rechnung. So finden sich in der Konvention der UNO vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (ab 2. September 1990 völkerrechtlich verbindlich) auch Verhaltensregeln, die Umweltschutz und vergleichbare Maßnahmen fordern oder voraussetzen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 11. Dezember 1987, was weithin nicht bekannt ist, die „Internationale Dekade 1990 - 2000 for Natural Disaster Reduction“ beschlossen. Diese Dekade soll durch konzentrierte internationale Bemühungen während eines Zehn-Jahres-Zeitraumes die gewaltigen Verluste an Menschen und Gütern durch Naturkatastrophen verhindern helfen. Dies soll durch nationale, regionale und weltweite

Programme geschehen. Als Leitlinie und Zielvorgaben im Weltmaßstab (unter Betonung vor allem der Interessen der Dritten Welt) werden dabei gesehen:

- Die Verbesserung der Schutzpotentiale der einzelnen Länder unter Einbeziehung von Frühwarnsystemen,
- die Erstellung von Richtlinien und Strategien unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Unterschiede in den einzelnen Ländern,
- Anregung von Wissenschaft und Technik, Wissenslücken über Risiken zu schließen, um dadurch Verluste an Menschenleben und durch Sachschäden zu mindern,
- die Verbreitung von Informationen zur Beurteilung, Vorhersage, Prävention von Naturkatastrophen,
- die Entwicklung von Verfahren für Hilfsprogramme, Technologietransfer, Ausbildungs- und Schulungsvorhaben, die auf spezielle Gefahren und Örtlichkeiten zurückzuführen sind.

Und zur Präzisierung dieser Dekadeziele werden als weltweit zu realisierende Vorhaben vorgeschlagen:

- Die Entwicklung einer Datenbank mit Informationen über vergangene Naturkatastrophen,
- die Zusammenstellung von Erfahrungsüberblicken bei der Katastrophenbekämpfung,
- der Informationsaustausch über die Ausstattung im Katastrophenschutz in den einzelnen Staaten,
- die Verbesserung von Telekommunikationssystemen,
- die Entwicklung eines internationalen Informations- und Kommunikationsnetzes für Katastrophenvorhersage und Katastrophenhilfe und
- die Entwicklung eines Ausbildungskonzeptes für Helfer, Fachleute und Manager des Katastrophenschutzes.

Der deutsche Beitrag zur internationalen Dekade

Zur Umsetzung dieser Programmatik wurde im September 1989 ein deutsches nationales Komitee gebildet, das den deutschen Beitrag für diese Dekade erarbeiten soll. Der Bundesminister des Innern hat dazu eine Diskussionsgrundlage vorgelegt, die auf einer vierteiligen Grobstruktur beruht. In ihr wird im Abschnitt „Katastrophenschutz“ ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Formulierung von Zielvorgaben

über vorbeugende Gefahrenabwehrmaßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und bei der Besiedlung und Bewirtschaftung von Grund und Boden hingewiesen. Wir erhalten also hier aus der Sicht der Bundesrepublik einen Hinweis, daß man, anders als früher, Umweltschutz und Katastrophenschutz als miteinander verzahnt sieht. Ferner wird zum Ausdruck gebracht, daß Katastrophenvorbeugungssysteme Bestandteile langfristiger Entwicklungsplanungen sind, die durch eine sehr elastische, bedrohungsspezifische Forschungspolitik flankiert werden müssen.

Außerdem könnten, so der Bundesminister des Innern, die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit den EG-Mitgliedsstaaten und der EG-Kommission im Bereich des Katastrophenschutzes bereits als Teil eines deutschen Beitrages im Rahmen der weltweiten UNO-Dekade betrachtet werden. Dies gelte auch für die Zusammenarbeit mit dem Europarat.

In Deutschland scheint sich insbesondere aus der Sicht des Bundes bei der Beurteilung von Risiken eine Standortveränderung abzuzeichnen; dabei spielt auch die bei Großschadensereignissen problematische Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern eine große Rolle. Besonders ins Auge fallend folgende Forderungen:

1. Im Hinblick auf die Schutzverpflichtungen der öffentlichen Hände darf es keine schutzfreien Räume mehr geben.
2. Alle Schutzmaßnahmen müssen sich an potentiellen Risiken, das heißt ursachenbezogen und nicht objektbezogen, orientieren.
3. Jede Schutzmaßnahme muß als Teil eines umfassenden Bevölkerungsschutzsystems gesehen werden, wobei durchaus eine quantitative und qualitative Differenzierung der Schutzpotentiale unter den Gesichtspunkten Krieg und Frieden sinnvoll sein kann.
4. Das Spektrum der Risiken ist ständig Veränderungen unterworfen; ihm ist durch beobachtende Begleitung und laufende Anpassung Rechnung zu tragen.

Auf die Lage in der Bundesrepublik bezogen bedeutet dies, daß wir vor dem Hintergrund der deutschen Vereinigung im Blick auf Europa vor gewaltigen Aufgaben und Herausforderungen stehen. Wir haben nämlich durch die Zusammenführung von Deutschland Ost und West auch die Angleichung sehr unterschiedlicher

Bevölkerungsschutzsysteme zu bewältigen. Hierbei wird zu entscheiden sein, welche Teile der Systeme in eine neue umfassende Gemeinschaft schützender Vorsorgeordnung integriert werden kann. Letztlich geht es darum, wieviel Staat nötig und wieviel plurale Vielfalt möglich sind, um ein allen neuzeitlichen Bedürfnissen umfassend gerecht werdendes Schutzsystem aufzubauen.

Differenzierter gesagt: Es wird mit Vorrang zu prüfen sein, wie tiefgehend die Ursachenforschung von Risiken und deren Absicherung vorgenommen werden muß. Welche Herausforderung damit vor allem das Planungs- und Forschungspotential von Staat, Wissenschaft, Hilfsorganisationen und Wirtschaft erfährt, läßt allein ein Blick auf sicherheitsrelevante Bereiche, Institutionen, Verbände, Prüfstellen und Behörden zu. Allein schon auf Grundlage der Systematik der Wirtschaftszweige, wie sie von der Bundesanstalt für Arbeit verwendet wird, zeigt sich, daß über 100 Sektoren ausgemacht werden können, die nach

- sicherheitsrelevanten Schwerpunkten
- Rechtsgrundlagen
- Normen, Kommissionen, Behörden, Verbänden und Prüfstellen auszuleuchten sind.

Für jeden dieser Sektoren gibt es eine Fülle von technologischen, organisatorischen, rechtlichen, versicherungstechnischen und personalfürsorglichen Regelungen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen und sozialen Sicherheit von Bedeutung sind. Überträgt man dieses Anforderungsprofil auf das Gebiet der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Staaten oder auf den Gesamtbereich der entwickelten und weniger entwickelten Welt, so wird aufgrund der sprachlichen und der staatlich-organisatorischen Unterschiede sehr direkt einsehbar, wie mühsam es sein wird, eine genügend große Basis für ein umfassendes Hilfeleistungssystem auf Gegenseitigkeit zu finden.

Wege und Schritte zu einem übernationalen Hilfeleistungssystem

Am Verlauf und Ergebnis des im Mai 1990 in Saarbrücken durchgeführten 7. Rettungskongresses des

DRK ist zu erkennen, welcher Weg geeignet sein kann, um in der Europäischen Gemeinschaft einheitliche Hilfeleistungsstrukturen zu schaffen. Rund 700 Rettungsexperten aus dem In- und Ausland befaßten sich dort mit den unterschiedlichen Gefügen und Ablauforganisationen des Rettungswesens in der Bundesrepublik, in der ehemaligen DDR und in zehn europäischen Nachbarländern. An den europäischen und die nationalen Gesetzgeber wurden dabei präzise Forderungen bezüglich der Angleichung der rettungsdienstlichen Standards und ihrer organisatorischen, personellen und materiellen Gefüge festgelegt. Besonders hilfreich war die Feststellung, daß es bei Harmonisierungsmaßnahmen des Rettungswesens weniger um eine Angleichung von Rechtsvorschriften, sondern um die Aufstellung von Mindeststandards in der Notfallrettung geht, die aus den staatlichen und gesellschaftlichen und insbesondere finanziellen und medizinischen Leistungspotentialen des jeweiligen Mitgliedslandes heraus aufzubauen ist.

Es besteht also kein vorrangiger Bedarf an Einigung über rechtliche Regularien; vielmehr sollte wegen der zum Teil sehr unterschiedlichen faktischen und organisatorischen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern Einigkeit darüber hergestellt werden, mit welchen Mitteln und Methoden vor Ort und über Grenzen hinweg schnelle und umfassende Hilfe geleistet werden könne. Gegebenenfalls müsse in diesen und ähnlichen Fällen im Rahmen der EG, etwa orientiert an der Organisation der Landwirtschaft, an finanzschwache Länder eine zweckgebundene Finanzhilfe für die Harmonisierung des Rettungswesens geleistet werden. Zur Durchsetzung dieser Forderungen müßten entweder Richtlinien gemäß Art. 189 Abs. 3 EWG-Vertrag oder der Abschluß entsprechender zwei- oder mehrseitiger zwischenstaatlicher Abkommen vorgesehen werden.

Vielfältige Möglichkeiten für einheitliche Schutzbedingungen

Wie dieses Beispiel zeigt, bieten sich aus europäischer Sicht gesehen vielfältige Möglichkeiten, in ähnlicher Weise bei der humanitären Gefahrenabwehr auch in anderen ge-

meinsamen Feldern leistungsoptimiert zusammenzuarbeiten. Allerdings müssen dazu, wenn nicht ganz einheitliche, so doch vergleichbare Lebensbedingungen vorhanden sein. Auf jeden Fall muß der feste Wille bestehen, aktivem Handeln den Vorzug vor eher beschreibend analytischem Verhalten der bürokratischen Apparate zu geben.

Auch richtige systematische Überlegungen und die Tätigkeit qualifizierter wissenschaftlicher Gremien können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Problemlösungen an der Basis lebensnah und nicht mit gedankenblassen Rezepturen vollzogen werden müssen. Weniger Gedankenwandel als Gesinnungswandel ist von Nöten. Insoweit dürfte es sich empfehlen, in viel größerem Maße als bisher auf die Stimme jener zu hören, die in der schutzpolitischen Tagesarbeit im übertragenen Sinne täglich die Hand am Puls unserer Bürger haben.

Forderungen für neue Denkansätze

Welche Forderungen für neue Denkansätze sollten wir uns nun zu eigen machen, vor allem, was können sie für das zusammenwachsende Europa bedeuten?

1. Wir sind national und international mit einer Fülle von Risiken konfrontiert, die ihre Entsprechung in sehr unterschiedlichen Vorbeuge- und Abwehrsystemen finden. In vielen Fällen ist die Öffentlichkeit sich dieser Tatsache bewußt. Oftmals entfalten Gefahren aber auch unerkannt ihre Wirkung.
2. Ob und wie Sicherheit produziert wird, hängt davon ab, wie Gefahren gewichtet und definiert werden und auf welche personellen und materiellen Mittel zurückgegriffen werden kann, um sie zu beherrschen.
3. In den Denkansätzen der Vereinten Nationen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Staaten und der Bundesrepublik ist große Übereinstimmung im Grundsätzlich-methodischen zu finden, allerdings weniger dort, wo es um den anwendungsbezogenen Bereich geht.
4. In der praktischen Anwendung müssen wir uns davon lösen, durch Zuständigkeitsaufsplitterung die umfassende humanitäre Aufgabe des Schutzes der menschlichen Existenz und ihrer Grundlage zu paralysieren. Die Aspekte Umweltschutz und Katastrophenschutz dürfen künftig deshalb nur noch als Teile eines fachübergreifenden ganzheitlichen Risikobewertungs- und Risikoverhütungssystems gesehen werden.
5. Die mit Schutzaufgaben betraute Verwaltung muß sich bewußt sein bzw. von der Politik angewiesen werden, daß sie ihr Handeln – vergleichbar mit dem von Forschung, Entwicklung und Produktion – selbstverständlich auch auf die Prüfung von Risiken für Leben, Gesundheit und Eigentum bei der Bevölkerung bezieht. Auf jeder Verwaltungsstufe müssen deshalb professionell erstklassig ausgebildete Koordinationsstellen oder Koordinatoren mit weitreichenden Vollmachten – etwa vergleichbar mit denen der Datenschutzbeauftragten – eingestellt werden.
6. In Verfassung und Gesetz ist die Verwirklichung von Schutzaufgaben umfassender und verbindlicher als bisher zum Ausdruck zu bringen. Länder und Regionalgrenzen dürfen ein schnelles und unkompliziertes Helfen unter einer optimalen Führung nicht gefährden.
7. Für alle lebenswichtigen Bereiche müssen Risikobewertungspläne aufgestellt werden, die in einem umfassenden Gefahrenkatalog Eingang finden. In ihnen ist öffentlich zu machen, welche Zuständigkeit bzw. Rollenverteilung zwischen Leitverantwortlichen, Schutzhelfern und der betroffenen Bevölkerung bei Abwehr von Gefahren vorzusehen ist.
8. Unter Nutzung des vielfältigen Materials über Schadensverhinderung und Schadensbekämpfung müssen durch fachübergreifende Gremien einheitliche Grundsätze für Risikoklassifikation, die Deckung des Hilfsbedarfs und über die Erhebung örtlicher und überörtlicher Ressourcen erarbeitet werden.
9. Die Größenordnung von Schutzpotentialen ist stufenweise an den höchsten zu erwartenden Bedarf heranzuführen. Zur Zeit fehlen zumeist Analysen über den Bedarf zur Bewältigung von punktuellen und flächendeckenden Großschadensereignissen.

Die aufgezeigten Punkte richten sich als Fragestellung an uns selbst wie an alle, die international mit dem humanitären Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen befaßt sind. Dem in der Tagesarbeit stehenden und mit den darin implizierten Querelen Vertrauten dürften sie nicht umwerfend Neues bringen. Eher kann er darin bestärkt werden, seine eigenen kritischen Ansätze in einem neuen Licht zu sehen, weil sie auch von anderen, man kann schon sagen in gewissem Maße weltweit, geteilt werden.

Der Appell an mehr Aufmerksamkeit für das auch stark sozial bestimmte Ganze der humanitären, nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr richtet sich deshalb vorrangig an die Politiker in Bund und Ländern. Sie können durch beherztes Zupacken in Rahmen ihrer Zuständigkeit, gerade jetzt in dieser Zeit des Umbruchs, vieles dazu tun, um so manche offenkundige Schwachstelle in der Gefahrenvorsorge zu beheben. Das ist nicht in erster Linie eine Geldfrage. Schon durch klugen Umbau der Organisation ist vieles zu verbessern, was aus augenblicklichen Sicht nicht besonders leistungsfähig erscheint. Insoweit sei gestattet, gerade auch auf zukunftsweisende Vorschläge und Initiativen der ARKAT hinzuweisen.

Keinesfalls darf es zu Kürzungen der jetzt schon in vieler Hinsicht nicht ausreichenden Haushaltsmittel kommen. Dies hätte die fatale Wirkung, daß die bisher schon an der Grenze der Zumutbarkeit dienstleistenden Helfer weiter demotiviert werden, und die ohnehin wenig interessierte Bevölkerung würde in ihren Eindrücken bestärkt, die ganze Sache sei ohnehin nicht so sehr wert, das bereits Getane genüge für ihren Schutz. Hier gilt also das alte Prinzip, daß derjenige, der zuwenig zahlt, nach dem Gesetz der Wirtschaftlichkeit nicht genug erhält.

Wer sich an das niedrigste Angebot hält, muß für das Risiko, das er eingeht, Kosten in Form von Verlusten an Leben und Vermögenswerten in unkalkulierbarer Höhe hinzurechnen. Wenn man das tut, dann ist – gedanklich hier einmal angelehnt an versicherungsmathematisches Vorausdenken – die Entscheidung für ein Mehr an Haushaltsmitteln eigentlich schon programmiert. Geht man diesen Weg der Vernunft, wird es leichter sein, für neue Denkansätze und mehr Sicherheit zu vernünftigen Kosten Raum zu schaffen.

„Es gibt derzeit keine sinnvolle Alternative“

25 Jahre Akademie für zivile Verteidigung – Feierstunde in Bad Honnef

Im Jahre 1966 wurde die Akademie für zivile Verteidigung (AkzV) auf Betreiben all jener Bundesressorts gegründet, welche Aufgaben der zivilen Verteidigung wahrnehmen. Diese Bundeseinrichtung ist beauftragt mit der Ausbildung zivilen Personals für Verteidigungsaufgaben nach dem Vorbild vergleichbarer militärischer und ausländischer Einrichtungen. Als eine Art Lebensaufgabe verstand der

Gründungspräsident Dr. Dr. Ulrich Eichstädt den Aufbau und Ausbau der AkzV, die er vom Gründungsjahr bis zu seinem Tode im Jahr 1983 leitete. Sein Nachfolger, Dr. Werner Schmitt, der die Geschichte der Akademie bis zu seiner Pensionierung im Frühjahr 1991 lenkte, verstand die Ausbildung ziviler Personen für den Verteidigungsfall als das „Herzstück der Verteidigung“. Denn mit den

Vorkehrungen, die durch die AkzV getroffen werden, sollen die Chancen für Leib und Leben der Bevölkerung ausgeschöpft werden. Vor diesem historischen Hintergrund konnte im vergangenen Dezember der dritte Präsident der AkzV, Dr. Ewald Andrews, zu einem Festakt zum 25jährigen Bestehen der Akademie, mit Sitz in Bonn-Bad Godesberg, ins benachbarte Bad Honnef einladen.

„Die zurückliegenden 25 Jahre waren, nicht nur was den Zivilverteidigungsauftrag der Akademie für zivile Verteidigung anbelangt, eine ereignisreiche Zeit. Im Zeitraum von 1966 bis heute hat sich auch ein sicherheitspolitischer und gesellschaftspolitischer Wandel von welt-historischer Dimension vollzogen“, eröffnete Dr. Ewald Andrews die Ju-

biläumsfeier, zu der er weit über hundert geladene Gäste begrüßen konnte.

Stellvertretend für den Bundesminister des Innern (BMI) war der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner gekommen, um der Akademie zu gratulieren. Für die Bundesressorts nahmen unter anderem Ministerialdirektor Diethelm

Banspach, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, beide BMI, sowie Generalmajor Winfried Weick, Chef des Stabes im Führungsstab des Heeres, an der Feierstunde teil.

Des weiteren konnte der Präsident der AkzV Vertreter der Länder, der kommunalen Spitzenverbände und Repräsentanten der Hilfsorganisationen, unter ihnen der Direktor des

Weit über hundert geladene Gäste wohnen der Feierstunde in Bad Honnef bei.



Technischen Hilfswerks (THW) Gerd Jürgen Henkel sowie den Bundesgeschäftsführer des Deutschen Feuerwehrverbandes Reinhold Voßmeier, willkommen heißen. Unter den Ehrengästen befanden sich auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) Hans Georg Dusch, der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) Helmut Schuch sowie die beiden Präsidenten a. D. Dr. Paul Wilhelm Kolb (BZS) und Dr. Werner Schmit (AkzV).

Dr. Andrews erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die Anfänge der Akademie für zivile Verteidigung. Die ersten Überlegungen zur Errichtung einer Ausbildungsstätte des Bundes für Fragen der zivilen Verteidigung gehen zurück bis zum Anfang der 60er Jahre. Schon damals zeigte sich anlässlich der ersten großen NATO-Übungen mit ziviler deutscher Beteiligung, daß die Verwaltungen aller Ebenen nicht über hinreichend mit Verteidigungsfragen vertrautes Personal verfügten.

Im November 1963 stimmte daher der Bundesverteidigungsrat – Vorläufer des Bundessicherheitsrates – der Errichtung einer Akademie zur Ausbildung zivilen Personals für Verteidigungsaufgaben zu. Im Oktober 1965 wurde dann ein entsprechender Planungs- und Aufstellungsstab gebildet. Mit Erlaß vom 29. Juli 1966 schließlich errichtete der Bundesminister des Innern die Akademie für zivile Verteidigung mit Sitz in Bonn-Bad Godesberg.

Die Gründung der Akademie fiel in ein geschichtsträchtiges Jahr. Frankreich hatte sich gerade aus der militärischen Integration der NATO zurückgezogen, und in der Bundesrepublik Deutschland war die große Koalition entstanden, die sich einer Aufgabe von ungeheurer Brisanz zu stellen hatte: der Schaffung der Notstandsgesetze beziehungsweise der Notstandsverfassung. Diese ist bis heute die Basis für die Arbeit der AkzV.

Auch wenn der ehemalige Präsident der AkzV, Dr. Schmitt, die Gesetze der späteren 60er Jahre bereits anlässlich des 20jährigen Bestehens der AkzV im Jahre 1986 „schon fast Geschichte“ nannte, da inzwischen deutlich geworden war, daß die an die Notstandsgesetze geknüpfte Sorge um die innere demokratische Struktur unserer Republik unbegründet war, so markieren sie seiner Meinung nach heute noch für viele Bereiche der zivilen Verteidigung den endgültigen Übergang aus



Als Gastgeber begrüßt der Präsident der AkzV Dr. Ewald Andrews (links) den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Eduard Lintner (rechts).

einer Phase vorliegend theoretischer Überlegungen zu konkreten, auf Verordnungen und Richtlinien gestützten, real vorbereiteten Planungen und praktischen Vorkehrungen – Aufgaben, die von der Akademie wahrgenommen werden.

Glückwünsche vom Bundesinnenminister

Daß sich daran auch in Zukunft nichts Wesentliches ändern wird, betonte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des

Innern, Eduard Lintner, in seiner Festansprache anlässlich des 25jährigen Jubiläums der AkzV: „25 Jahre Akademie für zivile Verteidigung – zu diesem erfreulichen Anlaß habe ich es gerne übernommen, die Festansprache zu halten. Zunächst darf ich Ihnen die herzlichsten Grüße und Glückwünsche von Herrn Bundesminister Dr. Seiters überbringen, der so wenige Tage nach seinem Amtsantritt nicht hier sein kann.“

25 Jahre – ein Vierteljahrhundert, das ist ein beachtlicher Zeitraum, und wenn eine Einrichtung so lange gewirkt hat, verdient sie es, daß ihre

Staatssekretär Lintner überbringt die Glückwünsche von Bundesinnenminister Dr. Seiters.



Aufgaben und Tätigkeit für die Gewährleistung der Wehrhaftigkeit und wirksamen Verteidigungsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens gewürdigt werden. Und ein Vierteljahrhundert Bestehen gibt Veranlassung, den Blick nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch in die Zukunft zu richten, Bilanz zu ziehen und Perspektiven zu entwickeln.

Die Errichtung der Akademie vor 25 Jahren fiel in die Zeit, in der die Konfrontation zwischen den Machtblöcken in Ost und West in vollem Gange war. Der Bau der Mauer in Berlin, ein Höhepunkt des Kalten Krieges, lag gerade erst fünf Jahre zurück. Die Kuba-Krise brachte die Menschheit im Oktober 1962 in die sehr ernste Gefahr eines dritten Weltkrieges. Dieses Ereignis, von Historikern und Politikern als die gefährlichste Bedrohung des Weltfriedens seit 1945 bewertet, war im Jahre 1966 noch in lebhafter und angstvoller Erinnerung. Zwei Jahre später, im Oktober 1964, wird der sowjetische Parteichef Chruschtschow gestürzt; die Ära Breschnew beginnt. In das Jahr 1965 fällt der Beginn des Vietnam-Krieges. Das Gründungsjahr der Akademie selbst ist sicherheits- und verteidigungspolitisch wesentlich mit dem Austritt Frankreichs aus dem militärischen Bereich der NATO verbunden. Diese wenigen, herausgegriffenen Ereignisse mögen das Umfeld beleuchten, in dem damals die Einrichtung einer zentralen Ausbildungsstätte für zivile Verteidigung neben der Ausbildung in militärischer Verteidigung unausweichlich erschien.

Trotz einiger Hoffnungsschimmer war bis in die 80er Jahre hinein die Konfrontation zwischen den großen Machtblöcken das beherrschende Element der Sicherheitspolitik. Die Akademie für zivile Verteidigung hat in all dieser Zeit überzeugend ihren Auftrag erfüllt und dazu beigetragen, daß die Verteidigung im Ernstfall möglich gewesen wäre.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken, denen wir uns jetzt gegenübersehen, unterscheiden sich grundsätzlich von denen der Vergangenheit. Die Bedrohung durch einen groß angelegten, gleichzeitig an allen europäischen NATO-Fronten vorgetragenen Angriff ist praktisch nicht mehr gegeben. Insbesondere die Gefahr eines Überraschungsangriffs in Mitteleuropa wurde beträchtlich verringert; die Mindestwarnzeit hat sich dementsprechend erhöht.

Dennoch bleiben ein großes Maß an Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft, insbesondere als Konsequenz der durch den schnellen Wandel sich ergebenden Instabilitäten einschließlich der ernstesten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenwärtig und sicher auch noch für die nächste Zukunft gegenübersehen.

Im Gegensatz zur Hauptbedrohung der Vergangenheit sind die neuen Sicherheitsrisiken ihrer Natur nach vielgestaltig und kommen aus vielen Richtungen, was dazu führt, daß sie schwer vorherzusehen und auch schwer einzuschätzen sind. Wir müssen aber mit unseren Bündnispartnern zusammen fähig sein, auf derartige Risiken zu reagieren, wenn Stabilität in Europa und die Sicherheit Deutschlands gewahrt werden sollen. Diese Risiken können auf ganz unterschiedliche Weise Gestalt annehmen, wie sich beispielsweise im Krieg in Jugoslawien zeigt.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat einerseits das Risiko eines großen militärischen Konflikts in Europa erheblich verringert. Andererseits ist das Risiko gewachsen, daß ganz anders geartete Krisen entstehen, die rasch eskalieren könnten und eine schnelle Reaktion erforderten, auch wenn sie von geringerem Ausmaß wären.

Die Schlußfolgerungen lassen sich aus den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ziehen. Erstens: Das neue Umfeld hat weder den Zweck der zivilen und militärischen Verteidigungsmaßnahmen noch die sicherheitspolitischen Aufgaben des Bündnisses überflüssig gemacht. Es wird vielmehr deren fortdauernde Gültigkeit unterstrichen. Zweitens: Die Vielzahl der Herausforderungen, die uns jetzt gestellt sind, erfordert einen breit angelegten sicherheitspolitischen Ansatz. Und zum Dritten: Um den Frieden zu wahren und einen Krieg und auch jegliche Form von Pressionen zu verhindern, müssen wir auch künftig ein Verteidigungspotential unterhalten, das ausreicht, jeden potentiellen Angreifer davon zu überzeugen, daß die Anwendung von Gewalt gegen die Bundesrepublik Deutschland oder das Hoheitsgebiet eines Bündnispartners auf eine gemeinsame wirkungsvolle Reaktion aller Bündnispartner stoßen würde und daß die mit der Auslösung eines Konflikts verbundenen Risiken

größer wären als jeder zu erwartende Gewinn.

Diese Aufgabe ist zwar in erster Linie durch die Streitkräfte erfüllt. Eine wirksame Verteidigungsfähigkeit erfordert aber auch künftig nicht nur eine militärische Vorsorge zum Schutz unserer Lebensordnung, sondern es müssen zivile Vorsorgemaßnahmen hinzutreten, ohne die unsere Lebensordnung nicht aufrechterhalten werden könnte. Unsere gemeinsamen Überlegungen, wie wir sie unseren grundsätzlichen Erwägungen über die 'Strukturen der zivilen Verteidigung' vom 20. September 1991 zugrunde gelegt haben, gehen daher unverändert von der Konzeption der Gesamtverteidigung aus, die Maßnahmen der militärischen und der zivilen Verteidigung miteinander verbindet. Beide Elemente der Gesamtverteidigung sind für eine wirksame Verteidigungsfähigkeit auch künftig notwendig.

Die zivile Verteidigung hält Staat, Regierung und Verwaltung funktionsfähig. Sie schützt den Bürger soweit wie möglich vor den Gefahren von Waffeneinsätzen. Sie versorgt die Bevölkerung und die Streitkräfte mit notwendigen Gütern und Leistungen, sie unterstützt die Streitkräfte bei ihrem Verteidigungsauftrag. Aufgaben der zivilen Verteidigung bestehen damit in vielen Lebensbereichen. Sie erstrecken sich auf fast alle Zweige von Regierungen und Verwaltung. Ihre Erfüllung erfordert eine ständige Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden. Zivile und militärische Stellen müssen auf allen Ebenen eng zusammenwirken und ihre Planungen aufeinander abstimmen.

Die Notwendigkeit einer künftig engen Kooperation zwischen ziviler und militärischer Seite wird insbesondere auch durch die neue NATO-Strategie bestätigt, die die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantik-Rates am 7. und 8. November 1991 in ihrer Erklärung von Rom über Frieden und Zusammenarbeit festgelegt haben. Die Staats- und Regierungschefs führen hierzu unter Punkt 53 ihrer Erklärung aus: 'Um auf ein breites Spektrum möglicher Eventualfälle flexibel reagieren zu können, werden die betroffenen Bündnispartner effektive Überwachungs- und Aufklärungs- sowie flexible Führungssysteme, Mobilität innerhalb und zwischen Regionen sowie geeignete logistische Fähigkeiten einschließlich Transportkapazitä-

ten brauchen. Die Bevorratung muß ausreichen, um alle Arten der Streitkräfte einsatzfähig zu erhalten und damit wirksame Verteidigung zu ermöglichen, bis Anschlußversorgung zur Verfügung steht. Die Fähigkeit der betroffenen Bündnispartner, den Umfang an hinreichend ausgerüsteten und ausgebildeten Streitkräften rechtzeitig und in einem jedem Risiko für die Bündnissicherheit angemessenen Maß zu vergrößern, wird ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Krisenbewältigung und zur Verteidigung leisten. Dies schließt die Fähigkeit ein, in jeder gefährdeten Region innerhalb des Hoheitsgebiets der Verbündeten für Verstärkung zu sorgen und eine multinationale Präsenz herzustellen, wann und wo immer sie erforderlich ist. Elemente aller drei Streitkräfte-kategorien werden im Rahmen sowohl der innereuropäischen als auch der transatlantischen Verstärkung flexibel verlegt werden können. Die richtige Nutzung dieser Fähigkeiten erfordert die Kontrolle der notwendigen Verbindungslinien sowie angemessene Vorkehrungen in den Bereichen Unterstützung und Übungen. Den zivilen Ressourcen kommt in diesem Zusammenhang wachsende Bedeutung zu.⁴

Dies bekräftigt nachhaltig auch die Notwendigkeit einer adäquaten Ausbildung zur wirksamen Erfüllung der Aufgaben der zivilen Verteidigung. Damit hat diese Akademie im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern auch künftig im Rahmen des Konzepts der Gesamtverteidigung wichtige Aufgaben zu erfüllen. Es gibt derzeit zu dieser Akademie keine sinnvolle Alternative. Sie nimmt den Ausbildungsauftrag – quasi treuhänderisch – für alle fachlich betroffenen Bundes- und Landesbehörden wahr. Diese übergreifende Funktion erfordert einen ständigen Kontakt der Akademie mit den Fachverwaltungen des Bundes und der Länder, damit die Ausbildung praxisingerecht erfolgt und im Wechsel Impulse für Überlegungen zur Weiterentwicklung und Optimierung der Planungen der zivilen Verteidigung ausgehen können.

Die neue Lage in Europa hat auch die Chance zum Dialog mit den Ländern insbesondere Mittel- und Osteuropas vervielfacht. Auch der zivile Verteidigungsbereich einschließlich der Akademie als ihre zentrale Ausbildungseinrichtung sollten die neuen Dialogmöglichkeiten umfassend nutzen, um die jeweiligen sicher-

heitspolitischen Belange des anderen besser verstehen zu lernen und durch verstärkte Kontakte eine größere Transparenz der Angelegenheiten der zivilen Verteidigung anzustreben. Der Bereich der zivilen Verteidigung kann dazu beitragen, das Trennende in der Vergangenheit zu überwinden und eine Grundlage für die breitere Zusammenarbeit in ganz Europa und die Fähigkeit zur friedlichen Beilegung von Differenzen und Konflikten zu schaffen. Die Akademie für zivile Verteidigung hat sich in den 25 Jahren ihres Bestehens bewährt und die ihr gestellten Aufgaben überzeugend erfüllt. Dafür danke ich allen, die daran mitgewirkt haben.

Die vor Ihnen stehenden Aufgaben sind durch die neuen Umstände nicht einfacher geworden. Im neuen politischen Umfeld gilt es insbesondere die Überzeugungen hinsichtlich der Notwendigkeit der zivilen Verteidigung zu festigen und zu stärken. Dazu möchte ich gerne beitragen. Ich bin überzeugt, daß die Akademie auch unter den neuen Umständen in bewährter Weise ihren Beitrag für unsere Verteidigung, die Sicherheit und Stabilität unseres Gemeinwesens leisten wird. Für die kommenden Jahre wünsche ich der Akademie Augenmaß, Glück und Erfolg bei der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben.“

Zivile Verteidigung – ein verlässlicher Partner

Stellvertretend für die Bundesressorts sprach Generalmajor Winfried Weick das Grußwort zum Silberjubiläum der Akademie. Seiner Meinung nach erhalten derartige Veranstaltungen, wie das 25jährige Jubiläum der Akademie für zivile Verteidigung, in einer Zeit, die aufgrund des Wandels der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, der Vereinigung Deutschlands und vieler anderer Herausforderungen auch zur Überprüfung des eigenen Auftragsverständnisses zwingt, einen besonderen Stellenwert. „Derartige Anlässe erlauben sowohl die kritische Würdigung konzeptioneller Vorhaben als auch eine nüchterne Bilanz der in den vergangenen 25 Jahren geleisteten Arbeit“, so Generalmajor Weick.

„Zivile Verteidigung war und ist für uns im Rahmen der Gesamtverteidi-



Generalmajor Winfried Weick spricht für den militärischen und den zivilen Bundesbereich.

gung nicht nur eine der militärischen Landesverteidigung gleichrangige Aufgabe, vielmehr waren ihre Organe und Funktionsträger in der Zusammenarbeit stets verlässliche Partner“, führte Generalmajor Weick weiter aus. Dabei betonte er, daß die erprobten Verfahren dieser fast alle Ressorts berührenden Zusammenarbeit sowohl bei Übungen, gemeinsamen Ausbildungsveranstaltungen oder im Studienbereich von Anfang an durch diese höchste Bildungseinrichtung der zivilen Verteidigung geprägt wurden.

„Für uns Soldaten und die Bundeswehrverwaltung sowie auch unsere Verbündeten wurde das sehr informative und breit gefächerte Lehrgangsangebot mit insgesamt über 2000 Lehrgangsplätzen in 25 Jahren optimal zur eigenen Fortbildung, aber auch zum unverzichtbaren Dialog mit unserem zivilen Partner auf allen Ebenen genutzt.“

Doch Generalmajor Weick sah sich nicht nur zur Rückschau, sondern auch zur Formulierung von Zukunftsperspektiven für die Gesamtverteidigung angeregt: „Es gilt nicht nur, neue konzeptionelle Vorgaben umzusetzen, sondern auch die Akzeptanz des Souverän des Volkes in den 90er Jahren für den Bereich Verteidigung sicherzustellen und überzeugende Lösungen anzubieten.“

Hierbei kommt seiner Auffassung nach der Akademie die wichtige Aufgabe zu, ein zentraler Anlaufpunkt für alle beteiligten Fachbereiche zu sein. „Die Akademie steht an der

Spitze derer, die für das Erreichen der Ziele und die Gestaltung der Inhalte der Gesamtverteidigung neue Strategien zu entwickeln haben“, schloß Generalmajor Weick seine Ausführungen.

Der gemeinsamen Sache verpflichtet

Ministerialdirigent Heinrich Pflock vom Hessischen Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten sprach für die Länder und Kommunen. Pflock führte aus, daß sich die Interessen von Bund und Ländern mitunter kreuzen können, auch wenn es um Aufgaben von zentraler Bedeutung geht. „In diesen Fällen“, so Pflock, „sind Bund und Länder gemeinsam zur Abwägung und Einigung im Interesse der Sache verpflichtet.“

Die Akademie hat in ihren 25 Jahren immer wieder vor der Aufgabe gestanden, ihre Grundlagen der Aus- und Fortbildung zu überdenken und sie den jeweils veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Das ist nichts Neues. Aber noch nie hat es in diesen 25 Jahren derart gravierende Veränderungen in der Welt und unserer Nation gegeben, auf die es nun Antworten zu finden gilt. Dies trifft in besonderer Weise auf die Akademie zu.“

Pflock betonte, daß beim Aufbau der zivilen Verteidigung in den neuen Bundesländern vor allem Flexibilität und ein gehöriges Maß an Sensibi-

lität erforderlich seien. Er regte an, in die künftige Aufgabenstellung der Akademie auch den friedensmäßigen Katastrophenschutz, für den die Länder zuständig sind, zu berücksichtigen. „Das Verdienst, zur gemeinsamen Konzeption der Gefahrenabwehr und -bewältigung wesentlich beigetragen haben, kann und will der Akademie niemand nehmen. Allerdings ist dadurch die Meßlatte für die schwierig gewordene Zukunft auch entsprechend höher gelegt. Ich bin zuversichtlich, daß die neuen Aufgaben von der Akademie gemeistert werden. Wo wir als Länder, im Rahmen unserer Aufgabenwahrnehmung, dazu beitragen können, wird dies geschehen.“

Veränderte Bedrohungslage

Auf notwendige Überlegungen und Beratungen hinsichtlich einer Fortentwicklung des Bevölkerungsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gravierenden sicherheitspolitischen Veränderungen in Europa wies auch der stellvertretende Generalsekretär des Malteser Hilfsdienstes Heinz Himmels hin. Er überbrachte im Namen aller mit der Akademie verbundenen Hilfsorganisationen und Fachverbände die besten Wünsche zum 25jährigen Jubiläum.

Himmels erklärte, daß im Zusammenhang und den Überlegungen einer Neukonstruktion des Zivil- und Katastrophenschutzes die Forderung erhoben wurde, bestimmte Zivilschutzeinrichtungen des Bundes und Zivilschutzsysteme aufzulösen. „Soweit mir in Erinnerung ist, wurde dabei die Akademie für zivile Verteidigung bislang nicht konkret genannt“, so der stellvertretende Generalsekretär der Malteser.

„Doch ist es von daher ein naheliegender Schritt, auch den Fortbestand dieser Akademie, ihre weitere Existenzberechtigung, in Zweifel zu ziehen. Sicher ist es im Kontext der Gesamtüberlegungen einer Neukonzeption der zivilen Verteidigung legitim, auch zu hinterfragen, ob man die Aufgabe und Arbeit der Akademie heute als „überholt“ ansehen muß. Es ist aber sicherlich falsch, aus der sicherheitspolitisch veränderten Lage in Mitteleuropa den Schluß zu ziehen, wie es aus vordergründigen, akzeptanzorientierten Motivationen vielfach geschieht, daß für uns jegliche Bedrohung entfallen sei“, gab Himmels zu bedenken.



Der stellvertretende Generalsekretär des Malteser Hilfsdienstes, Heinz Himmels, gratuliert der AkV im Namen aller Hilfsorganisationen.

Hierzu merkte er drei Punkte an. Erstens: Die Instabilität in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten müsse seiner Ansicht nach in Zukunft sorgfältig beobachtet werden. Zweitens: Es müsse berücksichtigt werden, daß das europäische Krisenmanagement nicht auf andere Weltregionen übertragbar sei, die ganz anders strukturiert und von ganz anderen Wertvorstellungen geprägt würden. Drittens: Eine moderne Industriegesellschaft wie die Bundesrepublik Deutschland befände sich nicht nur im Frieden, vielmehr gerade in Krisenzeiten in einer besonderen Bedrohungslage. Die hier lagernden und verarbeiteten Chemieprodukte könnten, ob gewollt oder ungewollt, durch relativ leicht ausführbare Anschläge oder Sicherheitsversäumnisse kriegsähnliche Verheerungen zur Folge haben. Angesichts des auf der ganzen Welt verbreiteten Terrorismus eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

„Deshalb möchte ich nicht von einem Wegfall der Bedrohung, sondern von einer Veränderung der Bedrohungslage sprechen, worauf sich die Gesellschaft einzurichten hat“, so Himmels. Der Staat sei dabei, laut des stellvertretenden Generalsekretärs der Malteser, nicht nur in der Verpflichtung seinem Auftrag gemäß Artikel 73 Ziffer 1 des Grundgesetzes (GG) gerecht zu werden, vielmehr müsse er die Forderung nach effektivem Schutz seiner Bürger aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG „jeder hat das



Auf das Verhältnis von Bund und Ländern geht Ministerialdirigent Heinrich Pflock vom Hessischen Ministerium des Innern ein.

Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ erfüllen.

„Die Akademie für zivile Verteidigung hat in diesem Umfeld auch in Zukunft ihre Aufgabe. Dies nicht zuletzt deswegen, weil durch die Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Rot-Kreuz-Abkommen der Schutz der Bevölkerung nunmehr eine Staatsverpflichtung mit internationalem Charakter ist. Die Aufgaben, die der Akademie obliegen, sind insoweit auch künftig für unser Gemeinwesen von großer Bedeutung“, schloß Himmels seine Ausführungen.

Kooperation der Ausbildungseinrichtungen

Letzter im Reigen der offiziellen Gratulanten war der Präsident der Bundesfinanzakademie Horst Vogelgesang. Er überbrachte stellvertretend für alle Fortbildungseinrichtungen des Bundes die herzlichsten Glückwünsche. „Als Präsident der Bundesfinanzakademie, der mit 40 Jahren ältesten Fortbildungseinrichtung des Bundes, ist es mir eine Ehre und Freude, als Repräsentant der Akademien des Bundes hier und heute ein Grußwort sprechen zu dürfen.“ Vogelgesang erklärte, daß sich die Verantwortlichen der Fortbildungseinrichtungen des Bundes seit 18 Jahren zu sogenannten Kontaktgesprächen trafen. „Diese Gespräche haben sich sehr bewährt.



Die Akademien des Bundes werden vertreten durch den Präsidenten der Bundesfinanzakademie Horst Vogelgesang. (Fotos: Hilberath)

Der intensive Austausch von Erfahrungen, Meinungen, wissenschaftlichen und didaktischen Erkenntnissen zwischen allen beteiligten Akademien, ist der ständig erforderlichen Weiterentwicklung ihrer Fortbildungsangebote zugute gekommen“, so Vogelgesang. „Dabei“, so hob er hervor, „waren es insbesondere die Vertreter der Akademie für zivile Verteidigung, die in diesen Gesprächen immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, das Fortbildungsangebot ständig den sich wandelnden Bedürfnissen sowie den rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Ein weiteres Merkmal der Akademie“, so Vogelgesang abschließend, „ist das stete Bemühen um Glaubwürdigkeit und Akzeptanz in der Ausbildungsarbeit.“

Die Aufgaben der AkzV

Unabhängig von der organisatorischen Einbindung in den Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern erstreckt sich das Lehrangebot der AkzV auf die Aufgaben der zivilen Verteidigung aller Bundesressorts und der Institutionen, die diese Aufgaben im Auftrage des Bundes zu erfüllen haben. Die Akademie hat drei wesentliche Aufgaben: Zum einen die Ausbildung von Personal, das schon heute in Angelegenheiten der zivilen Verteidigung tätig ist, aber auch solcher Behördenangehörigen, die erst für den Ernstfall in Funktion der zivilen Verteidigung eingeplant sind. Dazu zählt Personal des Bundes, der Länder einschließlich der Kommunen, der Wirtschaft und auch der deutschen und verbündeten Streitkräfte.

Die zweite der Akademie übertragene Aufgabe betrifft die Vorbereitung, die Leitung und die Auswertung von Übungen (bisher die Wintex-Cimex-Übungen). Diese Übungsreihe ist jedoch abgesetzt worden, und etwas, das als Ersatz bezeichnet werden könnte, ist bislang noch nicht geschaffen worden. Die dritte Aufgabe ist die Durchführung von Studien und Untersuchungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung.

Fachlicher Gegenstand aller Tätigkeiten ist die gesamte zivile Verteidigung: Die nationale zivile Verteidigung ebenso wie die zivile NATO-Verteidigung und innerhalb dieser Bereiche alle vier Aufgabenfelder: Die Aufrechterhaltung der Staats-

funktionen, der Zivilschutz, die Versorgung und Bedarfsdeckung sowie die unmittelbare Unterstützung der Streitkräfte.

Die Akademie ist damit die einzige Institution des Bundes, die kraft ihrer Aufgabenstellung sämtlicher Bereiche der zivilen Verteidigung gleichrangig und ausgewogen zu handeln hat. Sie ist bemüht, nicht nur die einzelnen Aufgabenfelder als solche, sondern vor allem die Querverbindungen zwischen den einzelnen Bereichen der zivilen Verteidigung deutlich zu machen; ferner die Verbindung zwischen der zivilen Verteidigung einerseits und der militärischen andererseits unter dem großen Dach der Gesamtverteidigung.

Natürlich ist die Akademie, wie ihr Name schon andeutet, primär eine Ausbildungsstätte. Das Ausbildungsprogramm besteht aus zwei verschiedenen Lehrgangsrainen. Dem Standardprogramm, bestehend aus Grundlehrgängen, die der ersten Einweisung, der Vermittlung eines Überblicks dienen; ferner weiterführenden Aufbaulehrgängen und schließlich Lehrplanspielen, in denen die wichtigsten Fragen der zivilen Verteidigung aufgrund simulierter Lagen vor dem Hintergrund realer örtlicher Gegebenheiten behandelt werden.

Neben diesem Standardprogramm, das sich an Angehörige aller Verwaltungsbereiche wendet, werden Fachlehrgänge durchgeführt, die der Schulung von Personal mit einer ganz bestimmten Verwendung für einen bestimmten Aufgabenbereich der zivilen Verteidigung dienen.

Hierzu gehören Fachlehrgänge für die Bereiche

- Ernährungssicherstellung
- Wirtschaftssicherstellung
- Sicherstellung des Straßenverkehrs (in 2 Stufen)
- Alarmkalenderbearbeitung
- ein Lehrgang „Schnittstellen ziviler und militärischer Verteidigung“,
- sowie ein Spezial-Lehrgang für BGS-Angehörige.

Vom ersten Lehrgang im Dezember 1966 bis zum heutigen Tage wurden insgesamt 550 Lehrgänge ohne Außenveranstaltungen durchgeführt, an denen zirka 23 000 Bedienstete von Bund, Ländern, Gemeinden und Angehörige befreundeter ausländischer Staaten teilnahmen. - sm -

Die Entwicklung des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland von 1985 bis 1988/89

1. Problemstellung

1.1 Einführung in den Problemkreis

Bis Ende der 30er Jahre galt noch der Grundsatz, Erkrankte und Verletzte so rasch wie möglich, schonend und sachgemäß in geeigneten Fahrzeugen ärztlicher Hilfe zuzuführen. Bereits 1938 forderte der Chirurg Martin Kirschner, daß der Notfallpatient nicht so schnell wie möglich in die Klinik transportiert werden müsse, um dort die notwendige Hilfe zu erhalten, sondern daß diese Hilfe bereits am Ort des Geschehens und auf dem Transport sicherzustellen sei, da die Lebensbedrohung in zeitlicher Nähe zum Geschehen am größten sei (25, 33).

Bis sich diese Forderungen und Erkenntnisse durchsetzten, vergingen fast weitere 20 Jahre. Sich wandelnde Anforderungen an den Rettungsdienst zeichneten sich mit der Einführung des Heidelberger Klinomobils im Jahre 1957 ab (9).

Die Weiterentwicklung des Rettungsdienstes vom reinen Transport zum heutigen Rettungsdienst wurde nicht zuletzt aufgrund neuer medizinischer Behandlungsmethoden möglich, die eine qualifizierte ärztliche Behandlung bereits am Notfallort erlauben. So wurden seit Anfang der 50er Jahre die Methoden zur Wiederbelebung, zur Schockbekämpfung und zur künstlichen Beatmung routinemäßig eingeführt (21, 31).

Der Rettungsdienst ist als integrierter und leistungsfähiger Bestandteil des Gesundheitswesens anzusehen (44). Denn nur eine qualifizierte Behandlung der Patienten bereits am Notfallort und während des Transportes kann die Überlebenschancen vital gefährdeter Personen erhöhen und folglich die Letalitätsrate senken und die stationäre Behandlung verkürzen oder sogar überflüssig machen. Diese Form der – vorgezogenen – Intensiv-Therapie trägt somit dazu bei, sowohl Folgeschäden zu verringern als auch Behandlungs- und Folgekosten einzusparen (20, 28, 32, 38).

Jährlich werden im Rettungsdienst der Alt-Bundesländer ungefähr 6 Millionen Einsätze gefahren (13). Es gilt, auch zukünftig die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes zu gewährleisten und den hohen Leistungsstandard zu sichern. Trendanalysen – wie die vorliegenden – leisten dazu einen Beitrag, der es erlaubt, sich vollziehende Veränderungen im rettungsdienstlichen Einsatzgeschehen aufzuzeigen, um daraus entsprechenden Handlungsbedarf abzuleiten.

1.2 Gegenstand und Ziel der Untersuchung

Die vorliegende Studie befaßt sich mit der Analyse des rettungsdienstlichen Einsatzgeschehens in den Alt-Bundesländern von 1985 bis 1988/89. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Analyse nachfolgend aufgeführter rettungsdienstlicher

Leistungskategorien:

- Einsatzart
verstanden als Notfalleinsatz (mit oder ohne Notarzt) und Krankentransport (dringlich oder disponibel),
- Einsatzanlaß
(Verkehrsunfall, Arbeitsunfall, sonstiger Unfall, internistischer Notfall, sonstiger Notfall und Krankentransport),
- Einsatzaufkommen und Rettungsmittel
- Zeitmerkmale im Rettungsdienst
- Fehleinsätze.

Im vorbezeichneten Sinn ist es Ziel dieser Studie, anhand der Analysen Entwicklungstendenzen innerhalb des Systems „Rettungsdienst“ aufzuzeigen, die als Orientierungsdaten bei der Planung und Durchführung des Rettungsdienstes berücksichtigt werden sollten. Darüber hinaus werden Konsequenzen gezogen, die zur weiteren Optimierung des rettungsdienstlichen Einsatzgeschehens beitragen.

2. Methodik

Eine Totalerhebung des rettungsdienstlichen Geschehens ist weder realisierbar noch erforderlich, da geeignete Stichprobenverfahren eine Hochrechnung der entsprechenden Daten für das Gebiet der alten Bundesrepublik Deutschland erlauben (37).

Aus der Gesamtmenge der Rettungsdienstbereiche der Alt-Bun-

desländer wurden 31 als repräsentativ ausgewählt.¹⁾

Um jahreszeitliche Einflüsse zu berücksichtigen, wurden in den Monaten Februar, Mai, August und November jeweils über einen Zeitraum von 1 Woche die Daten erhoben. Dies führt zu einer Datenbasis von ca. 100 000 bis 110 000 Einsätzen.

Die Datenerhebung²⁾ erstreckte sich in den Jahren 1985, 1986/87 (1 Woche 1986, 3 Wochen 1987) und 1988/89 über jeweils 4 Wochen. 1985 umfaßte das Datenmaterial 107 500 Einsatzfahrten. Werden die im Rendezvous-System bedienten Doppelseinsatzfahrten abgezogen, kommt man 1985 auf 104 390 Einsätze. 1986/87 ergaben sich 105 542 Einsatzfahrten und – wiederum nach Abzug der im Rendezvous-System gefahrenen Doppelseinsatzfahrten – 101 576 Einsätze. Für 1988/89 waren 84 621 Einsatzfahrten bzw. 79 911 Einsätze zu berücksichtigen. Der gegenüber den beiden vorangegangenen Erhebungsperioden geringere Stichprobenumfang ergibt sich aufgrund einer zwischenzeitlich vorgenommenen Optimierung des Erhebungsverfahrens.

3. Ergebnisse

3.1 Einsatzart

Die rettungsdienstlichen Einsätze werden nach Notfalleinsätzen und Krankentransporten unterschieden. Handelt es sich um einen Notfall, so wird dieser – aufgrund des Meldebildes – als Notfalleinsatz ohne Notarzt (Notfalleinsatz) oder als Notfalleinsatz mit Notarzt (Notarzteinsatz) durchgeführt. Liegt kein akuter Notfall vor, so werden die Einsätze als dringliche oder disponible Krankentransporte eingestuft.

Über den Vergleichszeitraum von 1985 bis 1988/89 läßt sich bezüglich der Verteilung der Einsätze nach Einsatzart eine stetige Zunahme der gesamten Notfalleinsätze (mit und ohne Notarztbegleitung) von 29 % (1985) auf 31 % (1988/89) erkennen (Tabelle 1). Besonders dazu beigetragen haben die vermehrt anfallenden Notarzteinsätze (Abbildung 1). Gleichzeitig nahmen die Krankentransporteinsätze (dringlich und dis-

| | Notfallrettung | Krankentransport |
|---------|----------------|------------------|
| 1985 | 29 | 71 |
| 1986/87 | 30 | 70 |
| 1988/89 | 31 | 69 |

Tabelle 1: Entwicklung des rettungsdienstlichen Einsatzspektrums.

ponibel) von 1985 bis 1988/89 von 71 % auf 69 % stetig ab, so daß tendenziell eine Verschiebung des Einsatzgeschehens vom Krankentransport hin zur Notfallrettung (Notarzt- und Notfalleinsatz) festzustellen ist (Tabelle 1).

1988/89 machten Notfalleinsätze (Notarzt- und Notfalleinsatz) rund 31 % der Einsätze, die Krankentransporte (dringliche und disponible) den restlichen Anteil aus. Werden die Notfalleinsätze unter dem Gesichtspunkt der Einsatzindikation gesehen, so stellen internistische Notfälle den mit Abstand bedeutendsten Faktor dar. In ganz ausgeprägtem Maße gilt dies für den Notarzteinsatz (Abbildung 2); hier macht der internistische Notfall fast $\frac{2}{3}$ des Einsatzaufkommens aus, hinsichtlich der Einsatzart Notfalleinsatz $\frac{1}{3}$.

Auffällig ist, daß bei Notarzteinsätzen zwar die internistischen Notfälle dominieren – wie auch andere Autoren berichteten (34, 35) – aber seit 1985 eine abnehmende Tendenz von 64,5 % auf 60,1 % (1988/89) zu beobachten ist. Hinsichtlich der Einsatzart Notfalleinsatz (ohne Notarzt) zeigen die Untersuchungsergebnisse beim internistischen Notfall eine ähnliche Tendenz. Es sind 1985 39,3 % und 1988/89 33,1 % der Notfalleinsätze den internistischen Notfällen zuzurechnen. Grund dieser Entwicklung scheint die Zunahme sonstiger Notfälle (unterschiedlicher medizinischer Fachdisziplinen) sowohl auf Seiten der Notarzt- als auch der Notfalleinsätze zu sein. Es gibt Hinweise, daß besonders Indikationen aus dem neurologisch-psychiatrischen Bereich zunehmen (35).

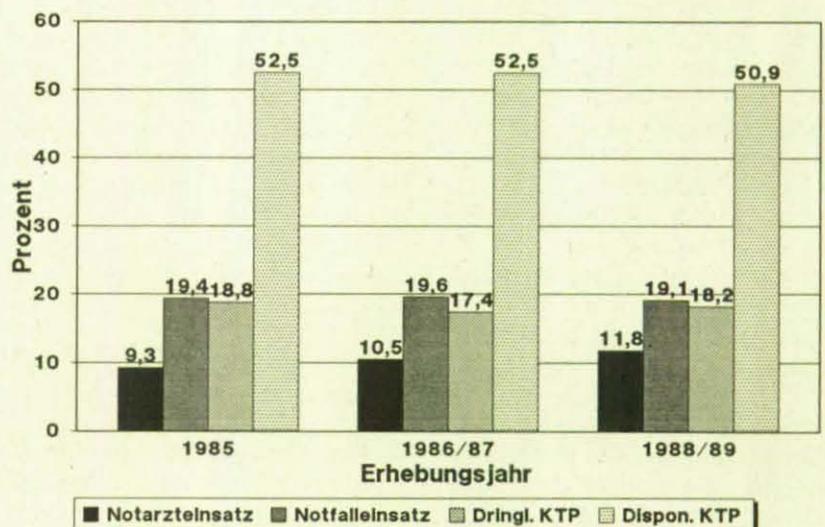


Abbildung 1: Verteilung der Einsätze nach Einsatzart.

1) Eine Erweiterung des Stichprobenverfahrens unter Einschluß der neuen Bundesländer ist vorgesehen.

2) Die Datenerhebung wurde vom IVT, Karlsruhe, durchgeführt.

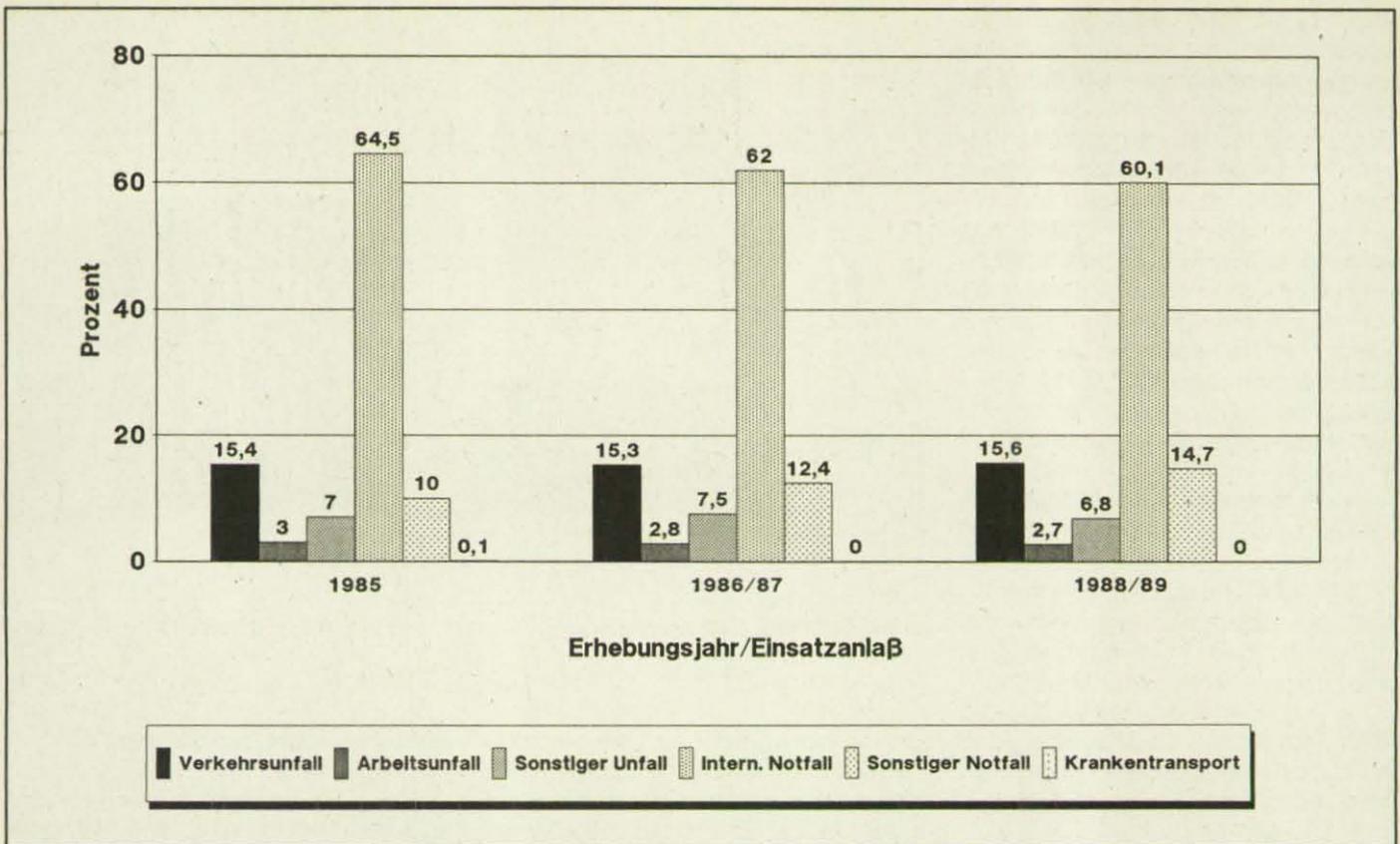


Abbildung 2: Relative Verteilung nach Einsatzart/Einsatzanlaß. Einsatzart: Notarzteeinsatz.

3.2 Einsatzanlaß

Werden die rettungsdienstlichen Einsätze unter dem Gesichtspunkt des Einsatzanlasses gesehen, so

lassen sich über den Vergleichszeitraum strukturelle Verschiebungen erkennen (Abbildung 3). Der Krankentransport spielt neben den internistischen Notfällen zwar weiterhin die

dominierende Rolle, verliert jedoch im Vergleich von 1985 bis 1988/89 an Bedeutung. Seine Anteiligkeit ging von fast 65 % auf 59 % zurück. Dagegen nahm die Kategorie „son-

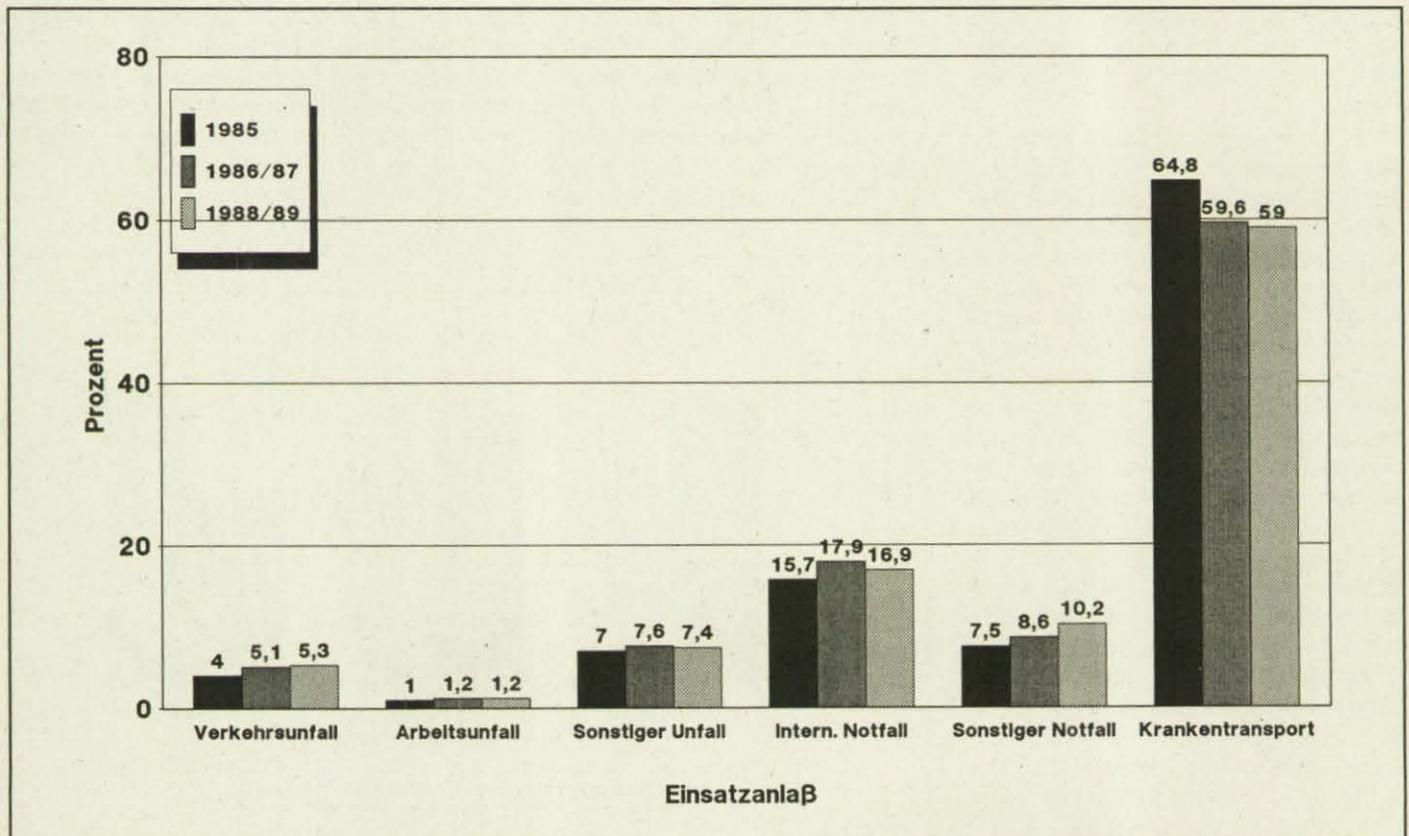


Abbildung 3: Verteilung der Einsätze nach Einsatzanlaß.

stiger Notfall“ an Bedeutung zu. Es bestätigt sich die strukturelle Verlagerung des rettungsdienstlichen Einsatzgeschehens vom Krankentransport hin zur Notfallrettung. In der Detailbetrachtung werden die Auslöser dieses Strukturwandels deutlich.

Die strukturellen Veränderungen belegen, daß sowohl an das ärztliche als auch an das nichtärztliche Personal des Rettungsdienstes zunehmend höhere Anforderungen hinsichtlich der Gewährleistung einer optimalen präklinischen Versorgung der Notfallpatienten gestellt werden (8, 42).

Vor diesem Hintergrund erfährt die Einführung des Rettungsassistentengesetzes zusätzliche Bedeutung (11). Für den Notarzt gilt die Empfehlung der Bundesärztekammer, entsprechend den Kriterien der DIVI, den Fachkundenachweis „Rettungsdienst“ einzuführen, um durch diese Maßnahme die Qualifikation des Notarztes zu verbessern und sicherzustellen (15, 22, 23, 39, 40, 42).

3.3 Eingesetzte Rettungsmittel

Konnte zuvor in bezug auf die Verteilung der Einsätze nach Einsatzanlaß (Abbildung 3) eine strukturelle Verschiebung als Ursache für erhöhte Anforderungen an das im Rettungsdienst tätige Personal beschrieben werden, so läßt sich in Analogie zur Zunahme der Notfalleinsätze der Trend zum Einsatz des höher qualifizierten Rettungsmittels belegen.

Im Vergleichszeitraum stieg die Einsatzfrequenz des RTW bei Notfalleinsätzen um rund 9,1 % auf über 91 %. Ferner belegen die Untersuchungsergebnisse, daß der KTW bei der Bedienung von Notfalleinsätzen – ohne Notarztbeteiligung – 1988/89 rund die Hälfte weniger zum Einsatz kam, als dies 1985 der Fall war; sein Anteil reduzierte sich von 15,8 % (1985) auf 8,2 % (1988/89).

Dieser Trend setzt sich auch bei der Bedienung dringlicher Krankentransporte fort. Auch hier kam der RTW vermehrt zum Einsatz, was sich darin äußerte, daß 1988/89 sogar mehr dringliche Krankentransporte mit dem RTW (51,8 %) als mit dem KTW (47,5 %) versorgt wurden.

Im Hinblick auf den Krankentransport ist nachfolgend Aufgeführtes von besonderem Interesse.

PUHAN (36) zeigte, daß bei 7 von 10 Krankentransporten ein KTW und bei jedem 4. Krankentransport ein höher qualifiziertes Rettungsmittel

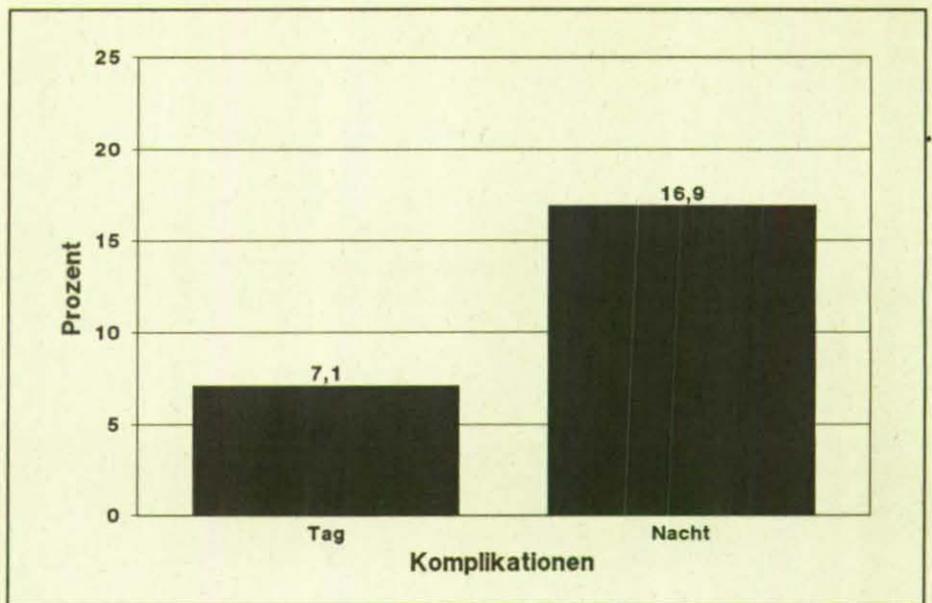


Abbildung 4: Komplikationen während des Krankentransports im Tag-/Nachtvergleich (Erhebungsjahr 1989; N = 2927).

(RTW) eingesetzt und daß während der Nachtstunden die Hälfte aller Krankentransporte mittels RTW bedient wurde. Es zeigte sich ferner, daß bei jedem 12. (8,5 %) Krankentransport Komplikationen auftraten.

Wie Abbildung 4 verdeutlicht, war bei den in Nachtstunden durchgeführten Krankentransporten der Anteil auftretender Komplikationen mehr als doppelt so hoch (16,9 %) wie am Tage (7,1 %) (36). Tagsüber entwickelte sich jeder 50. Krankentransport zu einem Notfall, während dies in den Nachtstunden auf jeden 20. Krankentransport zutrifft (36). Aufgrund der Tatsache, daß nachts bei Krankentransporten mehr als doppelt so viele Komplikationen als am Tage auftreten, scheint der Ein-

satz des höher qualifizierten RM angezeigt zu sein.

Was die Bedienung der Notarzteinsätze betrifft, so lassen sich über den Vergleichszeitraum interessante Entwicklungen belegen. 1985 wurde mit dem NEF rund jeder 28., 1988/89 bereits rund jeder 16. Einsatz bedient. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch für den RTW beschreiben. 1985 wurde rund jeder dritte Einsatz mittels RTW bedient, 1988/89 traf dies bereits auf jeden 2,5ten Einsatz zu. Interessante strukturelle Veränderungen lassen sich auch hinsichtlich der Bedienung der Notarzteinsätze durch das Kompakt- oder Rendezvous-System belegen (Abbildung 5). Im Vergleichszeitraum von 1985 bis 1988/89 wurden die dies-

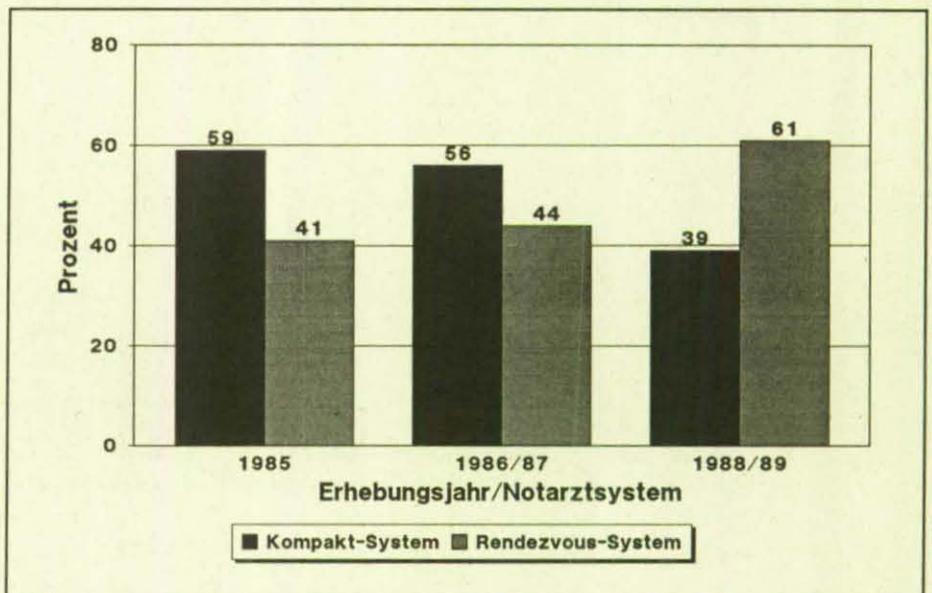


Abbildung 5: Bedienung der Notarzteinsätze.

bezüglichen Zahlenverhältnisse umgekehrt. Das Rendezvous-System hat sich demnach gegenüber dem Kompakt-System durchgesetzt und scheint ganz besonders für Einsätze in ländlichen Gebieten, aber auch zunehmend im städtischen Bereich – aufgrund größerer Flexibilität, variabler Verfügbarkeit und Schnelligkeit – geeignet zu sein (35).

3.4 Luftrettungsmittel

Die zunehmende Inanspruchnahme und Akzeptanz der RTH drückt sich durch stetig steigende Luftrettungseinsätze seit Beginn der 70er Jahre aus (6).

So hat im Vergleich zu 1985 das RTH-Einsatzvolumen im Jahr 1989 um rund 1/4 auf ca. 38600 Einsätze zugenommen (1). Gleichzeitig hat sich das Einsatzspektrum des RTH erheblich verändert. Zwar wird der RTH weiterhin schwerpunktmäßig bei Verkehrsunfällen, zunehmend aber bei internistischen Notfällen eingesetzt, so daß 1988 jeweils 1/3 der RTH-Einsätze auf Verkehrsunfälle und internistische Notfälle entfallen (Abbildung 6) (1). RTH-Einsätze bei Arbeitsunfällen spielen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

3.5 Eintreffzeiten

Ein wesentliches Kriterium der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes ist die Eintreffzeit. Die Eintreffzeit ist definiert als die Zeitspanne, die zwischen Eingang der Notfallmeldung in der Rettungsleitstelle und dem Eintreffen des Rettungsdienstes am Notfallort vergeht. Denn nur eine schnelle, möglichst sofort einsetzende Erste Hilfe und eine sich anschließende qualifizierte Behandlung des Patienten bereits am Notfallort können u. a. die Überlebenschancen vital gefährdeter Personen erhöhen, stationäre Behandlungskosten durch verkürzte Verweilzeiten im Krankenhaus reduzieren und Folgeerkrankungen verringern (10, 15, 23, 25, 38, 42).

Wie die Untersuchungsergebnisse zeigen, konnte die Gesamtheit aller Notfälle (mit/ohne Notarzt) 1988/89 im Mittel nach 8,1 Minuten bedient werden (Abbildung 7). Im Vergleich zu 1985 (7,9 Minuten) bedeutet dies eine leicht steigende Tendenz, also Verlängerung der mittleren Eintreffzeit.

Ferner können charakteristische Unterschiede hinsichtlich der mittleren Eintreffzeiten beim Notarzteinsatz bzw. beim Notfalleinsatz belegt

werden. Es zeigt sich, daß die Eintreffzeiten beim Notarzteinsatz im Mittel rund 1 Minute länger sind als beim Notfalleinsatz. Die mittlere Eintreffzeit der Notarzteinsätze beträgt 8,7 Minuten (1985) bzw. 8,8 Minuten (1988/89). Für Notarzteinsätze in spezifischen Regionen werden auch mittlere Eintreffzeiten von 6 bis 7 Minuten angegeben (34, 35). Eine geringfügige Verlängerung der mittleren Eintreffzeiten ist auch bezüglich der Notfalleinsätze ohne Notarzt festzustellen. Hier zeigt sich im Vergleich ein Anstieg von 7,5 Minuten (1985) auf 7,7 Minuten (1988/89). Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, daß beispielsweise infolge ansteigender Verkehrsdichte und verkehrsberuhigter Zonen mit längeren Eintreffzeiten zu rechnen ist (47). Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse bestätigen die Tendenz verlängerter Eintreffzeiten.

Analog zur Entwicklung der mittleren Eintreffzeit zeigt der Vergleich der Bedienbarkeit der Notfalleinsätze (Notarzteinsatz und Notfalleinsatz) innerhalb der Eintreffzeitintervalle von 3, 6, 9 bzw. 15 Minuten (Abbildung 8) über den Vergleichszeitraum von 1985 bis 1988/89 konsequenterweise ähnliche Tendenzen. Wie 1985 konnten auch 1988/89

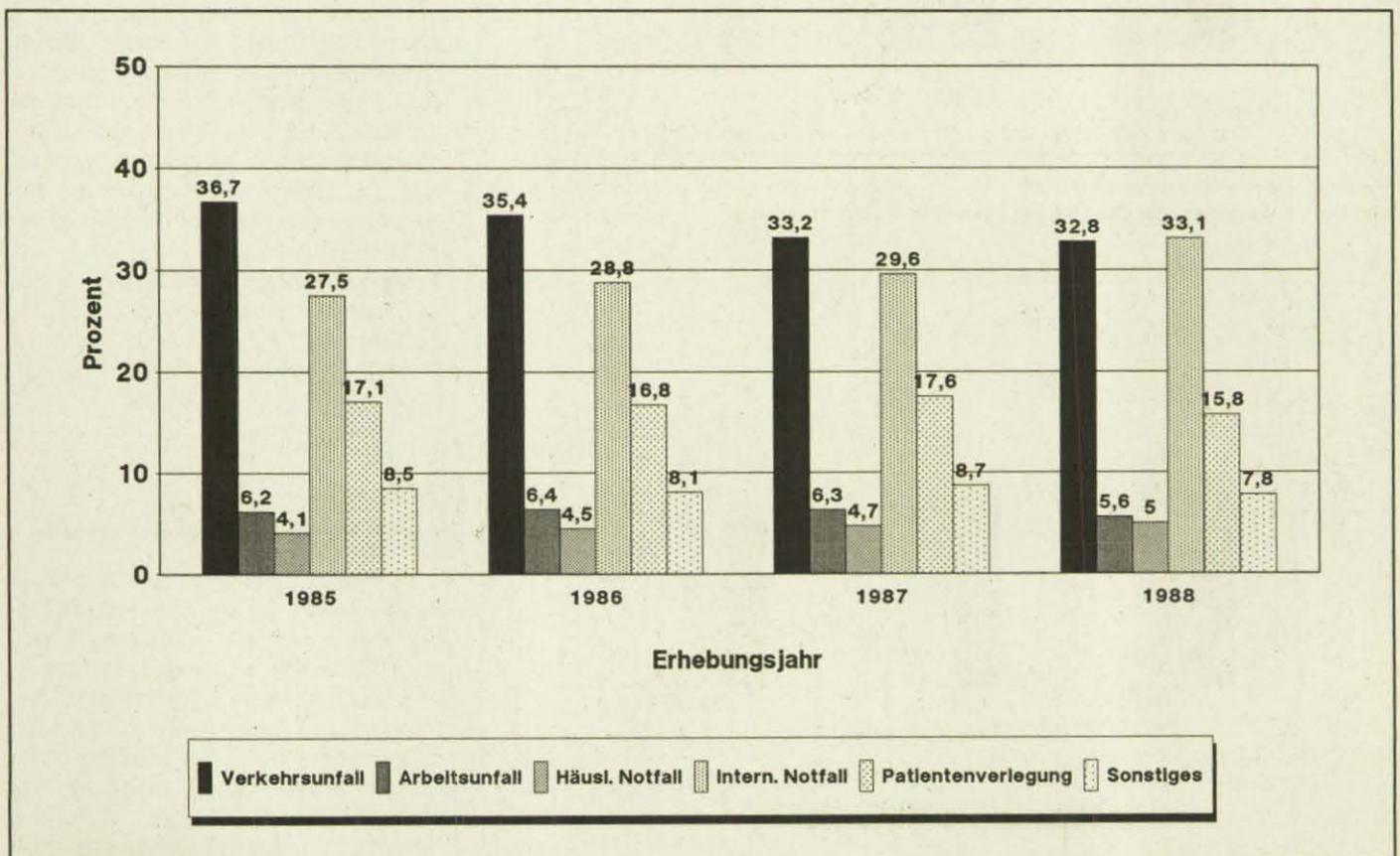


Abbildung 6: Rettungshubschrauber und Einsatzanlaß.

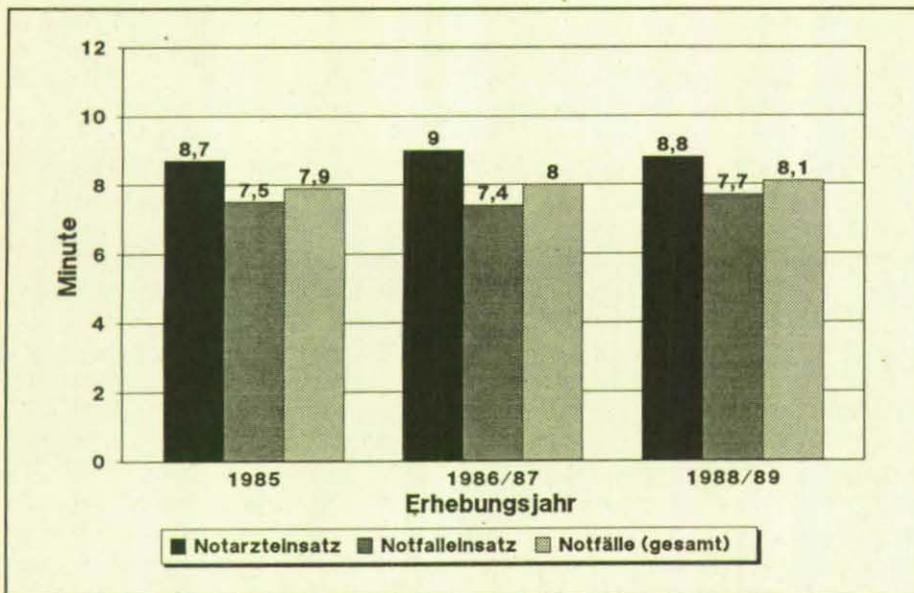


Abbildung 7: Verteilung der mittleren Eintreffzeit nach Einsatzart.

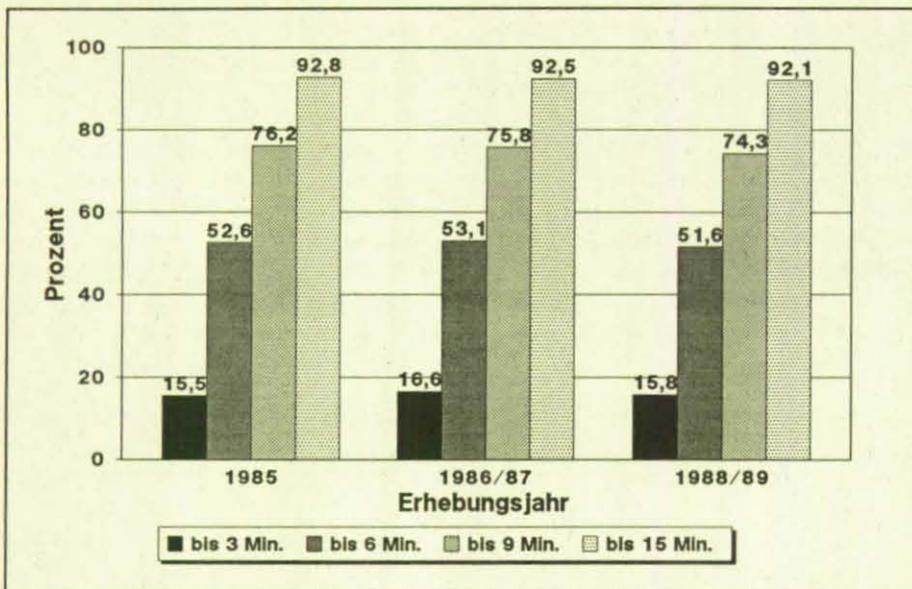


Abbildung 8: Verteilung der Eintreffzeiten bei Notfalleinsätzen (gesamt).

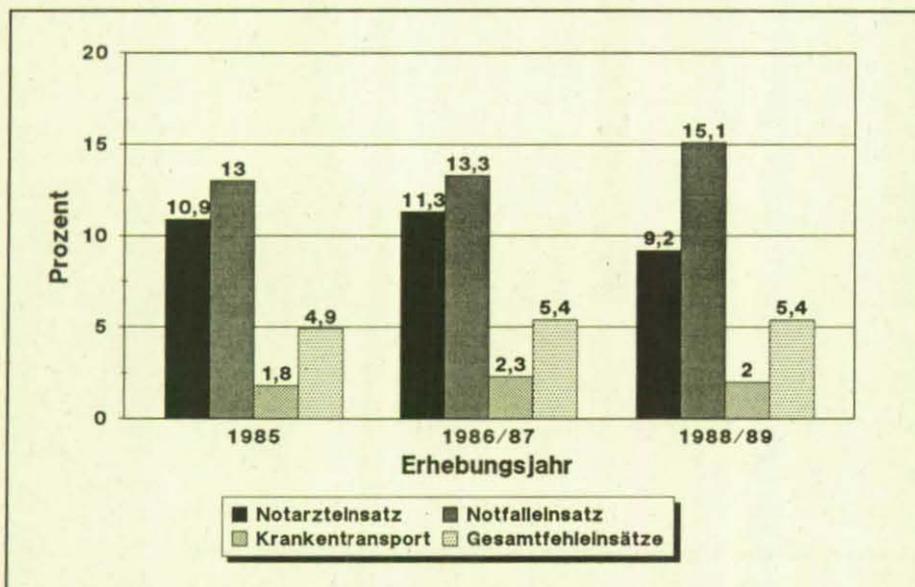


Abbildung 9: Fehleinsatzquote im bodengebundenen Rettungsdienst.

über 50 % der Notfalleinsätze innerhalb von 6 Minuten bzw. rund 75 % innerhalb von 9 Minuten, jeder 6. Notfall innerhalb von 3 Minuten und über 90 % der Notfälle innerhalb von 15 Minuten versorgt werden. Dies bedeutet aber auch, daß über 7 % der Notfälle nicht innerhalb von 15 Minuten versorgt werden konnten.

3.6 Fehleinsätze des bodengebundenen Rettungsdienstes und der Luftrettung

Ein wesentliches Kriterium zur Effektivierung des Rettungsdienstes aus organisatorischer Sicht ist die Reduzierung der Fehleinsatzquote. Fehleinsätze lassen sich wohl kaum gänzlich vermeiden, jedoch sollte ihre Quote auf ein Minimum reduziert werden, damit rettungsdienstliche Kapazitäten nicht unnützlich beansprucht werden, nur Kosten verursachen und für ihre originäre Aufgabe nicht zur Verfügung stehen.

Ein Vergleich der Fehleinsatzquoten über den Untersuchungszeitraum von 1985 bis 1988/89 verdeutlicht sowohl für die bodengebundene als auch für die Luftrettung (2, 3, 4, 5, 6) steigende Tendenzen (Abbildung 9 und 10). Sie erhöhten sich beim bodengebundenen Rettungsdienst auf 5,4 %, bei der Luftrettung auf 19 %. Damit war nahezu jeder 5. RTH-Einsatz ein Fehleinsatz, wohingegen dies beim bodengebundenen Rettungsdienst auf rund jeden 18. Einsatz zutrif. Die höchste Fehleinsatzquote beim bodengebundenen Rettungsdienst läßt sich für die Kategorie der Notfalleinsätze (ohne Notarzt) mit rund 13 bis 15 % beschreiben. Auch zeigt sich hier von 1985 bis 1988/89 eine rund 16%ige Zunahme. Die Fehleinsatzquote bei Notarzteinsätzen sank von 10,9 % (1985) auf 9,2 % (1988/89).

4. Fazit

In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, in der Bundesrepublik Deutschland ein leistungsfähiges und flächendeckendes Rettungswesen aufzubauen. Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse lassen charakteristische Entwicklungstendenzen erkennen, die einerseits auf eine Stabilisierung des rettungsdienstlichen Leistungsniveaus hinweisen, andererseits richtungweisende strukturelle Verschiebungen

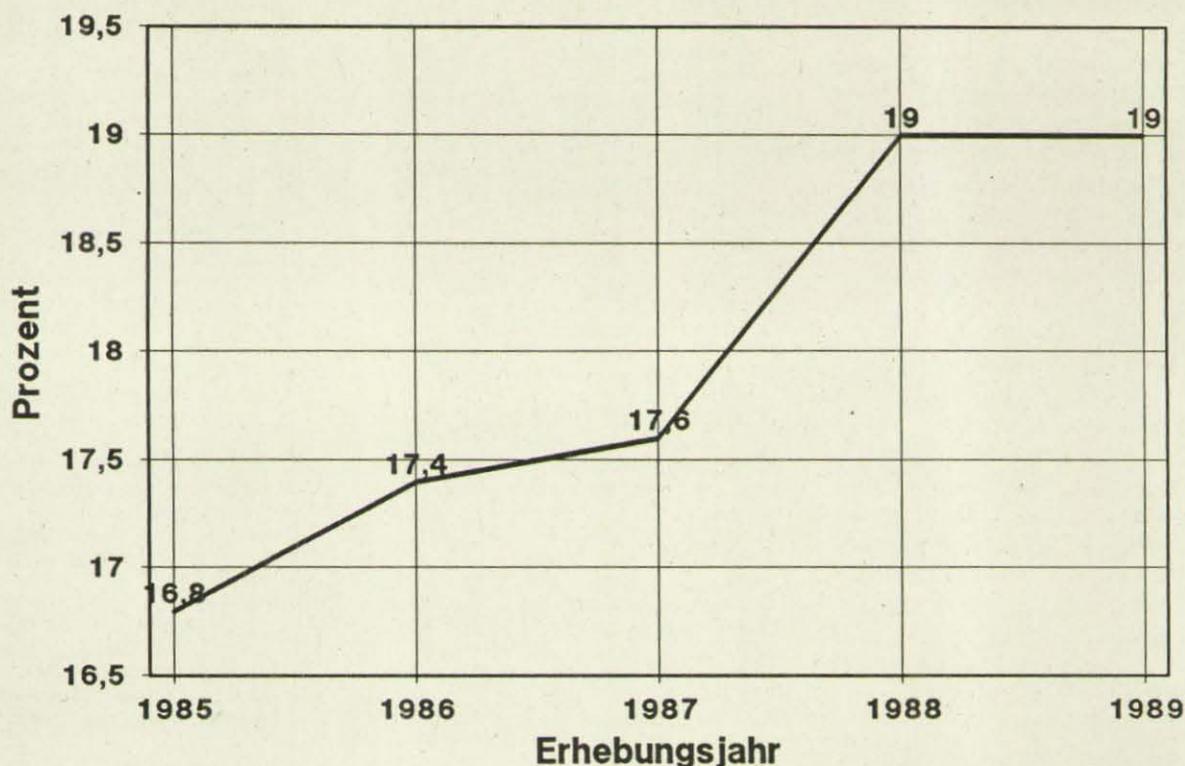


Abbildung 10: Fehleinsatzquote in der Luftrettung.

im Einsatzgeschehen und im Anforderungsprofil belegen:

- Es zeigt sich der Trend zum Einsatz des höher qualifizierten Rettungsmittels.
- Die mittlere Eintreffzeit bei Notfalleinsätzen beläuft sich auf rund 8 Minuten.
- Über 90 % der Notfälle können innerhalb der Hilfsfrist von 15 Minuten erreicht werden.
- Notfalleinsätze, vor allem Notarzteinsätze, nehmen deutlich zu.
- Internistische Notfälle, aber auch sonstige Notfälle, zeigen steigende Tendenzen.
- Die Luftrettung wird weiterhin in zunehmendem Maße in Anspruch genommen und akzeptiert. Dies trifft insbesondere auf internistische Notfälle zu.
- Die Bedienung von Notarzteinsätzen erfolgt am häufigsten mittels Rendezvous-System. 1985 galt dies für das Kompakt-System.
- Sowohl beim bodengebundenen Rettungsdienst als auch bei der Luftrettung steigen die Fehleinsatzquoten.
- Bei Notarzteinsätzen ist ein Rück-

gang der Fehleinsatzquote zu verzeichnen.

Trotz weiterhin steigender Anforderungen an das Gesamtsystem des Rettungsdienstes (beispielsweise steigender Anteil internistischer Notfälle, höhere Verkehrsdichte) muß es gelingen, das rettungsdienstliche Leistungsniveau zu sichern und weiter zu optimieren, um dadurch noch mehr Menschenleben retten zu können. Wie die vorliegende Analyse zeigt, gilt es insbesondere, einsatztaktische Maßnahmen zu ergreifen, die zur Reduktion der Fehleinsatzquoten sowohl des bodengebundenen Rettungsdienstes als auch der Luftrettung führen. Sicherlich spielen in der Luftrettung witterungs-, saisonale und tageszeitliche Faktoren eine (mit)entscheidende Rolle. Jedoch könnten gerade in der Luftrettung adaptierte einsatztaktische Strategien dazu beitragen, koordinations- und absprachebedingte Fehleinsätze zu vermeiden.

Grundsätzlich lassen sich Fehleinsätze auch dann reduzieren, wenn weiterhin verstärkt Anstrengungen unternommen werden, so-

wohl Laien-/Ersthelfer in die Lage zu versetzen, präzise Notfallmeldungen abzugeben als auch das Leitstellenpersonal speziell in der Annahme dieser Meldungen intensiv zu schulen (29, 48). Aufgrund einer präzisen Notfallmeldung kann das Personal der Rettungsleitstelle das geeignete Rettungsmittel schicken. Die Folge könnte z. B. eine Reduktion der Fehleinsatzquoten sein (19, 24, 41, 42, 45, 46). Daß entsprechende, gezielte Maßnahmen greifen, belegen die vorliegenden Analysen: Über den Vergleichszeitraum von 1985 bis 1988/89 konnte die Fehleinsatzquote bei Notarzteinsätzen von 10,9 % auf 9,2 % gesenkt werden. Darüber hinaus gilt es, adäquat auf die zunehmend höheren Anforderungen, insbesondere an das rettungsdienstliche Personal, zu reagieren. Wie die Untersuchungsergebnisse belegen, läßt sich eine Zunahme präklinisch zu versorgender Notfallpatienten feststellen. Dies unterstreicht die Bedeutung und Notwendigkeit der Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des im Rettungsdienst tätigen ärztlichen und nichtärztlichen Personals (7, 8, 9, 14, 22, 27, 42).

Da sich in der Notfallrettung die Eintreffzeiten möglicherweise nur über zusätzliche Kosten (Personal und Material) weiter optimieren lassen (43), bei einem Herzstillstand aber eine Hypoxietoleranz des Gehirns von nur ca. 4 Minuten besteht (12, 16, 17, 18, 26, 30), kann nur die sofortige Hilfeleistung eines zufällig Anwesenden (eines Ersthelfers) bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes die kritische Zeitspanne des therapiefreien Intervalls überbrücken.

Wie die vorliegenden Analysen belegen, wird die Wirksamkeit der gesamten Rettungskette nicht nur vom Qualifikationsstandard des rettungsdienstlichen Personals maßgeblich beeinflusst, sondern auch durch das dem Rettungsdienst vorgeschaltete Glied „Laien-/Ersthelfer“. Diese Gruppe muß deshalb als integraler Bestandteil des gesamten Rettungssystems aufgefaßt und entsprechend berücksichtigt und ausgebildet werden.

Bei einem derartigen Grundverständnis läßt sich ein weites Spektrum von Erfordernissen aufzeigen, deren Verwirklichung zur Optimierung des rettungsdienstlichen Einsatzgeschehens beiträgt: das betrifft sowohl die Ausbildung des ärztlichen und nichtärztlichen rettungsdienstlichen Personals und des Laienhelfers als auch organisatorische und einsatztaktische Maßnahmen.

Literaturverzeichnis

1. ADAC-LUFTRETTUNG GMBH: Rettungshubschraubereinsatzstatistiken 1985-1988
- * 2. ADAC-LUFTRETTUNG GMBH: RTH-Intern 1 (1986)
3. ADAC-LUFTRETTUNG GMBH: RTH-Intern 1 (1987)
4. ADAC-LUFTRETTUNG GMBH: RTH-Intern 1 (1988)
5. ADAC-LUFTRETTUNG GMBH: RTH-Intern 1 (1989)
6. ADAC-LUFTRETTUNG GMBH: RTH-Intern 1 (1990)
7. AHNEFELD, F. W./DICK, W./KILIAN, J./MEHRKENS, H. H./SPILKER, E. D.: Der Notarzt im Rettungsdienst. Teil II - Anforderungen an die Effizienz der Rettungskette - Analyse anhand von Umfrageergebnissen. In: Notfallmedizin 9 (1982), 1062-1071
8. BARTSCH, A./SCHÜTTLER, J./KULKA, P./NADSTAWEK, J./SÜHLING, B.: Laienhilfe im akuten Notfall. In: Der Notarzt 3 (1989), 77-81
9. BAUER, K. H.: Erste Hilfe am Unfallort und Erstversorgung Verkehrsverletzter nach Klinikaufnahme. In: Hefte zur Unfallheilkunde 62 (1960), 89-99
10. BRAUER, C./LEHMANN, H.-U./LEHNERT, J./HOCHREIN, H.: 12 Jahre Notarztwagen am Berliner Rudolf-Virchow-Krankenhaus. In: Der Notarzt 5 (1987), 148-153
11. BUNDESGESETZBLATT: Gesetz über den Beruf der Rettungsassistenten

tin und des Rettungsassistenten, vom 10. Juli 1989. In: Bundesgesetzblatt, Teil 1 (1989), 1384-1386

12. CUMMINS, R. O./EISENBERG, M. S./HALL-STROM, A. P./LITWIN, P. E.: Survival of out-of-hospital cardiac arrest with early initiation of cardiopulmonary resuscitation. In: Amer. J. Emerg. Med. 3 (1985), 114-118
13. DER BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR: Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 1989. In: Der Bundesminister für Verkehr (1990)
14. DICK, W.: Wo bleiben die Ärzte mit Fachkundenachweis Rettungsdienst? In: Notfallmedizin, 12 (1989), 820
15. DÖLP, R.: Fehldiagnosen, falsches Personal: Die Not der Notaufnahmen. In: Notfallmedizin 12 (1989), 843-850
16. DOYLE, C. J./POST, H./BURNEY, R. E./MAINO, J./KEEFE, M./RHEE, J. J.: Family participation during resuscitation: An option. In: Ann. Emerg. Med., 16 (1987), 673-675
17. EISENBERG, M./BERGNER, L./HALL-STROM, A.: Paramedic programs and out-of-hospital cardiac arrest: I. Factors associated with successful resuscitation. In: Amer. J. publ. Hlth., 69 (1979), 30-38
18. EISENBERG, M./BERGNER, L./HALL-STROM, A.: Paramedic programs and out-of-hospital cardiac arrest: II. Impact on community mortality. In: Amer. J. publ. Hlth., 69 (1979), 39-42
19. GARMS-HOMOLOVA, V.: Verhaltensanweisungen in der Notfallmeldung. In: Der Notarzt 2 (1988), 55-57
20. GERDELMANN/KORBMAN/STRAMKA: Krankentransport und Rettungswesen. Ergänzendes Handbuch der Rechtsvorschriften, Gebührenregelungen, Rechtsprechung und organisatorische Bestimmungen. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1978
21. GÖGLER, E.: Notarztsysteme in der Bundesrepublik Deutschland. In: Münch. med. Wschr. 124 (1982), 1083-1086
22. GORGASS, B.: Ausbildung von Rettungssanitätern. In: Anästhesist 38, Suppl. 1 (1989), 174
23. HIERHOLZER, G./BÖHM, H. J.: Anforderungen an den Notarzt aus der Sicht des Chirurgen. In: Der Anästhesist, 38. Band, Sonderteil (1989)
24. HUBER, J.: Reduzierung des therapiefreien Intervalls durch die Anwendung veränderter Einsatzstrategien. In: Rettungsdienst 8 (1987), 429-432
25. KIRSCHNER, M.: Die fahrbare chirurgische Klinik. In: Der Chirurg 10 (1983), 713
26. KLOCKGETHER, A./KONTO-KOLLIAS, J. S./LUDWIG, T./HUSEMANN, E.: Herz-Lungen-Wiederbelebung (HLW) durch Laienhelfer. In: Der Notarzt 4 (1988), 101-105
27. KNUTH, P.: Der Fachkundenachweis Rettungsdienst als Voraussetzung für den Notarzt-Einsatz. In: Notfallmedizin 10 (1989), 712-715
28. KÜHNER, R.: Planung, Durchführung und Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe - dargestellt am Beispiel des Rettungsdienstes. In: Bundesanstalt für Straßenwesen (Hrsg.): Untersuchungen zum Rettungswesen, Bericht 21, Bergisch Gladbach 1989
29. LEHMANN, H.-U./WOY, C./EVERLING, F./HOCHREIN, H.: Präklinische Versorgung am Beispiel des Berliner Notarztwagensystems. In: Notfallmedizin 8, Suppl. Notarzt 3/81 (1981), 20-27
30. LUND, I./SKULBERG, A.:

Cardiopulmonary resuscitation by lay people. In: The Lancet 10 (1976), 702-704

31. MARTENS, F.: Der Arzt im Rettungsdienst - Arzt für ... der Notarzt? In: Der Notarzt 5 (1988), 138-141
32. MARTENS, F.: Editorial. In: Der Notarzt 5 (1988), 137
33. MEHRKENS, H.-H./PARIS, H./LIPPERT, H.-D.: Voraussetzungen für den qualifizierten Einsatz von Ärzten im Rettungsdienst. In: Anästhesiologie und Intensivmedizin 7 (1984), 276-281
34. OBERTACKE, U./WISSING, H./SCHMIT-NEUERBURG, K. P.: Der Stellenwert des Notarztrettungswesens in der Großstadt Essen - Erfahrungen der ersten zehn Jahre. In: Notfallmedizin 3 (1987), 186-208
35. PETERSON, TH.: 17 Jahre Rendezvous-System Bonn-Süd. In: Der Notarzt 5 (1989), 109-112
36. PUHAN, TH.: Durchführung von Krankentransporten im Rettungsdienst. Manuskript, Karlsruhe 1990
37. PUHAN, TH./SIEGENER, W.: Informationen über den Rettungsdienst in der Bundesrepublik Deutschland. Teil B, Karlsruhe 1984
38. RIEDIGER, G.: Rettungshubschrauber und Unfallrettung in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundesanstalt für Straßenwesen (Hrsg.): Luftrettung in der Bundesrepublik Deutschland, 27-42, Bergisch Gladbach 1986
39. ROSSI, R./AHNEFELD, F. W.: Anforderungen an den Notarzt aus der Sicht des Anästhesisten. In: Der Anästhesist, 38. Band, Sonderteil (1989)
40. SCHUSTER, H. P.: Anforderungen an den Notarzt aus der Sicht des Internisten. In: Der Anästhesist, 38. Band, Sonderteil (1989)
41. SEFRIN, P.: Konsequenzen für die Primärversorgung von Notfallpatienten aus einer prospektiven Studie an 106 tödlichen Verläufen. In: Der Anästhesist 12 (1980), 667-672
42. SEFRIN, P.: Anforderungen an das Personal im Rettungsdienst. In: Der Anästhesist, 38. Band, Sonderteil (1989)
43. SEFRIN, P.: Verkehrsunfälle: Schnellere und qualifizierte Hilfe notwendig. In: Deutsches Ärzteblatt 48 (1989), C-2167
44. SEFRIN, P./BLUMENBERG, D.: Qualifikation des Notarztes - Eine Standortbestimmung. In: Anästhesiologie und Intensivmedizin 7 (1984), 267-275
45. SEFRIN, P./MAYER, B.: Wie effektiv ist der Notruf? In: Notfallmedizin, 5 (1989), 340-353
46. STRIEBEL, J. P./PANTLE, W./ELLINGER, J.: Notfallmeldung - Notarzt-Einsatz. In: Anästhesist 36 (1987), 267-274
47. TEUBNER, W.: Das Rettungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Koordination - Gesetzgebung - Ist-Zustand. In: Medizintechnik 6 (1980), 195-198
48. WISCHHÖFER, E./RATH, H./THIEME, CH.: Leistungsprofil im Notarzt-Einsatz München. In: Notfallmedizin 5, Supplement Notarzt 2/82 (1982), 4-16

„Herfststorm/Herbststurm“

Zusammenarbeit schon seit über zehn Jahren – Rund 600 Einsatzkräfte probten den Schadensfall

Die deutsch-niederländische Katastrophenschutzübung im Grenzgebiet Dinxperlo/Bocholt-Suderwick am 5. Oktober 1991 hat zum Ziel, die Zusammenarbeit bei einem Großschadensereignis zu überprüfen. Es ist nicht das erste Mal, daß die Stadt Bocholt und die niederländische Nachbargemeinde Dinxperlo ihre Sicherheitspartnerschaft testen, die Zusammenarbeit reicht schon bis Anfang der 80er Jahre zurück. Damals überlegte man gemeinsam, wie im Katastrophenfall die gegenseitige Hilfe zu organisieren ist. Eine grenzüberschreitende Übung im Jahre 1983 zeigte erste Ansätze auf. In den folgenden Jahren wurden die Kontakte intensiviert und ausgebaut. So wirkt schon seit vielen Jahren ein Vertreter der Gemeinde Dinxperlo im Stab HVB der Stadt Bocholt mit. Auch ist die „Brandweer“ der Nachbargemeinde in den Alarmplan der Stadt mit einbezogen.



Die Freiwillige Feuerwehr Suderwick ist als erste an der Schadensstelle.

Zweiteilige Übung

„Herfststorm/Herbststurm“ ist der Titel der gemeinsamen Großübung, mit der nun erneut das Zusammenspiel im Schadensfall erprobt werden soll. Die Übung ist zweigeteilt. Von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr ist für die Mitglieder des Stabes HVB Bocholt eine Stabsrahmenübung angesetzt, in der das Zusammenwirken der gemeindlichen und übergeordneten Verwaltungs- und Führungsstellen bei größeren Unfällen und Katastrophen erprobt wird.

Die Übungslage stellt sich verkürzt wie folgt dar: Eine großräumige



Die niederländische Brandweer unterstützt die Brandbekämpfung.

Eng arbeiten die deutschen und niederländischen Feuerwehrmänner zusammen.



Schlechtwetterlage mit Sturm und orkanartigen Böen führt im Stadtgebiet Bocholt zu erheblichen Schäden. Betroffen ist auch die niederländische Nachbargemeinde Dinxperlo. Im Laufe des Abends verschlimmert sich die Lage ständig, der Sturm wird zum Orkan.

Wegen der Vielzahl der Einsätze ist das Leistungsvermögen der Bocholter Feuerwehr erschöpft. Überörtliche Hilfe kann nicht in Anspruch genommen werden, weil die Wehren der Nachbargemeinden im eigenen Bereich eingesetzt sind. Um 8.30 Uhr wird für die Katastrophenschutz-Einheiten und Einrichtungen der Führung Alarm ausgelöst, die Stabsstelle in der Klarschule besetzt.

Die Stabsrahmenübung läuft bis 12.00 Uhr. Im engen Zusammenwirken mit der Katastrophenschutzleitung im niederländischen Dinxperlo werden die vielfältigen Übungsaufgaben durchgespielt.

Praktische Zusammenarbeit

Wie nun die Zusammenarbeit von deutsch-niederländischen Einsatzkräften beiderseits der Grenze unter Führung einer gemeinsamen Einsatzleitung praktisch abläuft, zeigt der zweite Teil der Übung am Nachmittag, an der rund 600 Kräfte beteiligt sind.

Das Drehbuch sieht folgende Lage vor: Brand in einer Reifenfirma. Während der Löscharbeiten explodiert ein Flüssigastank. Das Gebäu-



Technisch gut gerüstet ist die Brandweer für Löscheinsätze.



Es scheint noch nicht zu klappen – fragende Blicke in Richtung Einsatzleiter.



Niederländische Wehrmänner kühlen eine Brandverletzung mit kaltem Wasser.

de und umliegende Häuser sind zerstört. Weitere Brände breiten sich aus. Zahlreiche Feuerwehrmänner sowie Anwohner sind verschüttet und verletzt.

Ein weiteres Unglück ereignet sich eine Stunde später. Durch einen Defekt in der Heizungsanlage eines Einfamilienhauses kommt es zu einer Gasexplosion. Die Gebäude in der Nachbarschaft sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Viele Passanten und Bewohner der Häuser sind verletzt. Durch den Explosionsdruck wurde der Ammoniaktank eines nahegelegenen Kühlhauses einer Metzgerei undicht. Es bildet sich eine Gaswolke.

Die dritte Einsatzstelle ist ein Altenwohnheim. Hier sollen die Bewohner vorsorglich evakuiert werden.

Realistische Schadensdarstellung

Zahlreiche Zuschauer haben sich an der ersten Schadensstelle eingefunden. Sie beobachten interessiert den Ablauf der von der deutsch-niederländischen Einsatzleitung koordinierten Hilfsmaßnahmen.

Die als erste bei der Reifenfirma eingetroffene Freiwillige Feuerwehr Suderwick ist voll mit den Löschar-

beiten beschäftigt, als der Gastank „explodiert“. Das zunächst relativ kleine Schadensereignis wird zur Katastrophe. Von überall sind Hilferufe zu hören, die Situation ist chaotisch, als kurz danach die alarmierte niederländische Brandweer eintrifft. Parallel zur Brandbekämpfung bergen die Einsatzkräfte die „verletzten“ deutschen Wehrmänner, bringen sie zum Sammelplatz und übernehmen die Versorgung. Stets ist der Ruf zu hören: „Wo bleiben die Sanitätskräfte?“ Als sie eintreffen, ist erst ein kleiner Teil der „Opfer“ geborgen. Im weiten Umkreis sind weitere Verletztendarsteller ausgelegt, die es zu bergen und versorgen gilt. Beteiligt sind hier das Techni-



Versorgung der „Opfer“ am Verletzten-Sammelplatz.

sche Hilfswerk, der Malteser-Hilfsdienst, das Deutsche Rote Kreuz sowie niederländische Sanitätskräfte.

Eingeplant im Übungsablauf ist auch der Ausfall der Wasserversorgung. Innerhalb kurzer Zeit gelingt es der niederländischen Brandweer, über eine großdimensionierte Schlauchleitung Löschwasser aus einem kleinen See an die Schadensstelle zu fördern.

Die Brandbekämpfungs- und Rettungsmaßnahmen sind noch voll im Gange, als die Meldung über das zweite Unglück bei der Einsatzleitung eintrifft. Es wird schwierig für die Führungskräfte. Neue Einheiten müssen herangeführt werden, um auch hier die Hilfsmaßnahmen sicherzustellen. Die Einsatzabläufe gleichen dann denen an der ersten Schadensstelle. Darüber hinaus sind die deutschen Wehrmänner unter Vollschutz damit beschäftigt, das Leck an dem Ammoniaktank abzudichten.

Den Abschluß der Vollübung bildet die Evakuierung der Bewohner des Altenwohnheimes in Dinxperlo.



Befehlsausgabe an der zweiten Schadensstelle.



Brandbekämpfung und Menschenrettung laufen hier parallel.

Erste Übungsbilanz

In einem ersten Resümee der beiden Übungen vor Pressevertretern in der Euregiohalle in Dinxperlo bedauert Dr. Jürgen Becker, Leiter des Stabes HVB, Bocholt, daß die Fernmeldeverbindungen zwischen den Stäben in Bocholt und Dinxperlo während der Stabsrahmenübung Mängel aufwiesen. Dies läge an den unterschiedlichen Fernsprechsyste-men, die es noch zu harmonisieren gelte. Schwierigkeiten hätten u. a. auch die national unterschiedlichen Begriffe im Katastrophenschutz bereitet. Hier müsse für Abhilfe gesorgt werden. Hilfreich wäre ein Katastrophenschutz-Wörterbuch, in dem die einzelnen Begriffe gegenübergestellt und erläutert sind, so Dr. Becker.

Beispielhaft sei die Einsatzbereitschaft sowie die Kameradschaft aller an der Übung beteiligten Katastrophenschutzkräfte gewesen, freut sich Dr. Becker. Im technischen Bereich hätten sich die schon vor zehn Jahren beschafften Anschlußstücke für die national unterschiedlichen Kupplungen der Druckschläuche bewährt, eine wichtige Voraus-



Im weiten Umkreis der Schadensstelle sind Verletzten-darsteller ausgelegt.



Unter Vollschutz dichten die Wehrmänner das Leck ab.



THW-Helfer bringen einen gehfähigen „Verletzten“ zur Sammelstelle.

setzung für das enge Zusammenwirken der Feuerwehren bei Löscharbeiten.

Mängel aufgezeigt

Dinxperlos Bürgermeister Leendert van As, verantwortlich für den Katastrophenschutz in der Gemeinde, meint zur Stabsrahmenübung am Vormittag: „Es hat uns etwas überrascht, wie schnell die Meldungen aufeinander folgten, auf die wir reagieren mußten, obwohl wir noch keinen genauen Überblick über das Ausmaß der Schäden im Katastrophengebiet hatten. Es war uns am Anfang nicht möglich, die Lage zu

analysieren und die entsprechenden Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Deshalb konnten z. B. die niederländischen Sanitätskräfte nicht schnell genug an den Einsatzort herangeführt werden, so daß wir den Stab HVB in Bocholt baten, einen deutschen Sanitätszug einzusetzen.“

Bei der Vollübung am Nachmittag hätte sich gezeigt, daß es den Einsatz der Sanitätskräfte noch zu optimieren gilt. Es sei bei der Bergung und Versorgung der „Verletzten“ zu Verzögerungen gekommen, die nicht hingenommen werden könnten. „Menschenrettung geht vor Brandbekämpfung“, so der Bürgermeister. Deshalb müsse im Gespräch mit den

Stabsmitgliedern und Einsatzführern beider Seiten darüber diskutiert werden, wie künftig schneller Hilfe geleistet werden kann.

Stadtdirektor Hans-Josef Dahlen, Bocholt, Gesamtleiter der Übungen, meint zum Schluß: „Ich denke, daß unsere gemeinsame grenzüberschreitende Arbeit mit einem gewissen Vorbildcharakter in die amtlichen EG-Stellen muß, denn dort werden letztlich die Gesetze und die Grundlagen der praktischen Arbeit zu harmonisieren sein. Und je deutlicher wir aufzeigen, was zu harmonisieren ist, um so praktischer sind auch die Ergebnisse in Brüssel umzusetzen.“

— güse —



Einsatzfahrzeuge füllen den Hellweg in Dinxperlo. (Fotos: Sers)

Zwischen Nord- und Ostsee

Itzehoe

Alexander Przybylski, ehrenamtlicher Mitarbeiter des BVS, wurde in Würdigung seiner Verdienste um das Allgemeinwohl mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde überreichte Staatssekretär Dr. Peter Kreyenberg im Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Durch die Verleihung dieser hohen Auszeichnung wurde die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit Przybylskis beim Kreis Steinburg sowie sein Engagement als ehrenamtlicher Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Itzehoe und sein Einsatz in der Helfervertretung dieser Dienststelle gewürdigt.

Przybylski ist nach seiner Pensionierung von der Bundeswehr dem BVS beigetreten. Er hat seither bei vielen Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbildung das Anliegen des Selbst- und Katastrophenschutzes vertreten. Damit hat er ein Beispiel dafür gegeben, wie sich ein der Gemeinschaft verpflichteter Bürger in den Dienst einer guten Sache stellen kann.

Quer durch Niedersachsen

Osnabrück

„Das Land Niedersachsen hatte über Jahrzehnte hinweg ein permanentes Defizit im Schutzraumbau zu beklagen. Inzwischen gehört es zu den beispielgebenden Bundesländern mit den höchsten Zuwachsraten. Diese erfreuliche Entwicklung ist entscheidend dem unermüdlichen Einsatz



Nach der Ehrung (v. rechts): Werner Köster, Gerda Streck, Oberstadtdirektor Vehring und Oberbürgermeister Neuhaus.

zweier Bürger des Landes zu verdanken, denen es in mühevoller Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit gelang, in weniger als drei Jahren annähernd 250 überwiegend private Bauherren für die Errichtung von neuen Schutzräumen mit zusammen rund 75 000 Schutzplätzen zu gewinnen.“ So begründete der Bundesinnenminister seinen Vorschlag, die ehrenamtliche BVS-Mitarbeiterin Gerda Streck sowie den Leiter der BVS-Dienststelle Osnabrück, Werner Köster, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande auszuzeichnen.

Die Überreichung der hohen Auszeichnung erfolgte im historischen Lingener Rathaus vor Vertretern der Kreise und Gemeinden sowie der Industrie- und Handelskammer. Dabei würdigte Lingens Oberstadtdirektor Karl-Heinz Vehring die erfolgreiche Arbeit der beiden Geehrten. Ministerialrat Jochen Schenk aus dem Bundesinnenministerium überbrachte die Grüße des Ministers und verwies auf die besondere Bedeutung von

Vorsorgemaßnahmen auch in der heutigen Zeit. Seine Überlegungen wurden sowohl vom stellvertretenden Landrat Hans Klukkert als auch von BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl aufgegriffen.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Neuss

Die gegenwärtigen Überlegungen im Bundesinnenministerium über eine Neustrukturierung des Selbstschutzes tangieren auch die Kommunen. Auf der 35. Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Dezernenten für Zivil- und Brandschutz der Mitgliedsstädte des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Neuss äußerte sich BVS-Landesstellenleiter Peter Eykman zu der Rolle, die der BVS künftig übernehmen könnte. Er ging dabei auch auf die Möglichkeiten und Chancen einer Zu-



Staatssekretär Dr. Kreyenberg (rechts) zeichnet Alexander Przybylski mit der Verdienstmedaille aus.



Die Konferenzteilnehmer zeigen reges Interesse an der Arbeit des BVS.

sammenarbeit zwischen BVS und Kommunen ein.

Über den Vortrag von Eykmann hinaus nutzte der BVS die Konferenz zu einer umfangreichen Darstellung seiner Aufgaben. Mitarbeiter des Bundesverbandes demonstrierten den Stand ihrer Ausbildung auf dem Gebiet des Zivilschutzes, insbesondere unter dem Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit.

Olpe

Der Bundesverband für den Selbstschutz in Nordrhein-Westfalen kann sich für seine Arbeit auch zukünftig der Unterstützung der Kommunen sicher sein. In diesem Sinne äußerte sich der Stadtdirektor der Stadt Olpe, Karl Josef Leyendecker, stellvertretend für die 32 Städte und Gemeinden im Raum Olpe.

In seinem Schreiben an den BVS heißt es unter anderem: „Trotz des politischen Wandels in Europa und der damit verbundenen Reduzierung militärischer Bedrohung halte ich eine bundesweit tätige Selbstschutzorganisation für unverzichtbar. Der Golfkrieg hat sehr deutlich gezeigt, wie schnell die Welt an den Rand eines großen Vernichtungskrieges geraten kann und die

vermeintliche Sicherheit gefährdet ist.

Die Anleitung und Information der Bevölkerung zum Selbstschutz ist aber nicht nur aufgrund militärischer Bedrohung notwendig, auch Katastrophen und größere Unglücksfälle im zivilen Bereich erfordern entsprechende Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit eines jeden einzelnen von uns.

Aus diesem Grunde halte ich die wichtige Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz auch in Zukunft für unverzichtbar. Ich bin der Meinung, daß man zwar über die Schwerpunkte und Ziele der Arbeit des Bundesverbandes unter Berücksichtigung der geänderten Gefahrenlage nachdenken kann. Eine Auflösung dieser wichtigen Einrichtung findet jedoch nicht meine Zustimmung.“

Gelsenkirchen

Auch 1991 nutzte die BVS-Dienststelle Gelsenkirchen die Verkehrssicherheitswoche der Stadt zu einer ausführlichen Selbstdarstellung. So fanden nicht nur die ständigen Vorführungen der Rettungskette außerordentliche Resonanz, auch die Vorführungen, wie das Ablöschen brennender Bekleidung von Personen,

kamen hervorragend an. Die Bevölkerung zeigte ebenso Interesse an persönlichen Gesprächen über das Thema Bevölkerungsschutz, für die sich die Mitarbeiter des BVS zur Verfügung stellten.

Werdohl

Die Notwendigkeit des Bevölkerungsschutzes wurde anlässlich einer Ausstellung des BVS in Werdohl ausdrücklich unterstrichen. Die wirksame Hilfe bei nie auszuschließenden Katastrophenfällen sei nach wie vor wichtig, betonte Bürgermeister Hans Pfeiffer. Dazu sei eine der Zeit angepaßte Ausbildung des Bürgers im Hinblick auf Notsituationen unerlässlich, meinte er.

Die Veranstaltung, die in Anwesenheit zahlreicher Gäste durch den Bürgermeister eröffnet wurde, stieß bei der Bevölkerung auf großes Interesse. Die BVS-Ausstellung im Rundzelt präsentierte nicht nur Informationen zum Zivilschutz, die Mitarbeiter des BVS boten darüber hinaus Gelegenheit zu zahlreichen persönlichen Gesprächen.

Paderborn

Projektwochen mit verschiedenartigsten Themenstellungen gehören zum festen Programm vieler Schulen. So auch in Paderborn-Schloß Neuhaus. Dort stand die „Sicherheit im Alltag“ auf dem Programm. Verschiedene Schülergruppen beschäftigten sich mit den Gefahren des Feuers oder den Unfallquellen der Küche, andere analysierten Unfallmöglichkeiten auf dem Schulweg.

Vorgeführt wurde das Gelernte den Eltern und der interessierten Bevölkerung an zwei Tagen der „Offenen Tür“, zusammengefaßt mit Verkehrssicherheitstagen. Abschluß war jeweils ein vom BVS veranstalteter Sicherheitswettbewerb. An acht Stationen bewiesen die Jugendlichen eindrucksvoll ihre Fähigkeit zur Selbst- und Nächstenhilfe.

Eringersfeld

Ein Landesseminar der Bezirksvorsitzenden des Bundesverbandes der Kehlkopflöser im Schloß Eringersfeld



Ausstellungseröffnung in Werdohl (v. links): Bürgermeister Pfeiffer und die BVS-Mitarbeiter Heistrüvers und Venten.



Seminarteilnehmer und BVS-Mitarbeiter stellen sich zum Erinnerungsfoto. (Foto: Jerzewski)

nutzte der BVS zu einer Selbstdarstellung. Auf dieser Veranstaltung stellten die BVS-Dienststellen Arnsberg und Münster den fast 40 Seminarteilnehmern die breite Palette des Informations- und Ausbildungsangebotes vor.

Nicht zuletzt durch die zahlreichen praktischen Demonstrationen beeindruckt, beschlossen die Bezirksvorsitzenden, ihren Bezirks- und Ortsvereinen in Nordrhein-Westfalen das Informations- und Ausbildungsangebot des BVS zu empfehlen. Es soll künftig in die Vereinsarbeit mit einfließen.

Oberhausen

Eine Sicherheitswoche im evangelischen Krankenhaus in Oberhausen kam Patienten und Personal gleichermaßen zugute. Fünf Ausstellungen und praktische Unterweisungen durch BVS-Mitarbeiter erwiesen sich als sehr nützlich. Da hieß es für das Pflegepersonal, sich im Brandschutz zu üben, während Patienten und sogar Krankenbesucher Interesse an den zahlreichen Informationsvorträgen zeigten. Das Ziel bei allen Aktionen war es, richtiges Verhalten in Notfällen zu lernen.

Der BVS hatte sogar an die Kinder gedacht, für die es Filmvorführungen der Verkehrswacht Oberhausen und einen Malwettbewerb gab. Am Ende konnten Veranstal-

ter, Teilnehmer und der Schirmherr, Beigeordneter Werner Koller, mit dieser Sicherheitswoche zufrieden sein.

Köln

Kölner Hotels bemühen sich in jüngster Zeit verstärkt um Brandschutz für ihre Einrichtungen. Vor allem große Hotels haben mit dem Ziel einer wirksamen Vorbeugung die Dienste des BVS in Anspruch genommen.

So wurden in enger Zusammenarbeit mit dem BVS Brandschutzvorrichtungen überprüft und – mindestens genauso wichtig – Personal und Mitarbeiter einer intensiven Schulung in puncto Brandschutz unterzogen. Das Spektrum der Ausbildung reichte dabei von der Bedienung der Löschgeräte bis zur Erstversorgung von Verletzten.

Bonn

Mit insgesamt 21 BVS-Informations- und Ausbildungsveranstaltungen in der Johanner-Kinderklinik und dem angeschlossenen Altenpflegeheim in St. Augustin zogen die Veranstalter Konsequenzen aus Ereignissen in der Vergangenheit.

Nach drei Bränden – zuletzt am 4. Februar 1986 – wurden zunächst die baulichen Brand-

schutzmaßnahmen auf den neuesten Stand gebracht. Jetzt sollte auch das Personal der beiden Einrichtungen so geschult werden, „daß ein Brand wie 1986 kaum mehr solche Auswirkungen haben kann, daß die Klinik komplett geräumt werden muß“, wie der Brandschutzbeauftragte der Klinik, Hintz, feststellte. Immerhin gehörte menschliches Versagen mit zu den Ursachen der drei Brandkatastrophen.

Mit tatkräftiger Unterstützung des BVS konnten beinahe 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Klinik und des Pflegeheims in die Problematik Brandschutz eingeführt werden. Diese Menschen sind somit in der Lage, Brandgefahren frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu handeln. Das reicht von der Brandverhütung bis zum umsichtigen und zielgerechten Einsatz von Löschgeräten.

Dinslaken

Anlässlich der „DIN-Tage“, die seit 1972 mit zunehmender Tendenz alljährlich im August als größte Stadtaktion am Niederrhein in der Stadt Dinslaken veranstaltet werden, konnten sich auch diesmal die Katastrophenschutzorganisationen den Besuchern präsentieren. Die BVS-Dienststelle Wesel hatte, wie in den Vorjahren, die Organisation für die Selbstdarstellung übernommen.

Eine besondere Attraktion war der SAR-Rettungshubschrauber, der durch die Initiative der BVS-Dienststelle vom Hubschrauberkommando Nörvenich zur Verfügung gestellt wurde. Auf einer Aktionsfläche hatten die Hilfsorganisationen die Möglichkeit, Ausschnitte aus ihrem Arbeits- und Ausbildungsprogramm den Besuchern vorzuführen.

Großes Interesse fand jedes Mal das Ablöschen brennender Kleidung, das der BVS als zusätzlichen Programmpunkt anbot und fachgerecht kommentierte. Zahlreiche Teilnehmer an den zwei Sicherheits-

wettbewerben sowie an den Quizveranstaltungen rundeten das Bild der „DIN-Tage“ ab.

Wuppertal

Mit einer Serie von Veranstaltungen präsentierte sich die BVS-Dienststelle Wuppertal der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden des Dienststellenbereichs. Die BVS-Akteure konnten bei dieser bestens vorbereiteten Großaktion die volle Unterstützung der Tages- und Wochenzeitungen und auch des Lokalrundfunks in Anspruch nehmen.

So brachte „Radio Neandertal“ ein Interview mit Dienststellenleiterin Marion Westerweg, und täglich aktuelle Hinweise trugen mit dazu bei, daß die Bürger über die Aktionen an den einzelnen Standorten unterrichtet waren. Plakate und Handzettel taten ein übriges.

Besucher, die sich nachhaltig über Aufgaben und Ziele des BVS informieren wollten, konnten auf das umfangreiche Info-Material zurückgreifen, darunter die Broschüre „Für den Notfall versorgt“.

Coesfeld

Als Ehrung für ihre 30jährige Mitarbeit im BVS erhielten die Beauftragten Hans-Jürgen Busch und Hans-Julius Krull eine Ehrenurkunde und ein Präsent.

Hans-Jürgen Busch begann als Ausbildungshelfer in der früheren Dienststelle Lengerich, für die er ab 1965 hauptamtlich tätig wurde. Er wechselte zwar 1974 zur Kreisverwaltung Steinfurt, blieb aber dem BVS aktiv verbunden. Seit 1980 ist Hans-Jürgen Busch Beauftragter für den Kreis Steinfurt.

Hans-Julius Krull, viele Jahre Ausbildungsleiter in Bocholt, ist dem BVS noch heute verbunden, und zwar als Beauftragter für die Stadt Bocholt.

Der BVS sieht in den beiden Mitarbeitern ein wichtiges Bindeglied zwischen der

Dienststelle Coesfeld und den Gemeinden, eine Aufgabe, die besonders in diesem großflächigen Bereich bedeutsam ist.

Leverkusen

Das Rathaus der Stadt Leverkusen erwies sich als attraktiver Standort für eine Ausstellung des BVS. Die Dienststelle Leverkusen präsentierte dort Informationen über Vorsorge- und Hilfeleistungsmaßnahmen in Notsituationen. Besonders gerne in Anspruch genommen wurde dabei der Computer, mit dessen Hilfe jeder seinen persönlichen Notvorrat zusammenstellen lassen kann. Von diesem Angebot machten insbesondere viele Hausfrauen Gebrauch.

Groß war auch die Nachfrage über Teilnahmemöglichkeiten an Selbstschutzgrundlehrgängen. So konnte der BVS während der Ausstellungswoche immerhin 18 „feste“ Anmeldungen entgegennehmen.

Bergisch Gladbach

„Katastrophenschutzorganisationen stellen sich vor“ lautete das Motto der Selbstschutztage in Bergisch Gladbach, die unter der Schirm-

herrschaft von Bürgermeister Holger Pfleger standen. Bei zahlreichen Einzelveranstaltungen konnten die Organisationen ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Erfolg vermeldete auch der BVS, der sich unter anderem mit einem Sicherheitswettbewerb an die Bürger wandte.

Die Informationstagung „Selbstschutz in Betrieben“ verlief so, wie sich die Akteure des BVS das vorgestellt hatten. BVS-Dienststellenleiter Jochen Weck konnte dabei 24 Sicherheitsbeauftragte willkommen heißen. Das Angebot des BVS zur Ausbildung der in den Behörden und Betrieben beschäftigten Mitarbeiter war ein Schwerpunkt dieses Zusammentreffens.

Körtlinghausen

Internationale Gäste besuchten diesmal die BVS-Schule Körtlinghausen, nämlich Sportler aus 14 Nationen, die zu den XXIII. Internationalen Militär-Weltmeisterschaften im Modernen Fünfkampf in Warendorf gekommen waren. Die Akteure in den Schwerpunkten Fechten, Reiten, Laufen, Schwimmen und Schießen wollten sich hier in Körtlinghausen einmal in anderen Disziplinen unterweisen lassen: Feuerlöschen, lebensrettende Sofortmaßnahmen, Menschenrettung aus



Oben: Aufmerksam verfolgen die Militär-Sportler die Ausführungen der BVS-Mitarbeiter.

Unten: Informierten sich über die Arbeit des BVS: Ratsmitglieder und Angehörige der Verwaltung der Gemeinde Laer.



Auch die Zuschauer können in Bergisch Gladbach aktiv werden, hier die Landtagsabgeordnete Opladen beim Ablöschen brennender Kleidung.

Höhen und im Umgang mit Wandhydranten.

Was möglichst jeder bis zum Eintreffen von Rettungsdienst und Feuerwehr beherrschen sollte, wurde im Übungsgelände anschaulich und eindrucksvoll demonstriert, zum Beispiel der Umgang mit Wasser- und Pulverlöschern sowie das Ablöschen brennender Kleidung mit Hilfe einer Decke. Schließlich wurde auch der Umgang mit Tragen, Rettungstüchern und Leinen eindrucksvoll demonstriert und – nach erstem Zögern – auch ausprobiert.

*

Rat und Verwaltung der Gemeinde Laer hatten das Angebot des BVS angenommen, sich in einer zweitägigen Veranstaltung in der BVS-Schule Körtlinghausen umfassend darüber zu informieren,

was sich hinter den Begriffen „Notfallvorsorge“ und „Bevölkerungsschutz“ verbirgt. Das gemeinsame Hilfeleistungssystem wurde hier anhand von verschiedenen Beispielen erläutert, ergänzt durch Selbstschutzmaßnahmen aus dem vielfältigen Ausbildungsprogramm des BVS.

*

Eine Informationstagung für Mitglieder des Weseler VHS-Arbeitskreises Lokalfunk in der BVS-Schule Körtlinghausen erwies sich als ausgezeichnete Möglichkeit, die erst jungen Kontakte zwischen der BVS-Dienststelle Wesel und den Journalisten vom Lokalfunk weiter zu vertiefen. Aufgrund der Tagung an der BVS-Schule fühlen sich die Journalisten jetzt besser als zuvor in die Lage ver-



Informationen zum Selbst- und Katastrophenschutz gab es für die Bauingenieure an der BVS-Schule Körtlinghausen.

setzt, bei künftigen Rundfunkbeiträgen ihr dort erlangtes Wissen zu nutzen.

„Was wir hier in Körtlinghausen gelernt haben, ist unbestritten wichtig. Das haben wir alles nicht gewußt. Wenn in Kürze Themen dieser Tagung Gegenstand unserer Arbeit sein werden, wird es für uns spürbar leichter sein, eine entsprechende Sendung zu gestalten“, so stellte einer der Teilnehmer in Körtlinghausen am Ende der Veranstaltung fest.

Hessenspiegel

Heusenstamm

Josef Eckstein, Bürgermeister der Stadt Heusenstamm im Landkreis Offenbach, und der Leiter des Ordnungsamtes, Harald Scherer, erhielten die BVS-Medaille. In einer kleinen Feierstunde im Rathaus Heusenstamm zeichnete der Leiter der BVS-Dienststelle Frankfurt, Helmut Kärchner, die beiden aus und bedankte sich für die jahrelange, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bürgermeister Eckstein stellte fest, daß Selbstschutz auch künftig dringend notwendig sei. Damit dankte er auch den Mitarbeitern der Frankfurter BVS-Dienststelle für ihre geleistete Arbeit.

Kassel

Ein seltenes Jubiläum konnte Heinz Weiss, Leiter der BVS-Dienststelle in Kas-



BVS-Landesstellenleiter Hachen (rechts) dankt Heinz Weiss für sein langjähriges Engagement. (Foto: Hennig)



Mit dem Jubilar Karl Israel (links) freuen sich Helfervertreter Kühne, Landesstellenleiter Hachen und Landeshelfervertreter Breitmeier (v. links). (Foto: Hennig)

sel, begehen. Anlässlich einer Dienststellenleiter-Tagung zeichnete BVS-Landesstellenleiter Hachen den Jubilar für 40jährige Arbeit im öffentlichen Dienst aus.

Nach seiner Dienstzeit beim Bundesgrenzschutz wechselte Weiss 1963 zum damaligen BLSV. An der Bundeshauptstelle war er zuerst mit Registraturaufgaben beschäftigt, bevor er 1964 nach Kassel kam. Dort begann Weiss als Leiter einer Ausbildungsstelle und übernahm 1976 die Leitung der BVS-Dienststelle Kassel.

*

Auf eine 30jährige ehrenamtliche Tätigkeit beim BVS blickt Karl Israel von der BVS-Dienststelle Kassel zurück. Israel ist Selbstschutz-Berater der nordhessischen Gemeinde Fuldabrück. Obwohl der gelernte Techniker seit 1987 im Ruhestand ist, engagiert er sich weiterhin für den Verband.

Anlässlich einer Tagung der Kasseler BVS-Mitarbeiter würdigte Landesstellenleiter Werner Hachen den Jubilar. Landeshelfervertreter Peter Breitmeier dankte Israel vor allem für seine erfolgreichen Bemühungen, den Zusammenhalt der Helfer untereinander zu fördern.

Frankfurt a. M.

Helmut Kärchner, BVS-Dienststellenleiter in Frankfurt am Main, trat nach über 25jähriger hauptamtlicher Tätigkeit für den BVS in den Ruhestand.



Helmut Kärchner (links) wird von BVS-Landesstellenleiter Hachen in den Ruhestand verabschiedet. (Foto: Hennig)

Bereits 1961 begann Kärchner sich als ehrenamtlicher Helfer für den Selbstschutz zu engagieren. Nach verschiedenen Tätigkeiten bei den BVS-Dienststellen Darmstadt, Heppenheim, Bergstraße und Groß-Gerau wechselte er 1979 zur Landesstelle nach Wiesbaden. Dort übernahm er 1982 die Leitung des Fachgebietes für Öffentlichkeitsarbeit. 1989 übernahm er schließlich die Leitung der BVS-Dienststelle Frankfurt am Main.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Vallendar

Unter der Devise „Den richtigen Handgriff für den Notfall einüben“ informierte eine Ausstellung des BVS Lehrer und Schüler des Berufsförderungswerkes in Vallendar. Großes Interesse schenken die Ausstellungsbesucher den Notruf-Systemen, die sie dank der Leihgabe der Dienststelle Koblenz sofort an Ort und Stelle bedienen und ausprobieren konnten.

Eine beachtliche Beteiligung fand ebenfalls eine Informationsveranstaltung über verschiedene Selbstschutzpraktiken im Innenhof des Schulungsgebäudes.

Die anschließende rege Diskussion zeigte die Neugierde bei dem großen Zuschauerkreis sowie auch die Wichtigkeit von Aufklärung über Hilfeleistungen. Dies betonte ebenso der Leitende Verwaltungsdirektor Böckle, der den BVS als Gast auch im kommenden Jahr im Berufsförderungswerk in Vallendar begrüßen möchte.

Zweibrücken

Die Schulleitung der Berufsbildenden Schule Zweibrücken widmete sich im Rahmen einer Tageskonferenz dem Thema: „Sicherheit im Schulbereich mit Schwerpunkt Brandschutz“.

Feuerwehrinspektor Theisinger sowie zwei Mitarbeiter des BVS informierten als Referenten die 67 Lehrkräfte und Mitglieder des Schulausschusses über wesentliche Fragen des Brandschutzes. Den ersten Teil der Tagesordnung bildeten Vorträge, an die sich im zweiten Teil eindrucksvolle Demonstrationen mit Brandbekämpfungsmitteln anschlossen.

Der Feuerwehrinspektor erläuterte den Konferenzteilnehmern die Brandschutzordnung für Schulen und bezog sich dabei auch auf die örtlichen Gegebenheiten. Die BVS-Mitarbeiter Urbanczyk und Eckhardt brachten dann die Brandschutzordnung konkret zur Anschauung, wobei die Lehrkräfte und Gäste die Möglichkeit einer praktischen Übung an den Löschern intensiv nutzten.

„Mit dieser Veranstaltung können Fehlverhalten und Fehlreaktionen im Katastrophenfall vermieden werden“, hob Oberstudiendirektor Bender am Konferenzende hervor. Er dankte den Referenten für die fachkompetente Information und Unterweisung.

Nachruf

Nach dreißig Jahren ehren- und hauptamtlicher Mitarbeit sowie langjähriger Tätigkeit als Fachgebietsleiter für Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit beim BVS verstarb nach schwerer Krankheit im Alter von 65 Jahren

Ferdinand Euler.

Bereits 1956 trat Euler als ehrenamtlicher Helfer in den damaligen BLSV ein. 1965 übernahm er als hauptamtlicher Bediensteter die Geschäfte des Leiters der BLSV-Kreisstelle Mayen. Von 1973 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1986 war Euler Fachgebietsleiter für Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz in Mainz.

Bayern heute

Geretsried

In der Katastrophenschutzschule Geretsried fand eine Informationsveranstaltung für Führungskräfte der Landkreisfeuerwehren statt. Für das Zustandekommen der Veranstaltung hatten sich besonders Kreisbrandrat Franz Iberer und BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger aus Weiden eingesetzt.

Am ersten Tag ging es um staatliche und private Hilfeleistungen im Frieden und im Verteidigungsfall. Die Nutzung des staatlichen Hilfspotentials zur Gefahrenabwehr und Schadensbekämpfung und die Ergänzung der staatlichen Hilfe durch die Selbsthilfe der Bürger standen dabei im Vordergrund.

Das Schwerpunktthema am zweiten Tag war der Warndienst. Das Warnamt X in Weilheim wurde am Nachmittag besichtigt. Die theoretischen



Interessiert verfolgen die Feuerwehrangehörigen die Ausführungen des BVS-Mitarbeiters.

Erklärungen im Warnamt wurden durch Filmvorführungen bereichert.

Aschaffenburg

Was 1977 als Testaktion in vier Städten durchgeführt wurde, hat auch nach 430facher Ausführung nichts von seiner Attraktivität eingebüßt. Jede neue „Informationsbörse für Frauen“ ist eine moderne Variante eines alten Themas und bei 90 Prozent der Veranstaltungen war der BVS mit dabei. So auch in Bad Kissingen und Miltenberg, vertreten durch die BVS-Dienststelle Aschaffenburg mit der Fachbearbeiterin für Frauenarbeit, Waltraud Lauf.

Sowohl in Bad Kissingen als auch in Miltenberg waren die Frauen mit Eifer bei der Sache. Viele ließen sich am Info-Stand des BVS über Selbstschutz und Bevölkerungsschutz informieren. Der Computerausdruck über Vorrat im Haushalt war ebenfalls sehr gefragt. In Miltenberg war der BVS gleich zweifach vertreten, einmal in der Halle und einmal im Freien. Damit hatten die Frauen die Möglichkeit, sich auch über praktischen Selbstschutz zu informieren. Dieses Angebot nahmen nicht nur die Frauen wahr, auch Landrat Roland Schwing, Schirmherr der Veranstaltung, und der Bürgermeister von Miltenberg übten sich in der Brandbekämpfung.



Frauen informieren Frauen: Beratungsgespräche am Info-Stand des BVS.

Schleswig-Holstein



Luisenlund hatte die Nase vorn

Seeth. Der Truppenübungsplatz „Krelauer Heide“ in Seeth war Austragungsort des Landeswettkampfes der THW-Jugend in Schleswig-Holstein. Aus 16 Ortsverbänden des Landes waren Jugendgruppen mit Betreuern, Schiedsrichtern und Helfern angereist.

Für die Organisation waren die Ortsverbände Meldorf und Husum, unter Leitung des Referenten für Wettkampf und Landesjugendlager, Horst Adler vom OV Husum, zuständig. Wie am Schnürchen gingen die Wettkampfaufgaben den Jugendlichen von der Hand. Auch Landesjugendleiter Richard Glindmeyer zeigte sich beeindruckt. Es mußten ein Dreibock, ein Steg sowie ein Floß und eine Beleuchtungskette erstellt werden. Schirmherr des Wettkampfes war Innenminister Prof. Dr. Hans-Peter Bull.

THW-Landesbeauftragter Helmut Meier freute sich über die gut ausgebildete und motivierte THW-Jugend. Hier zeigte sich wieder einmal die Notwendigkeit solcher Veranstaltungen, damit die Jugendlichen ihr Gelerntes anwenden und Informationen austauschen können. „Denn dies bringe Motivation für die Zukunft.“

Nach Wettkampfe lagen die Gruppen aus Husum und Luisenlund punktgleich auf Platz 1. Die Entscheidung mußte ein Zeltaufbau nach Zeit bringen. Hier hatten die Jugendlichen aus Luisenlund die Nase knapp vorn und konnten so den Wanderpokal mit nach Hause nehmen. So belegte der THW-OV Husum



Ihre gute Ausbildung und die hohe Motivation stellten die Jugendlichen anschaulich unter Beweis.

(Foto: Dölling)

einen hervorragenden zweiten Platz vor dem OV Heide, gefolgt vom OV Norderstedt. Den 5. Platz teilten sich Pinneberg und Itzehoe. Die Sieger werden im kommenden Jahr beim Bundeswettkampf in Gelsenkirchen die schleswig-holsteinischen Landesfarben vertreten.

Straße freigemacht

Husum. Erbsen satt gab es unlängst für den THW-

Ortsverband Husum auf der Bundesstraße 5 zwischen Struckum und Hattstedt. Ein Lastwagen war mit dem Anhänger auf die Bankette geraten, weggesackt und auf die Fahrbahn gekippt. Nach dem Unfall war die Hauptverkehrsstraße mit einer dicken Schicht Erbsen bedeckt. Die Polizei sperrte die Straße und leitete den Verkehr um. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt, der Sachschaden war beträchtlich.

Das THW hat nicht nur das umgekippte Fahrzeug samt

Anhänger geborgen, sondern auch die Straße mit Bergungsräumgerät und Besen erbsenfrei gemacht. Insgesamt waren es rund 14 Tonnen Hülserfrüchte. Einstimmige Meinung der Helfer: „Erbsensuppe braucht in nächster Zeit nicht auf dem Speiseplan zu stehen.“

Hamburg



THW auf internationalem Kongreß

Hamburg. Im Congreß-Centrum Hamburg fand kürzlich der „3. Internationale Kongreß für Leitungsbau“ statt. Das THW Hamburg präsentierte sich auf einer angeschlossenen Ausstellung mit einem Messestand. Das Motto des Standes war „Zusammenarbeit mit den Hamburger Wasserwerken“. Mit Fotos von Einsätzen und Geräten des Instandsetzungszuges wurde das Aufgabenfeld anschaulich dargestellt.



Das Bergungsräumgerät einmal als „Erbsenräumer“ im Einsatz. (Foto: Dölling)



Die Besucher am THW-Messestand werden umfassend informiert. (Foto: Krüger)

Zwei Helfer vom THW-Betriebsverband Hamburg-Mitte erteilten den vielen Fachbesuchern Auskunft über Auftrag und Ausstattung des THW. Während der Kongreßtage konnten viele Kontakte mit Firmen und Behörden, besonders im Bereich der Wasserwirtschaft geknüpft werden.

A.K.

Bremen



Kraftfahrerausbildung in der Praxis

Bremen. Das Führen von Einsatzfahrzeugen erfordert vom Kraftfahrer, insbesondere bei Übungen und Einsätzen, erhöhte Aufmerksamkeit. Deshalb setzten die beiden Schirmmeister des THW-Ortsverbandes Bremen-Neustadt im Rahmen der Kraftfahreraus- und -fortbildung einen besonderen Schulungstag für alle Kraftfahrer des Ortsverbandes an. Zweck der Ausbildung war es, das Fahren im geschlossenen Verband auf Bundesautobahn, Bundesstraße und im Stadtverkehr zu üben.

Morgens um 8.00 Uhr trafen sich die Helfer. Nach einer kurzen theoretischen Unterweisung begann um 9.00 Uhr der Aufbruch des Verbandes. Zielort war Bremerhaven, welcher über die Bundesautobahn angefahren wurde. Gegen Mittag erreichte der aus zehn THW-Einsatzfahrzeugen bestehende Verband mit 25 Helfern sein Ziel. Hier wurde eine Rast eingelegt, um die Kraftfahrzeuge technisch zu überprüfen. Zurück ging es über die Bundesstraße und quer durch Bremen um den Auslaufpunkt wieder zu erreichen.

Nach 150 km Fahrt war festzustellen, daß die Kraftfahrer das Fahren im geschlossenen Verband ständig üben müssen. Für den Marschführer war es nicht immer leicht, den Verband zusammenzuhalten. J. K.

Bergungsräumgerät im Einsatz

Bremen. Fünf Tote waren die Bilanz eines schweren Verkehrsunfalles auf der Bundesautobahn 1 in der Nähe der Anschlußstelle Bremen-Arsten. Ein Kleinbus war zwischen zwei Lastkraftwagen bis auf einen Meter zusammengeschoben worden, und zwei Fahrzeuge hatten Feuer

gefangen. Mit einem Kran mußten die Rettungskräfte die Fahrzeuge auseinanderziehen.

Das Bergungsräumgerät des THW-Ortsverbandes Bremen-Neustadt übernahm die Räumung der Unfallstelle von verbranntem Ladegut. Auch für das Zusammendrücken des ausgebrannten Lkw, damit dieser auf einen Tieflader verladen werden kann und die maximale Höhe der Brückenunterfahrten nicht überschreitet, wurde das Bergungsräumgerät eingesetzt. J. K.

Übung des Instandsetzungsdienstes

Bremen. Um 8.25 Uhr wurde von der Technischen Einsatzleitung Alarm für die Bremer Instandsetzungszüge ausgelöst: Die Übung „Ameisenbär“ hat begonnen. Ziel der Übung war es, die Einheitsführer mit den Meldewegen vertraut zu machen und die Alarmpläne zu überprüfen.

Bei der Übungsleitung in der Hauptfeuerwache der Bremer Berufsfeuerwehr liefen während der Übung alle Nachrichten zusammen.

Die Einsatzstellen für die Instandsetzungszüge waren über die ganze Stadt verteilt. So mußten Abwasserleitungen, Beleuchtungsfreileitungen, Elektro-Einspeisungen, Gasstationen und Hydrantenetze erkundet werden.



Übung „Ameisenbär“: Bei der Übungsleitung laufen alle Fäden zusammen. (Foto: Kardel)

Eine Übungsauswertung, auch im Fernmeldebereich, soll sicherstellen, daß erkannte Fehler bei der nächsten Übung nicht mehr auftreten.

J. K.

Niedersachsen



Führungskräfte tagten

Wardenburg/Einbeck.

Umfassende Informationsvermittlung, aber auch ein reger Meinungs- und Erfahrungsaustausch, kennzeichneten die diesjährigen Tagungen niedersächsischer Führungskräfte in den Ortsverbandsunterkünften Wardenburg und Einbeck. Insgesamt nahmen jeweils rund 50 Personen aus den vier Regierungsbezirken Lüneburg und Weser-Ems sowie Braunschweig und Hannover teil. Erstmals waren auch THW-Ortsbeauftragte aus Sachsen-Anhalt zugegen, die besonders herzlich begrüßt wurden.

In seinem Einführungsreferat berichtete THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser über die neue Zivilschutzkonzeption des Bundes und umriß dabei auch die unterschiedlichen Vorstellungen der Länder, die sich mehrheitlich ausdrücklich für den Fortbestand



Die niedersächsischen Führungskräfte stellen sich vor der Unterkunft in Wardenburg zum Erinnerungsfoto. (Foto: Bormann)

des THW ausgesprochen haben.

Ein besonderes Problemfeld – die Sorge und das Bemühen um den Helfernachwuchs – zeigte Hauptsachgebietsleiter-Einsatz Jochen Rohwedder auf. Mit der Verkürzung des Grundwehrdien-

stes haben sich die Freistellungsanträge für eine Mitarbeit im Katastrophenschutz alarmierend reduziert. In diesem Zusammenhang wurde eine effektive Öffentlichkeitsarbeit gefordert – ein Thema, welches Sachgebietsleiter Reiner Bormann mit Vorstel-

lungen zu einem neuen PR-Konzept später vertiefend behandelte.

Weitere Themen, wie Erfahrungen mit der Helferqualifikation und Erwartungen und Grenzen der Ausbildung im THW wurden rege diskutiert. Die Moderation dieses

Komplexes blieb Hauptsachgebietsleiter Ralph Dunger vorbehalten.

Die von Hauptsachgebietsleiter Verwaltung Klaus Leifheit zur Sprache gebrachte zehnprozentige Kürzung der Mehraufwandsentschädigung wurde als „Affront“ gegen das ehrenamtliche Engagement betrachtet. Auch die nach Meinung der Teilnehmer unbefriedigende Mittelzuweisung für die Ausbildung von Klasse-II-Fahrern wurde sowohl vom Referenten Dunger als auch dem Zuhörerkreis negativ angemerkt.

In der Hoffnung, für die angesprochenen Probleme baldmöglichst vernünftige Lösungen zu finden, traten die Tagungsteilnehmer am späten Nachmittag die Heimreise an. Es blieb bei allem sichtbaren Fortschritt die Gewißheit, daß es im THW noch eine Menge zu tun gibt.

R. B.

Warndienst



Fünf Jahre nach Tschernobyl

Warndienst beteiligt sich am Meßprogramm zur Ermittlung der Strahlenbelastung

Am 26. April 1984 ereignete sich die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl; die ungeheuren sozialen Dimensionen dieses Unglücks sind erst in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit bekannt geworden.

Im November 1990 hatte sich die Bundesregierung entschlossen, einem Antrag der Sowjetunion zu entsprechen und für mehr als 7 Millionen Mark mit Hilfe deutscher Experten Radioaktivitätsmessungen in den betroffenen Gebieten durchzuführen. Unter der Federführung des Forschungs-

zentrums Jülich nahmen 160 Fachleute von verschiedenen Behörden und Institutionen an einer Meßaktion in den russischen Gebieten Brjansk, Kaluga und Tula teil. Die deutschen Fachleute wurden in einem Gebiet eingesetzt, das etwa 250 km nordöstlich von Tschernobyl beginnt und sich bis 250 km südlich von Moskau erstreckt. Es wurde angestrebt, in einer einmaligen Aktion 100 000 betroffene Personen zu messen. Diese Zahl wurde deutlich übertroffen: Zu Ende der Meßaktion kann-

ten 160 000 Menschen ihre Strahlenbelastung, 99 % der gemessenen Personen wiesen unbedenkliche Werte auf.

Die Resonanz auf einen Aufruf von Umweltminister Klaus Töpfer an die fachlich in Frage kommenden Behörden und Institutionen wie u. a. Forschungszentrum Jülich, Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, Warndienst, TÜV Sachsen und TU Dresden war überaus groß. Fast 350 Menschen erklärten sich bereit Hilfe in Rußland zu leisten, etwa 160 wurden

benötigt. Die Mitarbeiter verbrachten 3–4 Wochen in Rußland und wurden in Meßteams eingesetzt. Ein Meßteam umfaßte 3–5 Personen. Gemessen wurde in zwei Phasen: Umweltmessungen (Boden, Luft, Wasser und Lebensmittel) sowie Personenmessungen.

Die Umweltmessungen dienten vorwiegend der Vorbereitung der Phase der Personenmessungen, welche die umfangreichere von beiden war. Die Meß- und Versorgungsfahrzeuge wurden jeweils zu Beginn einer Phase

mit sowjetischen Transportflugzeugen von Deutschland nach Moskau geflogen und von dort auf dem Landweg ins Einsatzgebiet gefahren.

Bereits in der ersten Phase war der Warndienst beteiligt. Es wurde das nuklidspezifische Meßfahrzeug mit Besatzung aus dem Warnamt V eingesetzt, um Ortsdosisleistungen zu messen und die Nuklidzusammensetzung der Bodenoberflächenkontamination festzustellen.

Die Menschen wurden an Inkorporationsmeßplätzen gemessen. Diese waren in drei Trailern (Aufliegern) mit je 4 Meßplätzen und in 4 Kastenwagen mit je 2 Meßplätzen untergebracht. Es konnte (je nach Geräteart) entweder in stehender, liegender oder sitzender Position gemessen werden. Während mit den Trailern die größeren Orte angefahren wurden, waren die kleineren Wagen in Kolchoasen, bei Kindergärten und entlegenen Ortschaften im Einsatz. Probleme machten hierbei die schlechten Straßenverhältnisse und die weiten Entfernungen zwischen den Meßstationen.

Genannt wurde bereits die hohe Anzahl der Messungen. Der Erfolg sollte auch angesichts sozialer und psychologischer Gesichtspunkte betrachtet werden. Große Informationsdefizite bei der Bevölkerung konnten weitgehend behoben werden. Ein Meßwert ist für den Einzelnen nur soviel wert, wie er der Richtigkeit der Messung vertraut. Die deutschen Meßteams wurden von der Bevölkerung im allgemeinen unvoreingenommen aufgesucht. Die offene Arbeitsweise und das Beantworten von Fragen stärkten das Vertrauen. Wichtig war hierbei auch, daß jeder ein Zertifikat mit seinem persönlichem Meßwert mitnehmen konnte.

Die Meßwerte wurden in drei Kategorien eingeteilt (Kategorisierung der Körperaktivität bei Erwachsenen): 1. Kategorie bis zu 7000 Bq, 2. Kategorie 7000 bis 25 000 Bq, 3. Kategorie über 25 000 Bq. Für Kinder galten niedrigere Werte.

An radioaktiven Isotopen wurde Cäsium 137 und seltener Cäsium 134 nachgewiesen. Im Gebiet Tula gehörten praktisch alle Meßwerte der 1. Kategorie an. Die Messungen im Kalugaer Gebiet wiesen in geringer Anzahl auch Werte der 2. Kategorie auf. Nur im

Gebiet um Klincy – das Gebiet, das dem Unglücksreaktor am nächsten liegt – gab es Meßwerte der 3. Kategorie. Diese Gruppe machte weniger als 1 % an der Gesamtzahl aus.

Dieses erfreuliche Gesamtergebnis stellt für jeden einzelnen eine günstige Zukunfts-

Über seinen Einsatz in Rußland berichtet Wolfgang Stahl, Einsatzleiter des Warnamtes IV, Meinerzhagen:

Am 8. September 1991 reise ich nach einem Flug bis Moskau zusammen mit acht weiteren Kollegen nach Brjansk. Zum ersten Mal in Rußland, beeindruckt mich die sechsstündige Fahrt sehr. Wir fahren über Autobahnen vorbei an Moskau bis zur Fernstraße in Richtung Kiew. War die Fahrbahn in der Umgebung Moskaus etwas uneben, so ist die Straße im weiteren Verlauf durchsetzt mit Schlaglöchern, Querrinnen und anderen Straßenschäden. Wir fahren vorbei an Birkenwäldern, vielen Brachflächen, einigen Viehweiden und Feldern mit Wintersaat.

Mit einbrechender Dunkelheit wird das Fahren beschwerlicher. Da die Straße meist kilometerlang schnurgeradeaus führt, blenden entgegen-

genkommene Fahrzeuge sehr. Vertraute Orientierungspunkte wie Markierungen und Leitpfosten gibt es meist nicht. Gaststätten oder Geschäfte befinden sich in Rußland nicht an außerörtlichen Straßen. Deshalb erwartet uns die erste Mahlzeit erst abends nach der Ankunft im Hotel. Am nächsten Morgen reisen die mitangereisten Kollegen weiter in ihre Einsatzorte zu den Meßteams. Ich bleibe in Brjansk, wo mich die Arbeit im Koordinationsteam erwartet.

Koordinationsteam, Forschungszentrum Jülich und das Tschernobyl-Komitee für Rußland legen gemeinsam die Gebiete und Orte fest, in denen gemessen werden soll. Wir vom Koordinationsteam halten Kontakt zu allen Meßteams, zur russischen Seite und nach Deutschland zum Forschungszentrum. Da sich das Koordinationsteam im Gebäude des Tschernobyl-Komitees befindet, hat sich eine sehr gute Zusammenarbeit entwickelt. Die Meßteams in den verschiedenen Einsatzorten werden vom Koordinationsteam in Brjansk geführt.

perspektive dar. Es ist auch ein Beitrag zur sozialen Stabilisierung angesichts der großen demokratischen und wirtschaftlichen Umwälzungen dieses Landes.

Außerdem sorgen wir für die Behebung sämtlicher Störungen an Meß- und Fahrzeugtechnik und fahren das eingesetzte Personal bei An- und Abreise von bzw. nach Moskau.

Die Lebensverhältnisse sind in den meisten Bereichen nicht mit den von zu Hause gewohnten vergleichbar. Zum Beispiel ist es hier normal, daß im Hotel zeitweise kein warmes, kein kaltes oder überhaupt kein Wasser fließt. Bei Außentemperaturen von teilweise 7 °C ist es in den Zimmern recht kühl, da die Heizperiode erst später beginnt. Am ersten Tag nach der Anreise zeigt das Thermometer im Hotelzimmer 14 °C, in den Büroräumen ist es nicht viel wärmer.

Die Verpflegung stellt kein Problem dar. Die Preise sind so niedrig, daß ich, wenn es die Zeit erlaubt, im Restaurant esse. Ich habe mich umgesehen, wie denn der normale Bürger zurechtkommt. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist bekanntermaßen unzureichend. In den schön eingerichteten Läden sind außer vielen leeren Regalen und immer den gleichen Konserven so gut wie keine frischen Lebensmittel vorzufinden.

Da das fast immer so ist, muß man sich auf andere Weise versorgen: In jeder Stadt gibt es einen täglichen Markt, auf dem vorwiegend Händler und Privatpersonen selbst besorgte oder im eigenen Garten angebaute Güter anbieten. Im Gegensatz zu den staatlichen Läden gibt hier nahezu alles zu kaufen. Allerdings sind die Preise sehr hoch.

Auch unsere Arbeit leidet unter Unzulänglichkeiten. Ersatzteile sind nicht zu beschaffen. So sind wir auf mitgeführte Reserven oder auf Nach-



Bis zu drei Stunden warten die Menschen auf ihre Messung, es kommen ganze Schulklassen mit ihren Lehrern.

schub aus Deutschland angewiesen. Das dauert dann bis zu zwei Wochen. Aus der Not heraus finden wir andere Lösungen. Es werden Sachen repariert, die zu Hause durch Kauf eines neuen Teils ersetzt würden. Hier müssen wir eben Lösungen finden, um Defekte zu beheben.

Für einige Tage werde ich in einem Meßteam auf einem Trailer eingesetzt. Der Trailer ist für mehrere Wochen am Krankenhaus in Nobozybkov, einer Stadt mit etwa 20 000 Einwohnern, aufgestellt worden. Die Stadt liegt in einem der stärker belasteten Gebiete.

Durch Zeitungen ist die Bevölkerung vorher über den Einsatz des deutschen Meßteams unterrichtet worden. Die Bevölkerung kann sich freiwillig messen lassen. Das Interesse ist überaus groß. Das zeigen schon morgens die langen Schlangen von wartenden Menschen am Trailer. Für jeden wurde von Mitarbeitern des Krankenhauses ein Zertifikat ausgefüllt, auf dem die persönlichen Daten stehen.

Nach teilweise zweistündigen Wartezeiten kommen die Erwachsenen und viele Kinder nach und nach in unseren Trailer. Sie stellen sich hin oder legen sich auf das Inkorporationsmeßgerät. Die Meßzeit beträgt eine Minute. Anschließend tragen wir den Meßwert in das Zertifikat ein und händigen es aus – zusammen mit einigen mündlichen Erläuterungen und einem Informationsblatt, beides auf Russisch. Auf diese Weise werden täglich 400 bis 600 Personen gemessen.

Ich merke den Menschen die große Anspannung vor Beginn der Messung an. Schließlich bedeutet es für sie sehr viel, zu wissen, ob und ggf. wie stark sie von der Radioaktivität betroffen sind.

Wie groß die anschließende Erleichterung ist, wenn sie erfahren, daß sie nicht betroffen sind, läßt sich schwer beschreiben. Einige Menschen beten, andere fallen uns um den Hals und wieder andere danken uns mit kleinen Geschenken. Noch nie in meinem Leben habe ich so viele fröhli-

che Gesichter, soviel erfreute Menschen gesehen. Sie können so weiterleben wie bisher.

Einige wenige Menschen haben höhere Meßwerte. Wir befragen sie und erfahren dabei von bestimmten Gewohnheiten wie Sammeln von Pilzen und Beeren, Anbau von Gemüse im eigenen Garten und Halten von Kleinvieh. Durch die Regierung wurde vor dem Verzehr dieser Lebensmittel gewarnt. Einige Menschen sind aber aus Armut auf solche Lebensmittel angewiesen. Die Lebensmittel werden im allgemeinen von anderen Teilen Rußlands in die belasteten Gebiete geliefert. Die meisten Menschen können also auf andere – unbelastete – Lebensmittel umstellen.

Ich erlebe den Abschluß der Meßaktion. Am 26. 9. 1991 beenden alle Meßteams planmäßig ihre Arbeit. Zu diesem Zeitpunkt war die Nachfrage aus der Bevölkerung ungebrochen. 160 000 Menschen sind gemessen worden, 60 000 mehr als geplant. Wegen der großen Nachfrage soll die Aktion nochmals durchgeführt werden.

Ein Großteil des eingesetzten Personals tritt am Samstag, dem 28. 9., von Brjansk aus die Rückreise an. Wir Zurückbleibenden führen am darauf folgenden Montag einen Teil der Meßfahrzeuge zu einem Militärflugplatz, der 90 km entfernt in Richtung Smolensk liegt. Die Fahrzeuge werden von dort zurück nach Deutschland geflogen.

Am nächsten Tag brechen wir nach herzlicher Verabschiedung von den Kollegen des Komitees nach Moskau auf. Unsere letzte Aufgabe besteht darin, die andere Hälfte der Fahrzeuge zum Flughafen zu überführen, damit diese mit einem zweiten Transportflug nach Deutschland gebracht werden.

Die restlichen Tage nutze ich, um Moskau kennenzulernen. Am 4. 10. fliegen wir bis auf zwei Kollegen zurück nach Hause. In Deutschland stelle ich mich sehr schnell auf die vertrauten Verhältnisse um.

60 Jahre im Warndienst

Anläßlich der Jahresabschluß-Zusammenkunft am 10. Dezember 1991 wurden im Warnamt II (Bassum) drei Mitarbeiter für langjährige ehrenamtliche Tätigkeiten im Warndienst ausgezeichnet.

Für Johann Klintworth, Leiter der Warndienst-Leitmeßstelle 24 in Zeven, sei damit genau die Hälfte seiner Lebenszeit dem Warndienst gewidmet gewesen, betonte der Referatsleiter Ausbildung, Guntram Müllenbach, der zur Durchführung der Ehrungen in Vertretung des Abteilungsleiters Warndienst angereist war. Bei Werner Prendel und Gerd Heidemann, beide als Auswerteleiter in der ABC-Gruppe des Warnamtes tätig, ergebe sich im Vergleich zwi-

schen Lebenszeit und 20 Jahren Warndienst sogar mehr als die Hälfte.

Im Verlaufe dieser zwanzig Jahre habe sich zwar vieles verändert und naturgemäß fortentwickelt, die Aufgabe Warndienst bleibe aber nach wie vor ein unverzichtbarer Bestandteil ziviler Verteidigungs- und Schutzbemühungen. Deshalb werde das Engagement und die Freiwilligkeit zur Mitarbeit an Warndienst-Aufgaben auch weiterhin von entscheidender Bedeutung sein.

Während Werner Prendel aus beruflichen Gründen seine Mitarbeit einstellen muß, bleiben Johann Klintworth und Gerd Heidemann noch länger in ihren Funktionen.

Nachruf

Am 11. Dezember 1991 verstarb im Alter von 80 Jahren der ehemalige Leiter des Warnamtes V/Linnich

Kurt Bock

Kurt Bock wurde 1911 in Wernigerode am Harz geboren. 1931 trat er in den Dienst der Polizei in Hamburg. 1935 kam er zur Luftwaffe. Nach Gefangenschaft kehrte er 1946 in seine Heimat zurück.

1960 trat Bock in den Warndienst ein. Er zählte zu den ersten Ausbildungsleitern und fand im Warnamt IX Verwendung, das seinerzeit noch provisorisch in Ansbach eingerichtet war. Hier fand Kurt Bock eine Fülle von Aufgaben vor, denen er sich in den folgenden Jahren mit großer Passion widmete.

Es gelang ihm in kurzer Zeit eine ansehnliche Schar von freiwilligen

Helfern für das Warnamt zu gewinnen und ihre Ausbildung in die Wege zu leiten. Dabei leistete er ausgesprochene Pionierarbeit, denn Vorschriften, Richtlinien und Betriebsanweisungen für den Warndienst mußten erst geschaffen werden. Dabei hat Bock richtungsweisende Gedanken entwickelt und damit auch der Abteilung Warndienst des Bundesamtes zahlreiche wertvolle Anregungen gegeben.

1966 wurde ihm die Leitung des Warnamtes V in Welz bei Linnich übertragen. Hier fand er ein noch größeres Betätigungsfeld vor, zumal ihm nunmehr auch die Ausbildung der neu eintretenden Führungskräfte des Warndienstes übertragen wurde. Viele Einsatzleiter und Verbindungsführer des Warndienstes gingen dort durch seine Schule und verdanken ihm wertvolles Rüstzeug für ihre spätere Tätigkeit.



„Leistungs- und Erfolgsbilanz verdient höchsten Respekt“

Erste gesamtdeutsche DRK-Bundesversammlung in Freiburg/Breisgau

41. DRK-Bundesversammlung in Freiburg, Deutschlands südlichster Großstadt: Der Dank aller Teilnehmer ist Dr. Josef Großmann gewiß, dem Präsidenten des Badischen Roten Kreuzes und Vorsitzenden des Präsidialrates, der die Wahl des Tagungsortes getroffen und im Namen seines Landesverbandes nach dort eingeladen hatte. Nach den vorangegangenen Sitzungen von Geschäftsführendem Präsidium, Präsidium, Präsidialrat und einer gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Präsidialrat am 13. und 14. November eröffnete DRK-Präsident Prinz Wittgenstein die erste gesamtdeutsche Ordentliche Bundesversammlung am 15. November im historischen Kaufhaus, einem Bauwerk, das bereits im Jahre 1378 erwähnt und nun als Begegnungs- und Tagesstätte genutzt wird.

Aufruf gegen Gewalt im In- und Ausland

In einem Aufruf gegen Gewalt und Willkür forderte Prinz Wittgenstein den Schutz der Zivilbevölkerung in einer Zeit, in der keine andere Organisation das Leid unschuldiger Konfliktparteien so unmittelbar erlebe wie das Rote Kreuz. Prinz Wittgenstein prangerte den neuerlichen Mißbrauch und die Mißachtung dieses Schutzzeichens an, unter dem viele Millionen Zuflucht und Lebensrettung erfahren. Er appellierte an die Konfliktparteien in Jugoslawien und im Irak, Terror und Gewalt unverzüglich einzu-

stellen. Die Staatengemeinschaft und Weltöffentlichkeit forderte er auf, stärkeren Druck als bisher auf die Konfliktparteien auszuüben, damit Völkerrecht und Menschenrechte zukünftig respektiert werden.

Eindringlich rief Prinz Wittgenstein dazu auf, der Gewalt gegen Ausländer mutig und entschlossen entgegenzutreten. Nie wieder dürften auf deutschem Boden Menschen wegen ihrer Rasse, anderer Volkszugehörigkeit, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung bedrängt, belästigt oder geschädigt werden. Das Rote Kreuz mit seinen Helfern und Mitarbeitern werde sich mit allen Mitteln vor die ihm anvertrauten Ausländer stellen und sie schützen. Per Akklamation stellten sich alle Delegierten hinter diesen Appell, welcher der Presse übergeben wurde.

In seinen Eröffnungsworten zur Bundesversammlung forderte Prinz Wittgenstein eine Verbesserung und Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Generalsekretariat in Bonn und den Landesverbänden. Der Präsident betonte, daß diese keine Einbahnstraße sein dürfe. Es solle eine Kräftebündelung angestrebt werden, wobei er ausdrücklich den Föderalismus im DRK bestätigte, dem Partikularismus jedoch keinen Platz einräumte.

Den Beifall aller Delegierten erhielt Generalsekretär Johann Wilhelm Römer für die Forderung des DRK an die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode das



Innenminister Schäuble: „Die Arbeit des DRK ist jetzt auch in den neuen Ländern eine unerläßliche und unersetzbare Stütze der allgemeinen Daseinsfürsorge.“



Prinz Wittgenstein: „Das Hauptarbeitsgebiet des DRK liegt im Inland.“
Fotos: Zimmermann

„längst fällige“ Gesetz zur Absicherung des Kostenrisikos bei Pflegebedürftigkeit zu verabschieden.

Die Delegierten der 19 Landesverbände und des Verbandes der Schwesternschaften beschlossen bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung, daß die Vorbereitungen

für die Verlegung des Generalsekretariats an den Sitz der Bundesregierung fortgesetzt werden sollen.

Dank an fünf Millionen Rotkreuzmitglieder

Professionalität in der Sache und zugleich engagierte

Mitmenschlichkeit im Einsatz attestierte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble dem DRK in seiner Ansprache und sagte dessen Mitgliedern im Namen der Regierung und des Bundeskanzlers Dank und Anerkennung. Sowohl im Bereich der Sozialen Dienste als auch im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz sei nach der Wiedervereinigung auch in den neuen Ländern die Arbeit des DRK unerlässlich und unersetzbar.

Schäuble begrüßte ausdrücklich, daß das DRK neben der Einrichtung von Beratungsstellen und Wohnheimen

für Asylsuchende und Aussiedler auch in den neuen Bundesländern die Verantwortung für zwei Landesaufnahmestellen übernommen hat.

Die weltpolitischen Veränderungen und Entwicklungen werden auch die Hilfsorganisationen vor neue Probleme stellen, resümierte Schäuble vor dem Hintergrund fortschreitender sozialer Verelendung durch ungebremses Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger Verschwendung von Ressourcen durch die Industrienationen.

Hauptaufgabe des DRK liegt im Inland

Synchron zum Festvortrag von Prinz Wittgenstein projizierte Bilder auf eine Großleinwand illustrierten eindrucksvoll die Arbeit des DRK im letzten Jahr, in dem, so der Präsident, das DRK wie kaum zuvor gefordert wurde. Der Präsident erinnerte an die Solidaritätsaktion in Osteuropa, die Einsätze des DRK in Jordanien, Iran, Irak und in der türkisch-irakischen Grenzregion, die Flutkatastrophe in Bangladesch, die IKRK-Unterstützung in Ju-

goslawien und die Betreuung äthiopischer Ex-Soldaten.

Prinz Wittgenstein betonte ausdrücklich, daß ungeachtet aller schlagzeilenträchtigen Auslandsarbeit die Hauptaufgabe des DRK im Inland liege. „Wir wollen tagtäglich beweisen, daß wir für den Bürger da sind“, sagte er. Wenn der Bürger das erkenne, sei er auch persönlich bereit zu helfen. Die Sorge um die ältere Generation und die Verantwortung für die zunehmende Zahl von Pflegebedürftigen sieht er als die große Herausforderung kommender Jahre.

Horst F. Hamborg

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble:

„Die Leistungs- und Erfolgsbilanz Ihrer Organisation ist beeindruckend und verdient höchsten Respekt. Durch die vielen, oft unter sehr schwierigen Bedingungen durchgeführten Auslandseinsätze und sein kontinuierliches Wirken im Inland ist das Deutsche Rote Kreuz der guten Tradition gefolgt, die unmittelbare Hilfeleistung am Nächsten konsequent und uneigennützig zu erbringen.“

Professionalität in der Sache und zugleich engagierte Mitmenschlichkeit im Einsatz – diese Kurzformel ist Ihr Erfolgsrezept.

Hinter uns liegt das erste Jahr der wiedergewonnenen Einheit unseres Landes. Ich bin dem DRK besonders dankbar, daß es sich dieser Herausforderung sogleich gestellt hat. Seit Januar 1991 sind alle deutschen Rot-Kreuz-Helfer wieder unter dem Dach des einen Deutschen Roten Kreuzes vereinigt. Es wird sicher noch eine Weile dauern, bis die beiden früheren DRK-Vereinigungen zu einem harmonischen Ganzen zusammengewachsen sind. Und doch ist die vollzogene Vereinigung die wahrscheinlich wichtigste Voraussetzung dafür, daß auch in den neuen Ländern die Kräfte und Mittel des DRK optimal eingesetzt werden können. Sowohl im Bereich der sozialen Dienste als auch im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes – um nur zwei wichtige Bereiche der DRK-Aktivitäten zu nennen – ist Ihre Arbeit jetzt auch in den neuen Ländern eine unerlässliche und unersetzbare Stütze der allgemeinen Daseinsfürsorge.

Ich finde es beispielhaft, daß Ihre Organisation sich schon zu einem frühen Zeitpunkt bereit erklärt hat, bei dem Aufbau von Sanitäts- und Betreuungszügen im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern eine aktive Rolle zu übernehmen. Wie Sie wissen, sollen dort 80 Sanitätszüge aufgebaut werden, wovon das DRK 45 übernehmen will. Dieses ist nur ein Beispiel dafür, wie hervorragend und nahezu reibungslos die Zusammenarbeit der verschiedenen Bundesressorts mit dem Deutschen Roten Kreuz funktioniert. In den langen Jahren der guten Zusammenarbeit wurde hier eine Vertrauensgrundlage geschaffen, die entscheidend dazu beitragen wird, daß auch die gemeinsamen Probleme der Zukunft gut bewältigt werden können.“

DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein:

„In zunehmendem Maße wollen die Vereinten Nationen und die Europäische Gemeinschaft über die Notwendigkeit verbesserter Koordination humanitärer Hilfsmaßnahmen in Konfliktgebieten oder bei Naturkatastrophen hinaus zusätzlichen Einfluß auf die Aktionen gewinnen, um mit dem oft erheblichen Geldeinsatz verstärkt politische Wirkung zu erzielen. Der Einsatz von Armee-Einheiten – nicht nur im logistischen Bereich – und die Gründung nationaler Hilfs-corps werden immer stärker propagiert, weil auch hier mit der Hilfeleistung politischer Einfluß und Prestigegewinn verbunden sind.“

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Wir sind der Bundesregierung außerordentlich dankbar, daß unsere Hilfeinsätze in Armenien, in der UdSSR und vor allem im Nahen Osten so wirkungsvoll und nachhaltig durch die Bundeswehr unterstützt wurden. Mehr und mehr wurden in diesem Zusammenhang aber auch Stimmen laut, die von einer solchen Unterstützung der Hilfsorganisationen die Forderung oder zumindest die Vorstellung ableiteten, die Bundeswehr oder eine nationale Hilfsbehörde könne anstelle der bewährten Hilfsorganisationen treten.

Ich möchte vor solchen Wunschkonstruktionen warnen. Mit einer zunehmenden Politisierung oder gar Militarisierung von Hilfeinsätzen ginge zugleich die großartige Solidarität der Bevölkerung, die sich eben nicht nur in Spendenbereitschaft ausdrückt, zurück und ein weiterer Bereich, in dem menschliche Zuwendungen und bürgerschaftliche Initiative auch über den Katastrophenfall hinaus erforderlich ist, würde von den Bürgern als ein vom Staat und seiner Bürokratie zu erledigendes Problem angesehen. Politische Zweckmäßigkeit und diplomatische Erwägungen würden anstelle spontaner Hilfsbereitschaft und Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in anderen Ländern treten.

Wie schwierig Hilfeinsätze sein können, zeigt das Beispiel Jugoslawien in dramatischer Weise. Selbst das Deutsche Rote Kreuz mußte sich aus naheliegenden Gründen zur Zeit auf die ausschließliche Unterstützung des IKRK beschränken. Zu viele Worte oder die Unterstützung nur einer Partei des Konflikts könnte die ganze und sehr umfangreiche Hilfsaktion des Roten Kreuzes gefährden.“

Krankentransportwagen und Schneeräumer für den Nord-Irak

Das Deutsche Rote Kreuz schickte acht Krankentransportwagen und einen Schneeräumer im Wert von 830 000 Mark auf dem Landweg nach Amman/Jordanien, von wo aus das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Fahrzeuge in den Nord-Irak weiterleitet. 18 freiwillige Helfer des DRK überführten die Fahrzeuge. Dies war nur eine der umfangreichen Hilfsmaßnahmen, die das DRK zur Unterstützung der betroffenen Zivilbevölkerung laufend durchführt.

Aufgrund eigener Anschauung und in Absprache mit dem IKRK, dem UNHCR, den offiziellen irakischen Repräsentanten sowie den Vertretern der betroffenen Bevölkerung hat das DRK folgende Projekte im Nord-Irak begonnen:

Medizinische Hilfsmaßnahmen:

- Medikamenten- und Ausstattungshilfe für Schwerpunktkrankenhäuser in den Provinzstädten des Nordens (Mosul, Arbil, Dahuk, Kirkuk, Sulaymaniyah).
- Bauliche Instandsetzung, Ausstattung und medizinisches Material für Gesundheitszentren und Dispensarien in den Provinzen Arbil und Sulaymaniyah.
- Reparatur und Lieferung zusätzlicher Ambulanzfahrzeuge und Krankentransportdienste.

Ernährungsprogramme:

- Einrichtung von „Feeding-Centers“ für besondere Risikogruppen und fehl/unterernährte Kinder in räumlicher Gemeinsamkeit mit Dispensarien.
- Unterstützung von Ernährungsprogrammen in Schulen und Kindergärten.

Bauliche Maßnahmen:

- Förderung einfacher Kon-

struktionen im Individualbereich mittels standardisierter Materialpakete.

- Materialhilfe für den Aufbau zerstörter Häuser.

Wasser und Abwasser:

- Lieferung von Ersatzteilen für kleine Wasserwerke in definierten Projekten.
- Lieferung von Chlordosierungen für ausgewählte Brunnen und Wasserwerke.
- Abwasserpumpen.
- Lieferungen limitierter Mengen Chlor.

Die Abwicklung von insgesamt 50 Einsatzprojekten in diesen Aufgabenfeldern mit einem Gesamtvolumen von 20,5 Millionen DM ist mittlerweile angelaufen. Das DRK wird bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen mit acht Millionen DM vom Auswärtigen Amt und vier Millionen DM vom Österreichischen Roten Kreuz unterstützt. 8,5 Millionen DM finanziert das DRK aus Eigenmitteln.

Neben den genannten Projekten laufen auch weiterhin die Unterstützungsmaßnahmen für das IKRK. Auf dem medizinischen Sektor unterstützt das DRK die IKRK-Maßnahmen durch Beschaffung von 15 Krankentransportfahrzeugen und den Vierteljahresbedarf verschiedener Medikamente für 200 Krankenhäuser. 300 Lebensmittelrationen für einen Monat wurden dem IKRK zur Verfügung gestellt. Für 3000 Flüchtlingsfamilien, die nicht in ihre Dörfer und Städte zurückgekehrt sind, wurden winterfeste Zelte, Decken, Küchensets und Öfen geliefert. Der Rahmen dieser Hilfsmaßnahmen umfaßt ein Volumen von zehn Millionen DM, die dem DRK für das IKRK vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt wurden.



Auf dem Weg in den Irak: Die acht Fahrzeuge haben einen weiten Weg vor sich. (Foto: Ossenbrink)

Erdbebenkatastrophe in Armenien – Drei Jahre danach

Das Deutsche Rote Kreuz hat eine seiner größten Hilfsaktionen der Nachkriegszeit für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Armenien mit dem Wiederaufbau wichtiger Gesundheitseinrichtungen weitgehend abgeschlossen. 113 Millionen DM Geld- und Sachspenden sowie öffentliche Zuwendungen haben die medizinische und soziale Situation der Menschen in der Erdbebenzone erheblich verbessern können.

Nach der lebensrettenden Soforthilfe durch die Luftbrücke in den ersten Tagen und Wochen nach der Katastrophe vom 7. 12. 1988 leistete das DRK über mehrere Wintermonate Überlebenshilfe für Zehntausende von Obdachlosen. Danach wurden

unter schwierigsten Bedingungen in der Region Stepanavan für rund 70 000 Menschen wichtige Gesundheits- und Sozialeinrichtungen erdbebensicher wiederaufgebaut, darunter das Krankenhaus, der Kindergarten, vier Gesundheitsstationen, die Rettungstation sowie die orthopädische Werkstatt in Eriwan.

35 000 Tote, Zehntausende Verletzte und mehr als 500 000 Obdachlose waren die erschreckende Bilanz eines der schwersten Erdbeben dieses Jahrhunderts. Eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft in der Bundesrepublik und weltweit überwand vor drei Jahren erstmals den „Eisernen Vorhang“. Unsere Hilfe ist angekommen.

Erfahrung durch Zusammenarbeit

Gemeinsame Sanitätsübung von Samaritern und Bundeswehr

Warum nicht gemeinsam? Diese Frage stellten sich die beiden Samariter Ivanka Kapteina und Dr. Karsten Ocker aus Schleswig-Holstein, als es um den Vergleich von Sanitätsübungen des ASB und der Bundeswehr ging. Wie von selbst kam da die Idee bei der Ausbildungsbeauftragten des ASB in Schleswig-Holstein und dem Divisionsarzt der Marinefliegerdivision der Bundeswehr, die nächste Übung des Sanitätsdienstes der Marineflieger zusammen mit Helfern des ASB durchzuführen. Schnell waren beide Vorgesetzte, der Vorsitzende des ASB in Schleswig-Holstein, Johann-Hinrich Vollstedt, und der Kommandeur der Marinefliegerdivision, Flottenadmiral Ziebis, von der Nützlichkeit des Projektes überzeugt und gaben ihre Zustimmung.

So wurde erstmalig in die seit zehn Jahren regelmäßig jedes Jahr durchgeführte einwöchige Sanitätsübung der Marineflieger „Schneller Albatros“ eine Sanitätseinheit des ASB, gebildet aus dem Katastrophenzug des Landesverbandes Schleswig-Holstein, für die Übung fest eingeplant. Frühzeitig begannen die Vorbereitungen mit Erstellung eines Übungsszenarios, Festlegung der Anzahl der Teilnehmer und des Umfangs des Materials und der Absprache über gemeinsame Übungsschwerpunkte. Dabei erwies es sich schnell als Vorteil, daß die Marine zwei Standortübungsplätze, 40 Verletztendarsteller, 2 Schminkteams, ein Schiedsrichter- und ein Übungsleiterteam stellen konnte. Daneben standen drei verschiedene

Hubschrauber, zwei Flächenflugzeuge und vier Boote zur Verfügung, um nach Aufnahme und Behandlung in den beiden Hauptverbandplätzen der Marine und des ASB einen realistischen Verletztentransport zu üben.

Bis dahin war aber noch ein langer Weg. Es mußten Nutzungsverträge für die Übungsplätze abgeschlossen, Fernmeldeeinrichtungen angemietet, Mitfluggenehmigungen eingeholt und Haftungsfragen juristisch geklärt werden. Danach wurden Einsatz- und Führungsverfahren koordiniert, Funkverbindungen abgestimmt und Sicherheitsbestimmungen für die Begleitung bei Luft-, See- und Landtransporten festgelegt.

Aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! So begann die erste gemeinsame Sanitätsübung des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Bundeswehr. Der erste Tag war dem Aufbau der Sanitätseinrichtungen und dem gegenseitigen Kennenlernen gewidmet. Schon nach wenigen Stunden hatte sich das Team des ASB eingespielt und konnte Aufnahme- und Behandlungsbereitschaft melden. Kurz danach waren auch die Marine-sanitäter fertig.

Die ersten Übungseinlagen, bestehend aus Unfällen mit je 4 bis 5 „Verletzten“ am Abend und Morgen des nächsten Tages bliesen die letzten Sandkörner aus dem Getriebe der Rettungs- und Behandlungsabläufe, denn schon am zweiten Tag waren zwei Höhepunkte der Übung zu bestehen. Am Abend ereignete sich ein Großunfall mit über 40 realistisch geschminkten „Verletzten“, der von beiden



Geschäftiges Treiben herrscht am „Unglücksort“. (Foto: Kapteina)

Organisationen gemeinsam handlung vor Ort herrschte bewältigt wurde. Nach Rettung auf beiden Verbandplätzen tigung, Sichtung und Notbe- Hochbetrieb. Schockbehand-



Gemeinsam geht's besser: Verladeübung am Hubschrauber.

(Foto: Ocker)

Zivildienst erfüllt wichtige Aufgaben

Bundesbeauftragter für den Zivildienst besucht Johanniter-Unfall-Hilfe

Die angespannte Situation im Bereich des Zivildienstes stand im Mittelpunkt eines Gespräches zwischen dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Dieter Hackler, und dem Bundesgeschäftsführer der Johanniter-Unfall-Hilfe, Andreas von Block-Schlesier, das unlängst in Bonn stattfand. Der Bundesgeschäftsführer stellte fest, daß der Zivildienst wichtige Aufgaben im Bereich des Sozialen Dienstes erfüllen würde und auf ihn im Augenblick nicht verzichtet werden könne. Hackler, der seit Anfang September im Amt ist, betonte, daß die Zivildienstleistenden

bei aller Sorge „keine Lückenbüßer für unser Gesundheitswesen“ sein dürften.

Im vergangenen Jahr mußte der JUH durch die Verkürzung der Wehrpflicht mit 20 Prozent weniger Zivildienstleistenden auskommen. Probleme ergaben sich dadurch vor allem bei den Mobilien Sozialen Hilfsdiensten und der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung. Ende September 1991 waren bei der JUH 2923 Zivildienstleistende tätig. Damit waren im Durchschnitt 68,7 % der 4256 Plätze besetzt. Etwa ein Drittel „JUH-Zivis“ sind im Rettungsdienst und Krankentrans-

port eingesetzt. Ein weiteres Drittel im Bereich Mobile Soziale Hilfsdienste und Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung und das letzte Drittel im Bereich Betreuung und Pflegehilfe.

Eine wichtige Frage für die JUH ist die weitere Entwicklung der Zahl der Zivildienstleistenden. Dieter Hackler sah in dieser Frage, trotz der Diskussion über die Abschaffung der Wehrpflicht, keinen Grund, schwarz zu sehen. Er rechnet damit, daß die Zahl von ca. 80000 Zivildienstleistenden für die nächsten Jahre stabil bleiben wird. Damit kann man nach Ansicht des

Bundesbeauftragten „mit dem Faktor Zivildienst mittelfristig rechnen“.

Der Bundesgeschäftsführer der JUH und der Bundesbeauftragte waren sich aber einig, daß es trotzdem wichtig sei, das Image des Sozialen Dienstes zu verbessern. Der Pflegeberuf müsse gesellschaftlich, aber auch finanziell eine höhere Anerkennung erfahren; zudem gelte es, den Zivildienst und die Probleme im Pflege- und Betreuungs Bereich stärker zu trennen. Es gehe jetzt darum, die Aufgaben neu zu betrachten und langfristige Perspektiven zu entwickeln.

Mit einem dringlichen Appell, gegen den Rechtsextremismus in Deutschland anzugehen, wendet sich der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf v. Schwerin, an alle Demokraten. Nachstehend sein Aufruf im Wortlaut:

„Ich rufe die Johanniter-Unfall-Hilfe auf, mit allen dem einzelnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Rechtsextremismus in Deutschland anzugehen. Wir sind Demokraten und haben für jedweden Extremismus kein Verständnis. Die Älteren unter uns werden sich noch sehr genau an die Ausschreitungen in den frühen dreißiger Jahren erinnern, deren Folgen das ganze deutsche Volk über Jahrzehnte hin – bis zum November 1989 – erlebte.“

Wir, die Mitglieder der Johanniter-Unfall-Hilfe, sind fest entschlossen, für das Recht und die Würde eines jeden einzelnen Menschen, ohne nach der Nationalität, dem Glauben oder der Völkerzugehörigkeit zu fragen, einzutreten. Wir verurteilen die Verbrechen und Unmenschlichkeiten der letzten Wochen, die in unserem Land gegen die Schwachen und Hilfesuchenden begangen worden sind.

Wir fordern, daß die Politiker der demokratischen Parteien des Deutschen Bundestages sich nun endlich über den Paragraphen-Kleinkrieg zu einer Solidargemeinschaft erwachsener Bürger vereinen. Ich rufe Sie auf, unserem Gebot, dem Dienst am Nächsten, nachzukommen und dem Namen dieser Hilfsorganisation alle Ehre zu tun.“

Der Sanitäter auf dem Motorrad

Angeregt durch einen Bericht über einen motorradfahrenden Notarzt in Paris beschäftige ich mich seit einigen Jahren mit der Frage „Sanitäter auf dem Motorrad“ als einer sinnvollen Ergänzung des Rettungswesens.

Zwischenzeitlich setzen das DRK und der ADAC Motorräder im Autobahnbereich wirksam ein. Einen weiteren Impuls bei den Überlegungen gab die Aufgabenstellung des militärischen SAR-Dienstes, denn auch im zivilen Bereich kommt es immer wieder vor, daß man Einsatzstellen bzw. hilfsbedürftige Personen abseits befahrbarer Wege suchen muß. Es ging mir also um die

Schließung der Lücke zwischen dem praktisch nicht mehr existierenden Sanitäter zu Fuß und den Grenzen des derzeit üblichen Einsatzes von Rettungsfahrzeugen.

Mit Hilfe eines bisher bei der Polizei eingesetzten Motorrads, das ich aufgrund meiner bisherigen Erfahrungen entsprechend umgerüstet hatte, startete ich einen Versuch, um die Schlüssigkeit meiner Überlegungen in der Praxis zu erproben. So konnten positive Erfahrungen bei der Betreuung von Reit- und Radsportveranstaltungen gesammelt werden. Veranstalter von Langstreckenläufen oder Open-air-Festivals bedienen

sich mittlerweile gern der Dienste des Sanitäters auf dem Motorrad.

Gerade bei der Betreuung größerer Einsatzgebiete erlaubt der Einsatz eines Motorrads durch pendelnde Überwachung die Präsenz eines Sanitäters über einen weiten Einsatzraum. Dadurch können möglicherweise auch Sanitätspersonal oder Sanitätsposten

Dieter Horst hat mit seinem Motorrad beste Erfahrungen gemacht, unter anderem auch bei Reitsportveranstaltungen. (Foto: Sondermann)



Ausrüstung des Motorrads

Besonders wichtig ist wegen der erforderlichen Erkennbarkeit im Straßenverkehr eine möglichst große Verkleidung mit auffälliger, d. h. kontrastreicher Lackierung. Als besonders geeignet und um die Kontinuität im Rettungsdienst zu wahren, ist RAL 1014 (hellelfenbein) oder weiß mit leuchtrotm Streifen zu wählen.

Spezielle Ausrüstung:

1 seitlicher Koffer

Reanimationsset, Absaugung, Infusionen

1 seitlicher Koffer

Verband- und EH-Material, Diagnosegerät

1 Top-Case

Pers. Ausrüstung (z. B. Regenkombi), Papiere, Kartenmaterial, Bordwerkzeug

Funk

FuG 8b, Helmhör-/Sprechgarnitur, zusätzl. Handapparat und Lautsprecher für Standbetrieb, abgesetztes Motorradbedienteil im Tank

Bekleidung

Lederstiefel, Lederhandschuhe, Leder- oder Goretextkombi in auffälliger Farbe (hellrot), Integralhelm, weiß, mit leuchtroter Applikation

Sondersignal

1 Mehrtonhorn, 2 Blinkleuchten blau nach vorne, möglichst 1 Rundumleuchte oder 2 Blinkleuchten, blau nach hinten

eingespart werden. Ebenso erfolgreich konnte der Einsatz eines Sanitäters auf dem Motorrad auch bei Bundesliga-Fußballspielen im Stadion und bei Motorsportveranstaltungen durchgeführt werden. Gerade vor Veranstaltungsbeginn bzw. nach Veranstaltungsende, wenn die Straßen um den Veranstaltungsort verstopft sind, hat sich das Motorrad wegen seiner Beweglichkeit sehr bewährt.

Von der Rettungsleitstelle wird der Motorradsanitäter auch gerne als zusätzliche freie Kapazität zu Einsatzstellen entsandt. Während sich die RTW-Besatzung primär um die Versorgung der Patienten kümmert, kann der „zusätzliche“ Mann nach Unterstützung bei der Verletztenbergung und -versorgung die Betreuung unverletzter Angehöriger und erforderliche Koordinierungsaufgaben zwischen Rettungsdienst, Polizei und Feuerwehr übernehmen. Als weitere Einsatzmöglichkeit konnte die erfolgreiche Suche nach vermissten Personen oder die Lotsung ortsfremder Fahrzeuge verbucht werden.

Nicht nur in den Einsatzgebieten im Autobahnbereich, sondern auch in Ausflugs- und Naherholungsgebieten hat der Motorradeinsatz sich in der Erprobungsphase als positiv herausgestellt; desgleichen der Einsatz im Großstadtbereich unter dem Gesichtspunkt der Ergänzung des Rettungsdienstes.

Einen ganz besonderen Vorteil bietet der Sanitäter auf dem Motorrad bei der Betreuung von Großveranstaltungen zur Sicherung und Versorgung von Teilnehmern und Zuschauern.

Der besondere Vorteil eines Sanitäters auf dem Motorrad im Rettungsdienst liegt in dessen nahezu unbegrenzter Be-

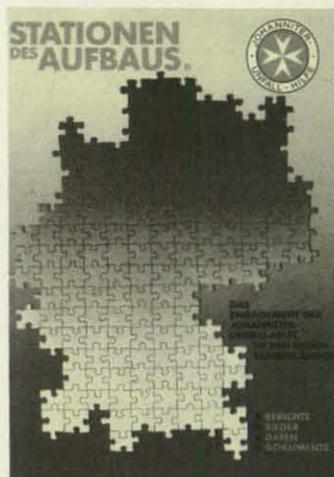
weglichkeit und Schnelligkeit. Er ergänzt somit wirksam den Rettungsdienst und kann auch Aufgaben wahrnehmen, die das Ausrücken größerer Einheiten entbehrlich machen. Ferner kommt die Erledigung von organisatorischen oder logistischen Aufgaben hinzu.

Dieter Horst

Das Puzzle ist komplett

Schon kurz nach der Maueröffnung hat die Johanniter-Unfall-Hilfe ihr Engagement auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Westdeutsche Patientenverbände mit ihren ehren- und hauptamtlichen Mitgliedern haben sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften für den Aufbau der JUH und für die Menschen dort engagiert. In 62 Orten gibt es Kreis- und Ortsverbände, in über 145 Städten und Gemeinden ist die JUH aktiv.

Eine neu herausgegebene Broschüre dokumentiert in Wort und Bild die „Stationen des Aufbaus“, Teil II, von der Wiedervereinigung bis zum



Herbst 1991. Die Publikation versteht sich als Fortsetzung zu dem im Herbst 1990 erschienenen Teil I. Das Puzzle auf dem Titel ist nunmehr komplett – ein Sinnbild dafür, daß die JUH in den neuen und alten Bundesländern zusammengefügt ist.

Die internationale Katastrophenhilfe und der MHD

Eine originäre Aufgabe der Malteser?

Der Zusammenbruch des Ostblocks hat nicht nur die Zerrüttung der Wirtschaft offenbart, sondern auch die bedrohliche Unterversorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln und ein kollabierendes Gesundheitswesen. Das einstige Renommierstück des sozialistischen Systems – Gesundheit für alle – entpuppt sich als längst zerfallene Fassade. Katastrophale Mißstände in den Heimen, unmotiviertes Personal, die gravierende Unterversorgung auf dem Land und die rückständige und marode Technik haben im vergangenen Winter erstmals zu Hunger und Verelendung geführt. Jetzt steht die Bevölkerung wieder vor dem Nichts. Die dringend notwendigen strukturellen Veränderungen werden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern.

Die Katastrophen sind vorprogrammiert

Gleichzeitig befinden sich viele ehemalige Kolonialstaaten auf dem Weg zu einer „echten“ Demokratie. Dort wächst die Einsicht, daß stabile ordnungspolitische Verhältnisse auf Dauer nur mit Gleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen sind. Der Krieg in Jugoslawien und die Behandlung der Kurden haben gezeigt, daß der Umgang mit Minderheiten sich nicht immer an den Menschenrechten orientiert. Es ist Krieg mitten in Europa und Zigtausende fallen ihm zum Opfer. Es sind Katastrophen aufgrund politischer Fehlleistungen.

In Sachen „Katastrophen“ spielt ein weiterer Faktor eine zunehmend wichtige Rolle: die Umwelt. Wenn der Meeresspiegel zum Beispiel in Bangladesch durch die wachsende Erwärmung der Erdoberfläche nur um zwei Meter steigt, steht ein Drittel des Landes unter Wasser. Flutkatastrophen wie die vom Frühjahr wären dann unvermeidlich. In Afrika wachsen die Dürregebiete unaufhörlich. Gleichzeitig nimmt auch die Verelendung der Entwicklungsländer zu. Epidemische Hygienekrankheiten wie Cholera ergreifen einen ganzen Erdteil.

Die vorangegangenen Feststellungen sind kein Horrorszenario. Sie sollen auch nicht deprimieren oder zur Distanz

zu unseren Politikern aufrufen. Sie begründen die schlichte These, daß qualifizierte internationale Katastrophenhilfe mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft dringend notwendig sein wird.

Was geht das die Malteser an? Es gibt viele Argumente – dafür wie dagegen. Sie sollen nachfolgend gegeneinander aufgewogen und bewertet werden. Dabei spielen vier Aspekte eine wichtige Rolle: Der Bedarf an qualifizierter internationaler Katastrophenhilfe, die Moral, die wir uns vorgeben, die Möglichkeiten, die wir haben, und die Verbandspolitik, die Prioritäten schaffen muß, damit knappe Gelder einen größtmöglichen Effekt erzielen.

Der Bedarf

Die Einleitung legt den Schluß nahe, daß zumindest im nächsten Jahrzehnt Katastrophen zur Tagesordnung gehören werden – ob wir das wahrhaben wollen oder nicht. Dies wäre noch lange kein Grund für den MHD, auch Katastrophenhilfe zu leisten. Es gibt genügend leistungsfähige internationale Organisationen, die dies ebensogut oder vielleicht sogar besser können. Weshalb sich also unnötigem Konkurrenzdruck aussetzen, der zu einem kostspieligen und aufreibenden Engagement zwingen würde?

Sollten Spenden und Mitgliedsbeiträge nicht besser dazu verwendet werden, die Lücken im engmaschigen Netz der sozialen Fürsorge zu stopfen? Ist die Bevölkerung nicht ohnehin müde, sich mit immer wieder vorgeführten Weltuntergangsbildern auseinanderzusetzen? Ist sie nicht mit Recht auch spendenmüde? Wie lange müssen die Hilfsorganisationen noch die Versäumnisse der Politik aufholen – wenn sie es überhaupt können? Sind die Probleme der klassischen Krisenregionen nicht schon längst über die Reparaturmöglichkeiten der entwickelten Industriestaaten hinausgewachsen? Macht das ganze überhaupt noch einen Sinn, wenn sowieso alles zu spät ist?

Es stünde den Maltesern sicher schlecht, würden sie sich klagevoll einer solchen Weltuntergangsstimmung hinge-



Auch der leichtfertige Umgang mit unserer Umwelt – hier Brandrodungen des Regenwaldes – ziehen langfristig Katastrophen nach sich.

(Foto: BMZ)

ben. Pessimismus hat noch nie eine scheinbar ausweglose Situation zum Besseren gewendet. Wichtig ist, schnell und gründlich aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Daß die Entwicklungsländer fair am Weltmarkt beteiligt und Tyrannei und Gewalt geächtet werden müssen, daß die Nachbarn im Osten partnerschaftliche Begleitung brauchen und daß die Vergiftung der Umwelt ein Ende haben muß – alles das sind Einsichten, die nicht zuletzt die eigene Existenz berühren. Ein dahingehender Bewußtseinswandel wird auch Katastrophen vermeiden können, denn Katastrophen sind grundsätzlich nicht unabwendbar.

Selbst bei optimistischer Sicht ist die Frage nach dem Bedarf noch nicht hinreichend beantwortet. Ob Katastrophen mit größerer oder weniger großer Intensität aufeinanderfolgen – fest steht, daß die Malteser einen wirksamen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten können. Mit der Versorgung der Flüchtlinge in Ungarn, den Lebensmittelhilfen für Rußland im vergangenen Winter und nicht zuletzt mit der lebenswichtigen Hilfe für kurdische Flüchtlinge und vom Krieg Betroffene in Kroatien hat der MHD bewiesen, daß er schnelle und qualifizierte humanitäre Hilfe leisten kann.

Die Moral

Wir hören das Wort nicht gerne, weil es Ansprüche an uns stellt und zur Gewissensforschung antreibt. Dennoch hat Moral inzwischen nicht mehr den früheren Beigeschmack konservativer Dogmenhörigkeit. Der moralische Anspruch, den sich die Malteser seit Jahrhunderten stellen, lautet: „Wahrung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen.“ Damit fordern die geistigen Grundlagen eine internationale Katastrophenhilfe nicht zwingend, weil die Opfer auch von anderen Organisationen versorgt werden können. Sie schließen sie aber auch nicht aus, schon gar nicht, wenn wichtige Voraus-

setzungen zu erfüllen sind und auf umfangreiche Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Wenn viele MHD-Helfer sich selbstlos einsetzen, ihren Urlaub opfern und die steigende Anzahl an Fördermitgliedern die finanziellen Grundlagen festigt, dann wächst auch die Verpflichtung, dieser Erwartungshaltung auf der Basis der MHD-Grundlagen moralisch zu entsprechen.

Qualifizierte Katastrophenhilfe im Ausland sollte daher ein zentraler Bestandteil eines breiten sozialen Arbeitsfeldes der Malteser sein. Sie ist nicht nur vereinbar mit den geistigen Grundlagen und satzungsgemäßen Zielen, sondern sie ist vielmehr unmittelbar als verpflichtende Aufgabenstellung aus ihnen herzuleiten. Allerdings gilt: Die moralische Verpflichtung darf nicht zum Vorwand für ein rein prestigeträchtiges Agieren im Ausland verkommen.

Die Möglichkeiten

Der MHD ist die zweitgrößte Hilfsorganisation in Deutschland. Er verfügt über Tausende aktiver Helfer in den unterschiedlichsten Gruppen. Über Jahrzehnte wurden Erfahrungen im Ausland gesammelt – in der Katastrophenhilfe, in der Strukturhilfe und auch in der Entwicklungshilfe. Das verfügbare logistische und technische Material für Katastropheneinsätze im Ausland würde nach entsprechender Nachrüstung ausreichen, um jeden Einsatz aus dem Stand heraus binnen 24 Stunden zu Wege zu bringen. Die Daten vieler erfahrener Helfer liegen vor. Das Auswärtige Amt und die Europäische Gemeinschaft erkennen die Effizienz der Hilfen an und unterstützen den MHD. In seinen Gliederungen wird ein noch nie dagewesenes Interesse an schnellen Versorgungseinsätzen im Ausland verzeichnet – gute Voraussetzungen, um eine effiziente internationale Katastrophenhilfe in angemessener Form zu entwickeln. Doch damit sind auch Risiken verbun-

den. Die personellen Ressourcen reichen noch nicht aus, die notwendige Koordination mit den Gliederungen muß konzeptioniert werden. Die Einbeziehung der Malteserhospitäler steht zur Diskussion.

Der Bundeswehr wird als deutscher Beitrag zu friedenssichernden Maßnahmen der UN oder als Beteiligung Deutschlands an der internationalen Katastrophenarbeit wachsende Bedeutung zukommen. Die Erwartungshaltung der finanzierenden Institutionen wie Auswärtiges Amt und EG wächst ständig. Katastrophenhilfe muß noch rascher, noch effizienter, noch autarker ausgeführt werden. Die Rettung, Bergung und Versorgung in Not geratener Menschen ist genauso wichtig wie eine funktionierende Logistik und Kommunikation.

Finanzielle Vor- und Eigenleistungen in astronomischer Höhe werden erwartet. Finanzielle Ressourcen für Katastropheneinsätze im Ausland binden somit liquide Mittel in beträchtlichem Umfang. Dieses Geld könnte durchaus auch sinnvoll im Bereich Aufbau- und Entwicklungshilfe oder in inländischen Sozialprojekten eingesetzt werden. Gleichzeitig gilt es, Leistungslücken innerhalb der Möglichkeiten des MHD zu schließen. Auch das wird Geld kosten. Schließlich muß auch der administrative Bereich, das Management, nachgerüstet werden. Die Einsatzleitung einer Operation im Ausland ist keine Ein-Mann-Show, sie erfordert die Interaktion qualifizierter Spezialisten.

Hinzu kommt, daß derartige Einsätze höchste physische und psychische Anforderungen an alle Beteiligten stellen. Diese Belastungen führen im menschlichen Bereich oft zu Mißverständnissen, zu unnötigen Auseinandersetzungen und klimatischen Verschlechterungen. Mit Katastropheneinsätzen im Ausland ist dauerhafter Konfliktstoff verbunden.

Zusammenfassend zeigt sich, daß der MHD trotz eini-

ger Einschränkungen über gute Voraussetzungen zur Weiterentwicklung seiner Möglichkeiten in der internationalen Katastrophenhilfe verfügt. Damit ist eine Basis gegeben, die schließlich auch andere Maltesergruppen in Europa zu einem kooperativen Auslandseinsatz animieren kann.

Die Verbandspolitik

Es ist keine Frage, daß effiziente Katastropheneinsätze maßgeblich das Image einer Hilfsorganisation prägen. Sie haben Einfluß auf die Mitglieds- und Spendenfreudigkeit und tragen zweifellos zur politischen Gewichtung eines Verbandes bei. Gründe, die zunächst aus verbandspolitischer Sicht ins Auge stechen und damit blenden. Effekthascherei und Imagepflege sind eine denkbar schlechte Motivation, die Beschwerden der internationalen Katastrophenarbeit auf sich zu nehmen. Es wäre unehrlich und unaufrichtig, wenn diese Motive eine Entscheidung für Auslandseinsätze herbeiführen würden. Genauso unaufrichtig wäre es jedoch, den von solchen Einsätzen ausgehenden verbandspolitischen Effekt zu leugnen. Viel wichtiger aber ist, daß mit dem Auslandsengagement eine Förderung der Sensibilität und Toleranz einhergeht und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber Ungerechtigkeit, sozialen Mißständen und akuten Notsituationen fremder Völker und Kulturen wächst. Das betrifft nicht nur die aktiven MHD-Helfer, die sich von Litauen bis zum Nordirak engagieren. In allen wird etwas bewegt.

Katastrophenhilfe darf aber nicht zum Selbstzweck werden. Katastrophen sind nicht zur Profilierung eines Verbandes, einer Gliederung oder gar eines einzelnen Helfers da! Vielmehr sind die Helfer für die Notleidenden und Betroffenen da, für die neue Konzepte einer internationalen Katastrophenhilfe entwickelt werden müssen.

Martin Pfeifer

Struve neuer CTIF-Vizepräsident

Anlässlich der Tagung des CTIF in Brüssel wählte der Permanente Rat, das höchste Beschlussorgan zwischen den Generalversammlungen, den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes Hinrich Struve als einen der neuen Vizepräsidenten des CTIF. Die Wahl erfolgte für die Dauer von vier Jahren. Die Vizepräsidenten müssen jedoch jährlich durch den Permanenten Rat des CTIF in ihrer Funktion bestätigt werden; eine Wiederwahl ist zulässig. Die Vizepräsidenten übernehmen die organisatorische und fachliche Leitung der vom Permanenten Rat festgelegten Fachgebiete und Tätigkeitsbereiche.



in Berlin stattfinden. Ausrichter ist das „Nationale Komitee des CTIF der Bundesrepublik

Deutschland“, welches sich paritätisch aus dem Deutschen Feuerwehrverband und der VFDB zusammensetzt. Außer diesen Bewerbungen tagen in Berlin der Exekutive Rat, der Permanente Rat und die Generalversammlung, die alle vier Jahre stattfindet. Mit dieser Veranstaltung in Berlin finden die Internationalen Wettbewerbe nach Bad Godesberg (1961) und Böblingen (1981) zum dritten Mal in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Jede Nation kann mit einer einheitlich festgelegten Mannschaftsstärke an diesen alle vier Jahre stattfindenden CTIF-Feuerwehrbewer-

ben teilnehmen. Die Bundesrepublik Deutschland wird dabei vertreten durch zehn Männer-Gruppen und zwei Frauen-Gruppen im „Internationalen Feuerwehrwettbewerb“, drei Männer-Gruppen im „Internationalen Feuerwehrsportwettbewerb“ sowie zwei Jugendfeuerwehr-Gruppen im „Internationalen Jugendfeuerwehrwettbewerb“. Die zur Ermittlung dieser Gruppen erforderlichen Bundesausscheidungen werden am 19./20. Juni 1992 in Olpe (NRW) ausgerichtet.

Struve tritt die Nachfolge des aus Altersgründen ausgeschiedenen langjährigen CTIF-Vizepräsidenten Oberbranddirektor Manfred Gebhardt (Hamburg) an. Gebhardt war zuständig für die Organisation und Durchführung der Symposien. Als weiterer neuer CTIF-Vizepräsidenten wurde der Österreicher Dr. Alfred Zeilmayr (Wels/Oberösterreich) gewählt, der damit die Nachfolge des bisherigen CTIF-Vizepräsidenten Sepp Kast (Niederösterreich) antritt. Kast war 30 Jahre lang Wettkampfleiter des CTIF für die Internationalen Feuerwehrwettkämpfe. Die künftige Aufgabenverteilung im „Exekutiven Rat“ auf die Vizepräsidenten wird noch im CTIF festgelegt.

In der gleichen Tagung in Brüssel wurde bestätigt, daß die nächsten „Internationalen Feuerwehrwettkämpfe“, die „Internationalen Feuerwehrsportwettkämpfe“ und die „Internationalen Jugendfeuerwehrwettbewerbe“ in der Zeit vom 11. bis 17. Juli 1993

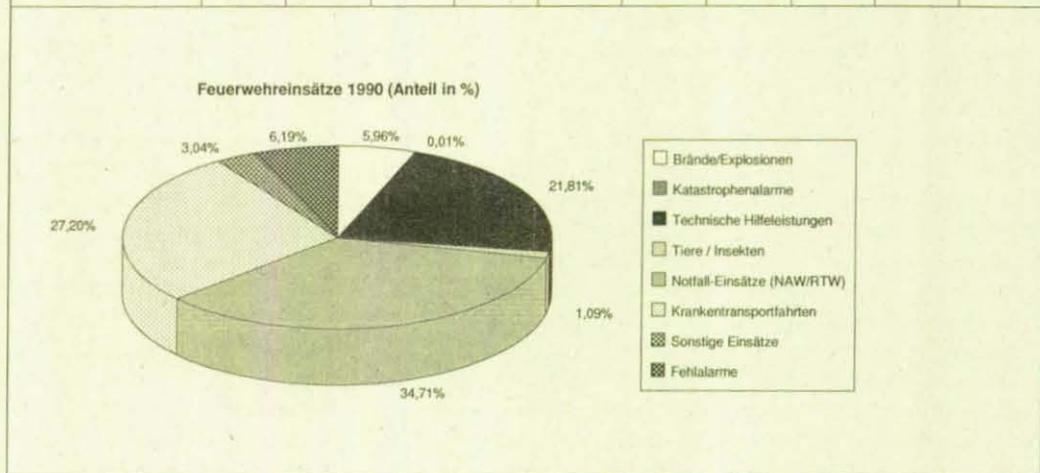
Zu oft „Rennen um nichts“

„Alarm“ um Alarmzahlen bei Deutschlands Feuerwehren: Über 177 000 vermeintli-

che Einsätze erwiesen sich bei näherem Hinsehen als Fehlalarme, in der überwie-

genden Mehrzahl böswillig und vorsätzlich irreführend ausgelöst. Darauf hat der DFV

| Einsatzarten | Anzahl | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|---------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Brände/Explosionen | 170582 | | | | | | | | | | | | | |
| Katastrophenalarme | 214 | | | | | | | | | | | | | |
| Technische Hilfeleistungen | 624421 | | | | | | | | | | | | | |
| Tiere / Insekten | 31322 | | | | | | | | | | | | | |
| Nottall-Einsätze (NAW/RTW) | 993912 | | | | | | | | | | | | | |
| Krankentransportfahrten | 778765 | | | | | | | | | | | | | |
| Sonstige Einsätze | 87044 | | | | | | | | | | | | | |
| Fehlalarme | 177342 | | | | | | | | | | | | | |
| Summe | 2863602 | | | | | | | | | | | | | |



in einer umfassenden Tätigkeits- und Strukturanalyse hingewiesen. Das in Bonn vorgestellte „Feuerwehr-Jahrbuch“ weist aus, daß die Feuerwehren im Jahr 1990 über 2,8 Millionen Mal zur Brandbekämpfung und zu Notfällen aller Art gerufen wurden.

Als Indiz für die Einsatzvielfalt der Feuerwehren und die ständig wachsenden Aufgabenbereiche gerade bei Gefahrgut-Unfällen und zum Schutz vor Umweltgefahren im weitesten Sinne wertet der Feuerwehrverband die Tatsache, daß inzwischen die technischen Hilfeleistungen jeden fünften Alarm betreffen. Wenngleich die Gesamtzahl der Brände um über 10 000

auf 170 000 im Jahre 1990 gestiegen sei, mache dieser Anteil der Einsätze an der Gesamtbilanz nur noch 6 Prozent aus. Drei von vier Bränden konnten auf ihren Herd beschränkt werden, was der Verband als Beweis für die Schlagkraft und gute Ausbildung der Feuerwehren wertet.

Absoluter Spitzenreiter bei der Anzahl der Einsätze – bezogen auf die Einwohnerzahl – ist Berlin mit 52,2 Feuerwehreinsätzen je 1000 Einwohner. Dahinter rangieren Bremen (35,4) und Hamburg (34). In den alten Bundesländern liegen die Vergleichszahlen zwischen 12 und 16 Einsätzen.

| Löschfahrzeuge | BF | WF/BtF | FF/PF |
|------------------|--------------|--------------|---------------|
| TSF | 51 | 330 | 13.434 |
| LF 8 | 74 | 315 | 11.121 |
| LF 16 / LF 16-TS | 465 | 162 | 5.062 |
| LF 24 | 64 | 8 | 22 |
| TLF 8 / 18 | 23 | 95 | 2.120 |
| TLF 16 / 25 | 242 | 293 | 5.799 |
| TLF 24 / 50 | 80 | 52 | 368 |
| TroTLF 16 | 81 | 105 | 154 |
| TroLF 750 | 5 | 41 | 22 |
| sonst. TroLF | 10 | 109 | 56 |
| sonst. LF | 43 | 263 | 737 |
| Summe | 1.138 | 1.773 | 38.895 |

Die meisten Mitglieder in den Feuerwehren gibt es in Bayern. Hier kommen auf je 1000 Einwohner mehr als 34 Wehrleute, in Hessen, Nieder-

sachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind es nur 20, in Nordrhein-Westfalen gar nur 6.

Teilnahme deutscher Feuerwehren 1992 an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Wettbewerben 1992 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

1. Grundsätzliches

Die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände geregelt und möglich. Für die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür der Deutsche Feuerwehrverband zuständig.

2. Antrag

Anträge zur Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbe- werb im Ausland sind zu richten an den

Deutschen Feuerwehrverband (DFV)
Koblenzer Straße 133
W-5300 Bonn 2

Für die Teilnahme an einem

Feuerwehrleistungsbe- werb im Ausland ist eine Starterlaubnis des DFV erforderlich.

An einer Teilnahme interessierte deutsche Feuerwehren können die Unterlagen bis Ende Februar beim DFV anfordern.

Zusätzlicher Hinweis für bayerische Feuerwehren:

Teilnahmevoraussetzung für Feuerwehren des Freistaates Bayern ist gemäß Beschluß des Sprechergremiums, daß die Mitglieder der Bewerbungsgruppe mindestens die Stufe II (Silber) des Bayerischen Feuerwehrleistungsabzeichens besitzen. Diese Voraussetzung ist vom Abnahmeberechtigten des DFV zu prüfen. Liegt die Voraussetzung nicht vor, kann keine Abnahme der Trainingsleistung und Bestätigung im Anmeldebogen erfolgen.

3. Voraussetzungen

Allgemeine Voraussetzungen (gemäß österreichischer

Bestimmungen) für die Zulassung sind, daß das Mitglied der Bewerbungsgruppe

– seit mindestens drei Monaten aktives Feuerwehrmitglied ist,

– am ersten Tag des Leistungsbewerbes (Stichtag) das 65. Lebensjahr nicht überschritten hat und

– einen gültigen Feuerwehrdienstausweis besitzt.

– Der Aktive darf im Bewerb um das FLA in Bronze und im Bewerb und das FLA in Silber bei jeder Bewerbsveranstaltung nur einmal antreten,

– darf unbeschadet des Besitzes eines FLA aus einem früheren Feuerwehrleistungsbe- werb erneut antreten.

Die Bewerbungsgruppe – muß aus Angehörigen der gleichen Feuerwehr bestehen, – muß in der Klasse A antreten, wenn das Gesamtalter der Aktiven weniger als 270 Jahre beträgt,

– darf bei einem Gesamtalter von 270 Jahren und darüber entweder in der Klasse A

(ohne Alterspunkte) oder in der Klasse B (mit Alterspunkten) antreten.

Frauengruppen der Feuerwehren können nur dann eine Starterlaubnis erhalten, wenn das Gastland hierfür Bewerbungsgruppierungen vorgesehen hat bzw. wenn dem DFV von dort eine Einwilligung zum Start (Sondergenehmigung) vorliegt. Jugendfeuerwehren können an diesen Wettbewerben nicht teilnehmen.

4. Bedingungen

Bei den hier angesprochenen Feuerwehrleistungsbe- werben im Ausland handelt es sich um Wettbewerbe nach den

a) Bestimmungen für den Bewerb um das FLA in Bronze/Silber des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes

b) Freundschafts-Wettbewerbe nach den Bestimmungen für den „Internationalen Feuerwehrwettkampf des CTIF“.

Michael Groß ehrt Lebensretter

Bewerbungsschluß ist der 31. März 1992



Zum vierten Mal werden 1992 Menschen mit dem NIVEA-Delphin ausgezeichnet. Schwimmolympiasieger Michael Groß, der die Patenschaft über den NIVEA-Delphin übernommen hat, ehrt persönlich Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens andere vor dem Tod durch Ertrinken gerettet haben.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und der Stifter, die Beiersdorf AG Hamburg, vergeben den Preis in drei Kategorien:

- Der Deutsche Wasserrettungspreis wird verliehen an DLRG-Mitglieder.
- Mit dem Ehrenpreis zum Deutschen Wasserrettungs-

preis werden Lebensretter ausgezeichnet, die nicht der DLRG angehören.

• Mit dem Förderpreis werden DLRG-Ortsgruppen bedacht, die sich in besonderer Weise um den Wasserrettungsdienst an Küsten und Binnengewässern verdient gemacht haben.

Es werden nur Lebensrettungen gewürdigt, die 1991 durchgeführt wurden. Die Preisträger erhalten eine Delphin-Skulptur sowie einen Preis von 3000 DM. Das Vorschlagsrecht haben Privatpersonen, wassersporttreibende Verbände und andere Sportvereine, Bundes- und Länderministerien, Kommunen, Rettungsorganisationen und DLRG-Gliederungen.

Die Bewerbungsunterlagen, eine ausführliche nachprüfbar schriftliche Darstellung der Lebensrettung und ggfs. Nachweis über bereits erfolgte Ehrungen müssen bis zum 31. März 1992 beim Präsidium der DLRG, Alfredstraße 73, 4300 Essen 1, eingehen. Über die Preisträger entscheidet eine Jury aus Repräsentanten der DLRG und des Unternehmens Beiersdorf.

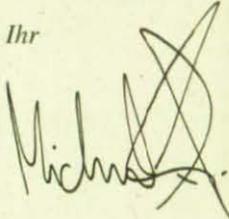
Mit dem Deutschen Wasserrettungspreis, der vom Bundesministerium für Gesundheit unterstützt wird, wollen die Initiatoren für die humanitäre Verpflichtung zur Hilfeleistung werben.

**Wer hilft,
gewinnt!**

Weltweit ist der Tod durch Ertrinken Todesursache Nummer zwei. Obwohl wir in Deutschland eines der besten Wasserrettungssysteme haben, ertrinken auch bei uns im Jahresdurchschnitt 400 Menschen. Gäbe es nicht so viele Helfer, die selbstlos – oft unter Einsatz ihres Lebens – andere aus Wassergefahr retten, die Zahl der Ertrinkungsunfälle wäre mindestens doppelt so hoch.

Allein die Lebensretter der DLRG bewahren jährlich über 400 Menschen vor dem nassen Tod. In den meisten Fällen erfährt die Öffentlichkeit davon nichts. Als Pate des NIVEA-Delphin meine ich, daß diese Leistungen in der Öffentlichkeit ein breites Echo haben müssen. Denn beispielhafte Leistungen sind Ansporn zur Nachahmung. Wenn Sie jemanden kennen, der Ihrer Meinung nach den NIVEA-Delphin-Preis verdient hat, schreiben Sie uns.

Ihr



Michael Groß

Klaus Lenk

Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung an Organisation und Management im Katastrophenschutz

Eröffnungsreferat zur 6. ARKAT-Fachtagung
„Katastrophenschutz und Gesellschaft – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

I. Einführung

Die Entwicklung der Menschheit erzeugt heute einen neuen Typus von Gefährdung. Die von quicken Denkern aufgebrachte Rede von der Risikogesellschaft ist ein Indiz für neue zivilisatorische Gefahrenpotentiale – mehr freilich nicht, solange uns Gesellschaftsanalysen fehlen, welche jene Ursachen beim Namen nennen, deren Folgen sich als „schleichende“ oder akut aufbrechende Katastrophen darstellen (Böhret 1990).

Wir sollten auch nicht vor schnell die Rede von der Risikogesellschaft übernehmen. Jene, die über sie sinnieren, geben keine Auskunft darüber, was klarer Verstand und tatkräftiges Handeln in ihrem Angesicht zu bewirken vermag. Sie verstellen uns auch oftmals den Blick auf die unbestreitbaren Vorzüge der neuen, technischen Gesellschaft gegenüber einer Welt, in der Knappheit und Not als Naturschicksal erfahren werden mußten. Mit der Technik haben wir uns Mittel geschaffen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten.

Gleichzeitig aber führt die technische Entwicklung zu Veränderungen der Weltgesellschaft, die wir erst in Umrissen erahnen. Wir müssen uns eine Vorstellung von ihnen machen, um die Heraus-

forderungen zu erkennen, vor denen der Katastrophenschutz steht. Diesen Zusammenhang möchte ich hier in einiger Ausführlichkeit entwickeln. Auf der niedersächsischen Katastrophenschutztagung in Bad Nenndorf im Juni 1991 konnte ich ihn nur andeuten. Auf seiner Grundlage will ich anschließend die Notwendigkeit eines Gesamtmodells für Organisation und Management des Katastrophenschutzes darlegen – nicht zur sofortigen Umsetzung, die gar nicht möglich wäre, sondern als Leitschnur, an der sich die Vorstellungen ausrichten können. Hingegen werde ich aus Zeitgründen nur andeutungsweise zu Einzelaussagen zu Fragen der Organisation und des Managements kommen, die unmittelbar für die beteiligten Organisationen von Belang sind. Insofern möchte ich auf meinen Vortrag in Bad Nenndorf verweisen, der in der Zeitschrift „Notfallvorsorge und zivile Verteidigung“ abgedruckt werden wird (Lenk 1992).

II. Entwicklungen der Weltgesellschaft

Zum Thema mache ich also, was sich in unserer Gesellschaft gegenwärtig ändert, hinter allen vordergründigen Erscheinungen, die mit dem Zusammenbruch der zweiten

Welt zu tun haben. Die wachsende Komplexität der einen Welt, die zunehmende Beziehungslosigkeit ihrer Sektoren untereinander bei gleichzeitiger kommunikationstechnischer und kultureller Vernetzung quer über den Erdball, erfahren wir schon täglich.

In den Mittelpunkt meiner Betrachtung stelle ich die durch die Technik ins Unermeßliche gesteigerte Reichweite menschlichen Handelns. Selbst wenn die Technik von denen, die sie gesellschaftlich legitim verwenden, beherrscht wird – primär ist die industrielle Verwendung von Großtechniken gemeint – dann bleibt die Gefahr des Mißbrauchs. Die auf hoher See abgefeuerten Terrorkrakete von 1000 km Reichweite können wir uns inzwischen vorstellen. Und mit der Gentechnik entwickelt sich eine Hinterhoftechnik, die unkontrollierbare Folgen haben kann; unsere Regelungsstrategien jedoch richten sich faktisch nur an die honorigen Großfirmen, und manche wollen gar das „B“ aus den ABC-Zügen streichen. Überhaupt ist das gegenwärtig zu beobachtende Aufatmen der Politiker mehr als verhänglich. Sollte man nicht, wenn es um Schutzraumbau, Selbstschutz oder ähnliches geht, weiter blicken als bis zur eigenen Nasenspitze? Europa liegt mitten in ei-

ner turbulenten Welt, deren Bevölkerung in beängstigendem Maße zunimmt.

Jeder will heute um die Welt fliegen, Auto fahren, duschen, Tiefgefrorenes kaufen, auch in Indien und Afrika; was der Westen vorlebt, prägt die Bedürfnisse. Weniger das rein zahlenmäßige Wachstum der Menschheit als vielmehr die von ihr beanspruchten Ressourcen und die technisch potenzierte Reichweite des Handelns vieler führen zu prekären Zuständen, die sich nicht nur zu schleichenden, sondern auch zu akuten gesellschaftlichen Katastrophen entwickeln können. Sturmfluten oder der in Deutschland aus Zuständigkeitsgründen so vielbeschworene Verteidigungsfall erscheinen jetzt als Unterfälle eines Zusammenhangs, der die Entwicklung der Weltgesellschaft prägen wird. Eine durchhaltbare Weltentwicklung erfordert nicht nur, daß unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Sie setzt auch voraus, daß die technisch gesteigerte Reichweite menschlichen Handelns nicht zum Schaden vieler oder aller mißbraucht wird.

„Zivilverteidigung“ erhält damit einen neuen, erweiterten Sinn. Aber vielleicht sollte man den neuen Inhalt auch mit einem neuen Wort bezeichnen und sich in diesem



Anläßlich der 6. ARKAT-Fachtagung am 26. Oktober 1991 in Braunschweig diskutierten Repräsentanten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Organisationen und Verbänden mit aktiven Führungskräften und Helfern das Thema „Katastrophenschutz und Gesellschaft – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“. Zu der ARKAT-Veranstaltung, in deren Verlauf innovative Ansätze für eine gesellschaftliche, rechtliche, organisatorische und technisch-wissenschaftliche Weiterentwicklung dieser für Staat und Gesellschaft bedeutenden Aufgabe vorgetragen wurden, konnte Braunschweigs Oberbürgermeister Werner Steffens im Beisein des Schirmherrn und niedersächsischen Innenministers Gerhard Glogowski namhafte Referenten im Bürgermeisterzimmer des Altstadtrathauses begrüßen (Foto, v. l.: Leitender Branddirektor Dipl.-Ing. Jürgen Jeschke, Innenminister Gerhard Glogowski, Präsident Dr. Paul Wilhelm Kolb (Schutzforum), Oberbürgermeister Werner Steffens, ARKAT-Bundesvorsitzender Klaus-Dieter Kühn, Ratsherr Rudi Steinbacher, Prof. Dr. med. Ernst Rebentisch).

In seinem Grußwort an die Teilnehmer der Fachtagung hob Innenminister Glogowski für die niedersächsische Landesregierung hervor, daß die Ergebnisse der Tagung auch Grundlage für die weitere Handlungsbasis im Zuge der sich gegenwärtig vollziehenden Diskussion um die Neugestaltung des Katastrophenschutzes sein können. Er begrüße es, wenn neue Anforderungen und Leitbilder für ein risikobewußtes Katastrophenmanagement thematisiert und so den künftigen Rahmen eines auf die Herausforderung der Zukunft ausgerichteten Schutzsystems für die Menschen und ihre Umwelt gestalten helfen würde. Kommunale Regieeinheiten und -einrichtungen seien für einen auch künftig auf dem Subsidiaritätsprinzip aufgebauten und reformierten Katastrophenschutz unverzichtbar, da sie auf kommunaler Ebene insbesondere in der Führung ganz entscheidend zum Gefahrenschutz beitragen.

Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Schutzforums e. V., Bonn, zugleich Mitveranstalter und wissenschaftlicher Lei-

ter der Fachtagung, sprach über die verfassungsrechtlichen Aspekte der Entwicklung eines Bund-Länder-gemeinsamen Systems der humanitären Gefahrenabwehr.

Prof. Dr. med. Ernst Rebentisch, Professor für Wehr- und Katastrophenmedizin an der Technischen Universität München, Generaloberstabsarzt a. D. und ehemaliger Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, referierte über die Problematik der medizinischen Versorgung im Katastrophenfall.

Die zunehmende Problematik der Helfergewinnung und -motivation für den Dienst im Katastrophenschutz analysierte aus der Sicht des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes, Wolfgang Pleßke, Referatsleiter für den Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz.

Im Zeichen der Gefahrenabwehr im Umfeld industrieller Anlagen standen dann die weiteren Beiträge. Heinrich Romberg, Leiter der Werkssicherheit und Werkfeuerwehr der Schering AG Berlin, Werk Bergkamen, referierte über Fragen der betrieblichen Katastrophenschutzorganisation aus der Sicht eines Chemieunternehmens. Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, Bundesvorsitzender der ARKAT, nahm zu den Möglichkeiten der Integration von Schutzpotentialen im Umfeld industrieller Anlagen Stellung. Dr. rer. nat. Wolfgang Kaiser, TÜV Ostdeutschland, Sicherheit und Umweltschutz, Fachreferat Störfallsicherheit und Katastrophenschutz, führte abschließend Möglichkeiten eines aus Mitteln des BMFT weiterentwickelten Systems zum rechnergestützten Katastrophenmanagement vor.

Das Eröffnungsreferat von Prof. Dr. Klaus Lenk, Leiter des Instituts für öffentliche Planung der Universität Oldenburg, befaßte sich mit den Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung an Organisation und Management im Katastrophenschutz und wird hier abgedruckt. Alle Referate der Fachtagung erscheinen demnächst in einem Referateband und sind über die Bundesgeschäftsstelle der ARKAT, Postfach 4737, 3300 Braunschweig, erhältlich.

Zusammenhang an eine auch in Deutschland seinerzeit (durch Franz von Liszt) rezipierte juristische Lehrmeinung erinnern, die den Zweck des Strafrechts in der *défense sociale* erblickte; das könnte mit „Gesellschaftsschutz“ übersetzt werden, womit wir uns in der Nähe der im übrigen recht glücklichen Wortprägung „Bevölkerungsschutz“ befinden. Im Zusammenhang eines weit verstandenen Gesellschaftsschutzes ist nicht nur der gesamte Bereich der Gefahrenabwehr zu überdenken. Auch ein neu konzipierter, den Bedrohungen angemessener Katastrophenschutz wird hier seinen überlebenswichtigen Platz finden.

Die Gesellschaft hat sich weltweit auf Entwicklungen eingelassen, deren Steuerung zum Wohle aller mehr als prekär ist. Dem Betrachter öffnet sich heute der Ausblick auf eine Weltgesellschaft, die einem immer schnelleren Wandel unterliegt. Ein Ziel ist dabei nicht auszumachen. Die technischen Realisationen der Menschheit bilden offenbar eine entscheidende Ursache für diesen Wandel.

Bei genauerem Hinsehen werden zwei Zusammenhänge deutlich, die einer der großen Denker aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, Paul Valéry (1871–1945), schon klar formulierte:

- die Präzision und Reichweite des menschlichen Handelns wächst;
- die Dichte des Zusammenlebens nimmt zu, und die Ausdehnung in noch nicht erschlossene Räume wird immer problematischer.

Auf diese Grundtendenzen des Wandels, in denen manche eine Mutation der Menschheit erblicken, lassen sich die großen Entwicklungslinien der Weltgesellschaft zurückführen. Zu ihnen gehört vor allem eine Globalisierung von Problemen, die in der Belastung des Ökosystems unseres Planeten ihren sinnfälligsten Ausdruck findet. Folge dieser Globalisierung von Problemen ist, daß die Menschheit es lernen muß,

sich in den erkennbaren Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten einzurichten. Gewiß mag es ihr gelingen, diese Grenzen hier und da noch ein wenig hinauszuschieben, um manche liebgewordenen Verhaltensweisen nicht aufgeben zu müssen.

Zu der Begrenzung des Handlungsraums in einer endlichen Welt tritt nun aber jene Entwicklung, die das Handeln selbst so ungleich wirksamer macht als alles, was bislang von Menschenhand geschaffen wurde. Durch Technik kann der Mensch seine Leistungsfähigkeit verändern. Technik verschafft ihm die Möglichkeit, seine Arbeitsmenge zu steigern, seinen „Stoffwechsel mit der Natur“, wie Karl Marx es nannte, ebenso zu erweitern wie das Spektrum seiner Tätigkeitsarten.

Individuen und Organisationen können Leistungsfähigkeit überdimensional steigern. Und es bilden sich immer mehr und immer mächtigere Großorganisationen: soziale Handlungssysteme, die sich aufgrund ihrer Organisationsstruktur anders verhalten als Individuen. Wie diese, nur mit ungleich wirkungsmächtigeren Mitteln, nehmen sie teil am ständigen Kampf um Geld, Macht und Ansehen, aus dem die zu einem bestimmten Zeitpunkt vorfindliche Verteilung von Rechten und Pflichten, Lebenschancen und Macht in der Gesellschaft resultiert.

Bis in den letzten Winkel zeigen sich heute schon die Folgen weltumspannender Aktivitäten. Und die Akteure sind nicht mehr nur Staaten. Die Verwaltung muß demnächst auf Initiativen reagieren, die von einigen wenigen unter den fünf, sechs oder demnächst zehn Milliarden Menschen ausgehen, irgendwo auf dem Erdball gestartet. Ein Blick auf den heute schon gegebenen Aktionsradius des organisierten Verbrechens mag genügen.

Die Außenpolitik des 19. Jh. organisierte ein Menuett. Heute müssen Außen- und Innenpolitik gemeinsam Struk-

tur bringen in das Geschehen in einer gigantischen Disco. Das läßt sich mit dem amerikanischen Spieltheoretiker Martin Shubik auch wissenschaftlich ausdrücken: Wachsende Komplexität der Gesellschaft erfordert mehr Koordination. Immer mehr Tänzer betreten eine Bühne, die nicht mitwächst, und die Bewegungen werden immer wilder.

Technik, einst und weithin immer noch evolutionäre Notwendigkeit zur Sicherung des menschlichen Überlebens in einer feindlichen Umwelt, scheint sich damit von den Absichten zu lösen, die ihrer Entwicklung – durch Menschen und in der Gesellschaft – zugrundeliegen. Sie schafft nicht mehr nur Mittel für vorgegebene Zwecke, sondern stellt ein Potential dar, über dessen Nutzung sich die Gesellschaft verständigen muß. Arnold Gehlen sprach hier von einer „Achsendrehung“ der Technik. Wir müssen ergänzen, daß das ungenutzte technische Potential heute schneller wächst als die Menge der gesellschaftlich genutzten technischen Möglichkeiten. Das gilt auch mit Rücksicht darauf, daß wir uns künstlich immer neue Probleme und Bedürfnisse schaffen, um diese dann mit immer neuen Technikanwendungen zu lösen bzw. zu befriedigen.

Wenn wir über die Rolle der Technik in der Gesellschaft sprechen, so müssen wir mithin unterscheiden zwischen ihrem Potential und dem, was daraus in der Gesellschaft verwirklicht wird. Die technischen Realisationen verändern die Organisationsstruktur der Gesellschaft, ihr Webmuster.

Aber wie? Unsere Gesellschaftstheorie läßt uns leider im Stich. Die Komplexität der Gesellschaft und das Anwachsen dieser Komplexität können wir nur in Metaphern ausdrücken, die uns die Naturwissenschaft liefert. Aus der Mechanik stammt das Bild des checks and balances der amerikanischen Verfassungsväter. Die Modellierung des Wirtschaftskreislaufs war dem Blutkreislauf abgesehen

und heute liefern die Fortschritte der Physik und die Hirnforschung die Metaphern für die Verständigung. Wieviel wir in den damit nahegelegten Bildern schon tatsächlich erfassen, wissen wir nicht. Immerhin haben wir mit der allgemeinen Systemtheorie ein Werkzeug, um Komplexität zu denken, und dies sollten wir nutzen, aller gegenwärtigen Planungsfeindlichkeit zum Trotz.

III. Ein neuer Schub öffentlicher Aufgaben

Was folgt nun aus den skizzierten Entwicklungen? Offensichtlich stehen unsere politisch-administrativen Systeme – national, supranational und subnational – weltweit vor einem neuen Aufwärtsschub. Was politisch auf welcher Ebene aufgegriffen wird, läßt sich gewiß nicht genau vorhersehen. Damit ist auch die Entwicklung unserer Institutionen – Polizei, Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungswesen usw. – nicht vorherbestimmt. Dennoch können wir uns ein prinzipielles Bild der neuen öffentlichen Aufgaben machen, die uns die technische Entwicklung unabweislich aufdrängt.

Obwohl uns der Wettlauf zwischen Technik und gesellschaftlicher Technikbeherrschung sicher noch Jahrzehnte – und weltweit – in Atem halten wird, werden auf die Verwaltung nicht nur neue Feuerwehraufgaben zukommen. Vor allem geht es um gesellschaftliche Beherrschung der technischen Entwicklung. Sie erfordert eine konstruktive, gestaltende Einwirkung des Gemeinwesens auf die Technikentwicklung selbst und eine Kontrolle des Technikpotentials.

Erstens steht die immense Aufgabe bevor, die Technik an die Gesellschaft (nutzenstiftend) anpassen. Verfahren der Technikbewertung – leider hat sich hierfür der unschöne und sachlich irreführende Ausdruck Technologiefolgenabschätzung einge-

bürgert – müssen sicherstellen, daß Technik nicht nur im Interesse weniger entwickelt wird, sondern sozialverträglich gestaltet wird. Die Aufgabe des technology assessment (assessment bedeutet Bewertung; Folgenabschätzung ist bestenfalls die Voraussetzung für eine solche) dürfen wir uns nicht leicht machen. Die Technikbewertung darf nicht nur im nachhinein reagieren. Sie muß gestaltend, konstruktiv ansetzen.

Das kann auch bedeuten, daß manches Machbare nicht gemacht wird. Als technisches Potential steht es dennoch gesellschaftlich zur Verfügung; denken wir an biologische Waffen. Zweitens müssen wir also den Mißbrauch des technischen Potentials verhindern – eine Aufgabe, die rasch an Brisanz zunehmen wird.

Der Teil der Technik, der in gesellschaftlich legitimer Weise verwendet wird, muß drittens sicher und störungsunempfindlich gemacht werden. Das haben wir bislang nur dort einigermaßen befriedigend erreicht, wo von einem hohen Sicherheitsstandard die Legitimation zum Weitermachen abhängt, also etwa in der Chemie und bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie.

Aber weder Störfälle noch Technikmißbrauch werden sich ganz verhindern lassen. Und deswegen müssen wir uns viertens auf die Bekämpfung von Katastrophen unbekanntem Zuschnitts einrichten. Ich möchte den dabei im Vordergrund stehenden Gefahrentypus als Gesellschaftsstörung bezeichnen und ihn wie folgt verorten:

Folgen gesellschaftlich legitimer Techniknutzung

- Störfälle
- (Groß-)Unfälle

Folgen des Technikmißbrauchs (= des gesellschaftlich geächteten Technikgebrauchs)

- Angriff/Krieg
- Gesellschaftsstörung

Die Katastrophenträchtigkeit dieses Gefahrentypus „Gesellschaftsstörung“ können wir uns am einfachsten als ein Lahmlegen gesellschaftli-

cher Versorgungs-Infrastrukturen vorstellen. Wir wissen zum einen, daß diese Infrastrukturen immer verwundbarer werden und haben dennoch bislang kaum Wege entwickelt, sie zu entkoppeln, zu verhindern, daß einige fallende Dominosteine nicht viele andere mit sich reißen. Zum anderen aber – und dies ist vielleicht der wichtigere Aspekt – werden die Störssysteme mächtiger.

IV. Die Bedeutung der Informationstechnik

Um beides zureichend einzuschätzen, müssen wir nun einen Blick auf eine besondere Technik werfen, die Technik des Umgehens mit Information. In mancher Hinsicht unterscheidet sie sich von Techniken des Umgehens mit Materie und Energie grundlegend (Siemens 1989). Die Einbeziehung ihrer Besonderheiten in ein Schutzkonzept (Schindler 1991) steht meines Wissens noch aus.

Wir haben in den vergangenen Jahrhunderten erfahren, welche enormen Verstärkungen und Ausweitungen der physischen Leistung von Menschen dadurch zustande gekommen sind, daß Menschen sich technischer Systeme bedienen. Ein eindrucksvolles Beispiel liefern die Produktivitätszuwächse des Bergbaus, zusammen mit der Erleichterung der Arbeit.

Und dennoch gab es dabei bis vor kurzem eine entscheidende Beschränkung. Der Nutzung von Technik bei der Umformung von Materie und Energie muß eine vorbereitende informationelle Behandlung vorausgehen; sie muß geplant werden. Das organisierende Umgehen mit den informationellen Modellen der physischen Welt konnte allein in der Informationsleistung des Menschen und in der Kommunikation der Menschen untereinander bestehen. Dies bedeutete, daß die Modellierungsfähigkeit des einzelnen die natürliche Ober-

grenze von Planungsleistungen darstellte.

Auch da, wo sich Gruppen von Menschen in Organisationen ausschließlich zu dem Zweck zusammensetzten, gemeinsam Information zu verarbeiten (Beispiele wären etwa ein Planungsbüro, das Auswärtige Amt, ein Geheimdienst), konnte man doch von einer noch vorstellbaren Obergrenze an Organisationsleistungen in der Gesellschaft ausgehen.

Dies galt auch bis weit ins 20. Jh. für das Organisieren der durch die erste technische Revolution ins Gigantische angewachsenen physischen Arbeitsergebnisse. Organisieren mußte der Mensch selbst, allein oder zusammen mit anderen. Und wahrscheinlich sind die heutigen Ökologieprobleme der Menschheit ein deutliches Symptom dafür, daß in jener Zeit bereits unsere Kapazität der Organisations- und Informationsleistungen für diese Größenordnung physischer Arbeitsergebnisse überfordert war.

Inzwischen gibt es aber mit der Informationstechnik eine Technik, die im Kern genau dies kann: Organisationsleistungen erbringen, Abläufe planen. Das wird uns noch bei der Frage unserer Reaktionsmöglichkeiten auf die neuen Gefährdungen zu beschäftigen haben. Hier ist aber zunächst von Bedeutung, daß es uns auch komplexere, unberechenbarere Störssysteme beschert. Gesellschaftsstörungen können bald mit einem kaum vorstellbaren Aufwand geplant und organisiert werden, sogar durch einzelne Personen als Störer.

Weiterhin werden aber die informationstechnischen Möglichkeiten auch deshalb zum Problem, weil die informationstechnischen Elemente der gestörten Systeme hilflos jedem ausgeliefert sind, der sich Zugang zu ihnen verschaffen kann. Obwohl die Sorge um die Sicherheit der Informationstechnik in den letzten Jahren auch im nichtmilitärischen Bereich stark zugenommen und auch zu institutionellen Vorkehrungen geführt hat,

schaffen wir immer noch arglos, aus Rationalisierungs- und Bequemlichkeitsgründen, ein Maß an Interdependenz, an technischer Vernetzung, das wir noch gar nicht überblicken, geschweige denn gesellschaftlich beherrschen.

V. Gefragt: Vordenker und Theorie

Ich behaupte nun, daß wir nur dann ein tragfähiges Leitbild künftiger Katastrophen erhalten, wenn wir Gesellschaftsstörung im hier zugrundegelegten Sinne in den Mittelpunkt stellen, auch wenn wir erst wenige Fälle kennen, wo sie zu Katastrophen in unserem herrschenden Verständnis führte.

Das hat nun einerseits gravierende Folgen für eine systemtheoretische Betrachtung des Katastrophenschutzes, die wir brauchen, um ihn zeitgemäß weiterzuentwickeln. Der Staat heutiger Prägung entwickelte sich als Antwort auf die Herausforderung des Schutzes gegen äußere Feinde und der Gefahr des Aufruhrs, des Bürgerkriegs. Die umfangreichen Dienst- und Transferleistungen des Wohlfahrtsstaats heutiger europäischer Prägung täuschen nur allzu leicht darüber hinweg, daß der Kernbestand seiner Aufgaben nach wie vor die innere und äußere Sicherheit betrifft, in Deutschland säuberlich auf Länder und Bund verteilt.

Neben Militär und Polizei, äußerer und innerer Gefahrenabwehr brauchen wir nunmehr etwas Drittes: den Gesellschafts- und Bevölkerungsschutz, der schon, weil er nur noch weltweit zu denken ist, die überkommenen Strukturen des Öffentlichen überlagern muß. Seine Herausbildung könnte ähnlich erfolgen wie die der Umweltpolitik vor 20 Jahren: schon existierende Institutionen und Organisationen werden in ein neues Licht gerückt, ihr Beitrag zur Bewältigung neuer Probleme wird neu bewertet,

und das sie Trennende hintergestellt gegenüber ihrer gemeinsamen Mission.

Die technische Realisation stellt die Menschheit mitten in einen immensen Lernprozeß, den sie durchlaufen muß, um ihre eigenen Hervorbringungen zu meistern. Daher sind die Steuerungszentren gefragt, die für all das sich herausgebildet haben, das die Gesellschaft aus eigener Kraft nicht vermag. Dies sind immer noch primär die nationalstaatlichen Regierungen und Verwaltungen. Dennoch sollten wir es uns von vornherein angelegen sein lassen, die Internationalisierung der öffentlichen Verwaltungen einzubeziehen, die sich vordergründig in neuen Koordinationsproblemen zwischen immer zahlreicheren Ebenen öffentlichen Handelns ausdrückt: UN-System, EG, Bund, Land, Kommune.

Ich setze auf eine Vordenkerrolle der Verwaltung, die in Europa Tradition hat, aber leider weithin zum Erliegen gekommen ist. Es wäre spannend, einmal zu untersuchen, wie sehr sich in den letzten 20 oder 30 Jahren die politisch-administrativen Systeme in den entwickelten Ländern in selbstgemachten Problemen verstrickt haben, ihre Innovations- und Leistungsfähigkeit damit gesunken ist, trotz aller informationstechnischen und wissenschaftlichen Fortschritte. Zudem hat weltweit die öffentliche Verwaltung in den achtziger Jahren nicht nur ihre Wohlfahrtsleistungen, sondern auch ihre Vordenkerkapazitäten systematisch abgebaut; politische Planung geriet in Verruf, nachdem man in den siebziger Jahren merkte, daß man sich zuviel vorgenommen hatte. Zaghafte re-importiert man heute einiges aus Großunternehmen, unter dem Etikett der strategischen Planung.

Was erfordert diese Vordenkerrolle? Die Vorbereitung auf jede denkbare Eventualität ist nicht möglich. Damit finden wir uns verwiesen auf das, was wir haben: Wissen, Urteilskraft und nicht zuletzt auf die neuen informations-

technischen Mittel. Das alles müssen wir so zusammenfügen, daß sein Zusammenspiel günstige Wirkungen hat. Mit anderen Worten, und in der Terminologie der sechziger und siebziger Jahre, es geht um eine Art Denkfabrik, die systematisch alternative Handlungsvorschläge produziert. Gelegentliche externe Gutachten zum Katastrophenmanagement ersetzen das nicht; gewiß werden sie hin und wieder gebraucht, um einer als richtig erkannten Position Gehör zu verschaffen, aber das ist nur ein weiteres Symptom der Selbstverstrickungen unseres politisch-administrativen Systems.

VI. Die Zukunft des Katastrophenschutzes

Nachdem ich begann, mich mit dem Zivil- und Katastrophenschutz zu beschäftigen, glaubte ich zunächst, daß mit der Durchführung der noch fehlenden verwaltungswissenschaftlichen Forschungen zur Praxis der Katastrophenbekämpfung und zu den sonstigen Aufgaben des Katastrophenschutzes das Nötige getan sei. Die Schwerpunkte solcher Forschung habe ich in Bad Nenndorf beschrieben. Ich halte sie auch jetzt nicht für überflüssig. Inzwischen habe ich aber eingesehen, daß die uns ja auch aus anderen Bereichen wohlbekannte föderalistische Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern doch gravierendere Probleme überdeckt als beispielsweise beim Fernstraßenbau. Daher halte ich das Durchdenken der Gesamtzusammenhänge: Schutzobjekte, Störssysteme, Präventions- und Reaktionsmöglichkeiten, unter systemtheoretischen Gesichtspunkten für vordringlich.

Nochmals: Die Strukturen des Öffentlichen, Staat und Verwaltung, stehen heute vor neuartigen Aufgaben. Wenn ihre Daseinsberechtigung darin liegt, die Gesellschaft zu organisieren, um den Krieg aller gegen alle zu verhindern

und den Menschen vor seinen Mitmenschen zu schützen, so müssen unsere technischen Hervorbringungen und die von ihnen ausgehenden Gefährdungen einen tiefgreifenden Aufgabenwandel auslösen.

Beziehen wir dies nun auf den Katastrophenschutz. Der föderale Dauerstreit um Zuständigkeiten hat auch sein Gutes, weil er geistige Energien in ganz anderer Weise mobilisiert als dies in einem zentral organisierten Zivil- und Katastrophenschutz der Fall wäre. Aber werden diese nicht zu sehr in juristische Denkgewohnheiten eingeschürt oder gar in die falsche Richtung gelenkt? Unsere Kompetenzüberlegungen sind von den Zwecken der Begrenzung der Staatsmacht diktiert; das hat sein Gutes, und allzu enge Grenzen suchen wir aus Praktikabilitätsgründen bekanntlich zu unterlaufen. Sollten sich die Kompetenzen für die neuen technikinduzierten öffentlichen Aufgaben der Gefahrenabwehr und -prävention künftig nicht eher nach dem Interventionspotential und nach der räumlichen wie fachlichen Nähe zu den Gefahrenlagen richten? Der Sorge um unkontrollierten Machtzuwachs des Staats muß heute eine andere entgegengestellt werden. Wie kann der Staat gegenüber dem Anwachsen von Machtpotentialen in der Gesellschaft – sicher nur bei einigen – noch mithalten? Der „bescheidene Staat“ ist nicht nur eine Erfindung der Ökonomen, er ist Realität geworden in einer Zeit, in der die Reise um die Welt nicht mehr achtzig Tage dauert, in der Nachrichten und Geldtransfers die Erde in Sekundenschnelle umkreisen und in der keine Gesellschaft sich mehr im eigenen Staat von der Welt abschotten kann.

Ich deutete eingangs an, daß ich an die Durchsetzbarkeit kühner Entwürfe nicht glaube. Aber sie sind dennoch wichtig, denn sie können überzeugungsbildend wirken. Ein Beispiel für einen solchen Entwurf, bezogen auf ein wichtiges Teilproblem: die

Einführung eines Gemeinschaftsdienstes, der wahlweise Militärdienst, Pflegedienst, Entwicklungshilfedienst oder Katastrophen- und Umweltschutzdienst ist und auch für Frauen und für die sogenannten Ausländer offensteht, die in unserem Land großgeworden sind. Unser politisches System reagiert geradezu wie eine Regenhaut auf derartige Vorschläge (Dombrowski und Glass 1991). Aber wir wissen aus der Verwaltungsforschung, daß auch Reformvorschläge, die abgewiesen werden, Langzeitwirkungen im Bewußtsein entfalten können. Ohne damit die Bedeutung der gegenwärtigen Überlegungen in den Innenministerien von Bund und Ländern schmälern zu wollen, halte ich derartige Grundsatzüberlegungen gegenwärtig für das Vordringlichste. Sie können auf vielem aufbauen, was im Feld der Zivilverteidigung, aber auch in der Sicherheitswissenschaft und wahrscheinlich auch im militärischen Bereich bereits angedacht ist.

Diese Grundsatzüberlegungen zu einer Leitidee zusammenzufügen halte ich für die wichtigste Leistung, die wir jetzt erbringen müssen. Eine solche Leitidee wird dann auch eine derartige Überzeugungskraft haben, daß viele Sinn- und Motivationsprobleme unter den Helfern, den Profis und den Managern des Katastrophenschutzes sich verflüchtigen werden. Insofern hoffe ich, mit meinen Grundsatzüberlegungen auch für das Tagesgeschäft etwas zu bewirken.

Literaturnachweise

Carl Böhret, Folgen. Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen, Opladen 1990.

Wolf. R. Dombrowski und Winfried Glass, Schutz und Hilfe in einem veränderten Europa – oder: Warum die Konzeptionen der Gefahren-

abwehr der Änderung bedürfen, in: Notfallvorsorge und zivile Verteidigung 1991, H. 2, S. 11-18, 19-22.

Klaus Lenk, Organisationsprobleme des Katastrophenschutzes, erscheint in: Notfallvorsorge und zivile Verteidigung 1992, H. 1.

Manfred Schindler, Destruktive Wirkungen - Grundlagen eines Schutzkonzepts, in: Notfallvorsorge und zivile Verteidigung 1991, H. 2, S. 19-22.

Siemens AG (Hrsg.), Informationstechnik - Versuch einer Systemdarstellung, München 1989.

ARKAT Niedersachsen hilft in Rumänien

Die ARKAT fühlt sich wie die Hilfsorganisationen zur humanitären Hilfeleistung verpflichtet, wenn Naturkatastrophen oder politische Ereignisse zu menschlichem Leid, Verelendung und Armut in der betroffenen Bevölkerung führen.

So konnten etwa 5 Wochen nach der am 15. Dezember 1989 begonnenen rumänischen Revolution Verelendung der Bevölkerung, Mangelernährung, Brennstoffmangel, fehlende Winterbekleidung und teilweise unzureichende Unterbringung bei der Begleitung einer 1. Hilfssendung festgestellt werden.

Diese ersten unvergeßlichen Eindrücke und die im Februar 1990 gemachten Erfahrungen waren für die ARKAT Niedersachsen Anlaß, weitere Hilfstransporte zu organisieren.

Als Zielort wurde die Ortschaft Tatarasti im Bezirk Deva bestimmt, ein Dorf mit ca. 250 Einwohnern, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig waren. Der Pfarrer des Ortes, der für fünf weitere Gemeinden zuständig ist, wurde Ansprechpartner und Vertrauensperson für die Verteilung der Hilfsgüter.

Die Schwerpunkte der Hilfeleistung wurden in einem Stufenplan festgelegt:

- persönliche Hilfe (Nahrungsmittel, Kleidung)
- Hilfe zur Selbsthilfe (Saatgut, Hilfsmittel)
- medizinische Versorgung.

100 Tonnen Hilfsgüter

Im Laufe des Jahres 1990 wurden insgesamt 9 Hilfstransporte mit rd. 100 Tonnen Hilfsgütern, überwiegend aus Lebensmitteln und Bekleidung bestehend, durchgeführt. Zeitungsaufrufe führten zu Kleiderspenden, Lebensmittelpaketen für je eine Familie und Geldspenden. Besondere Unterstützung leistete die Nahrungsmittelindustrie sowie die Standortverwaltung der Bundeswehr in Hannover, so daß insgesamt ca. 20 Tonnen Lebensmittel zur Unterstützung der rumänischen Bevölkerung für Altenheime und Waisenhäuser zur Verfügung gestellt werden konnten.

Weitere Transporte dienten der Bereitstellung von Saatgut, landwirtschaftlichen Geräten (Traktor, Pflug, Egge, Motorsäge usw.) und lebenden Zuchtkaninchen zur schnellen Fleischerzeugung.

Da die medizinische Versorgung der Ortschaft Tatarasti und weiterer 7 Dörfer nicht gewährleistet war - eine Ärztin war vorhanden - jedoch kein eingerichteter Behandlungsraum, wurde ein Arztposten für diese Region eingerichtet. Neben der Einrichtung für das Behandlungszimmer waren ein Kühlschrank für verderbliche Medikamente, eine Küche, 4 Krankenhausbetten und ein Fahrzeug zur Durchführung von Krankenbesuchen notwendig. Bis dahin zu Fuß oder mit Pferde-

karren durchgeführte Krankenbesuche konnten so wesentlich effizienter gestaltet werden.

Die medizinische Betreuung vor Ort konnte durch die Unterstützung des zuständigen Kreiskrankenhauses in Ilia erheblich verbessert werden. Hygienische Mängel wurden dank der Lieferung von 35 Krankenhausbetten, entsprechenden Nachtschränken, Bettwäsche, Einrichtungsgegenständen für die Behandlungszimmer, einer Zahnbehandlungseinheit und dem Jahresbedarf an Einmalspritzen und Kanülen behoben.

Ein Besuch im Oktober 1990 bestätigte, daß das erarbeitete Konzept erfolgreich war. Im Dorf hatte es eine gute Ernte gegeben. Damit war die Ernährung über den Winter sichergestellt. Die landwirtschaftlichen Geräte waren gepflegt und funktionierten. Die medizinische Versorgung hatte sich erheblich verbessert. Insgesamt waren die Lebensumstände erleichtert worden.

26 Schulkinder in Hannover

Im Laufe des Jahres 1991 wurden keine weiteren Hilfssendungen in die erwähnten Gebiete verbracht. Vielmehr kam es zu einer Schulpartnerschaft zwischen einer Grundschule in Timisoara und in Hannover, für die im September 1991 ein 4wöchiger Schülerbesuch von 26 Kindern und 3 Lehrern in Hannover über die ARKAT Niedersachsen organisiert werden konnte.

All die beschriebenen Bemühungen waren nur durchführbar durch die Zusammenarbeit verschiedener Fachdienste des Katastrophenschutzes. Transportprobleme konnten unter Zuhilfenahme der Möglichkeiten des Amtes für Zivilschutz des Landkreises Hannover gemeistert werden.

Organisationsübergreifende Zusammenarbeit

Fahrzeuge und/oder Fahrer stellten das Katastrophenschutzzentrum des Landkreises Hannover in Lehrte, die THW-Ortsverbände Langenhagen und Lehrte, das Deutsche Rote Kreuz, Ortsverband Neustadt, die Freiwillige Feuerwehr Hannover, Ortsteil Misburg, und einige private Firmen. Ein besonderer Dank gilt dem Bayerischen Jugendrotkreuz, Ortsverband Regensburg, welches auf der Hin- und Rückfahrt der Schüler Übernachtungen organisierte.

Die organisationsübergreifende Zusammenarbeit der genannten Hilfsdienste hat vielen Menschen in der beschriebenen Region wieder Hoffnung und Mut gegeben. Das Beispiel zeigt, daß ein Abbau von Ressourcen im erweiterten Katastrophenschutz auch die Möglichkeiten der humanitären Hilfeleistungen im Ausland schwächen und das geschaffene Vertrauenskapital in bedrohten Weltregionen empfindlich gefährden würde.

Dr. Rainer Vogel, Hannover

Gründungsversammlung der ARKAT Rheinland-Pfalz

Die Gründungsversammlung für einen ARKAT-Landesverband Rheinland-Pfalz findet am Samstag, dem 7. März 1992, im Rathaus zu Mainz (Erfurter Zimmer), Am Rathaus (Rheinstraße), 9.30 Uhr, statt.

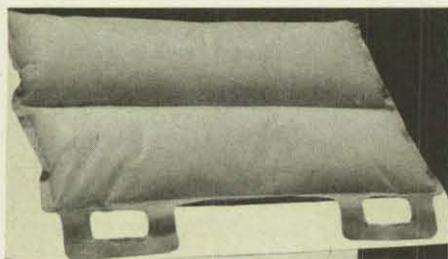
Zu dieser Veranstaltung lädt der Gründungsausschuß die Vertreter der kommunalen Regieeinheiten und -einrichtungen aus Rheinland-Pfalz herzlich ein.

Anmeldungen werden von der ARKAT-Bundesgeschäftsstelle Telefon: 05 31 / 37 39 01, Postfach 4737, 3300 Braunschweig, entgegengenommen.

Löschwasserschäden vermindern

Ein absorbierendes Wasser-schutzkissen ist ein Fortschritt zur Minderung von Löschwasserschäden. Es schützt vor drohender Wassereinwirkung und absorbiert bereits eingedrungenes Wasser. Ein einziges 400 Gramm leichtes Kissen nimmt in kürzester Zeit bis zu 20 Liter Wasser auf.

Bei 90 % aller Brandfälle handelt es sich um kleinere oder mittlere Ereignisse. Genau hier entfaltet das Kissen seine volle Schutzwirkung für Gebäude und Umwelt, indem es Löschwasserschäden drastisch verringert. Es verhindert beispielsweise das Eindringen von Löschwasser in sensible Bereiche wie Aufzugs- und Elektroschächte, Hochspannungsräume oder auch in das öffentliche Kanalnetz und absorbiert darüber hinaus jene Restwassermengen, die durch Pumpen nicht aufgenommen werden können.



Bei Katastrophen, in denen aufgrund hoher Fließgeschwindigkeiten Sandsäcke unverzichtbar sind, dient das Kissen als ergänzendes Hilfsmittel zur Unterstützung der Einsatzkräfte.

Dank reißfester Hüllen können die vollgesogenen Kissen nach dem Einsatz problemlos eingesammelt und abtransportiert werden. Das absorbierte Wasser kann analysiert und je nach Kontamination fachgerecht entsorgt werden.

(Foto: Optronik GmbH)

Robust in jeder Situation

„Die Form folgt der Funktion“ – diesem Leitgedanken folgten Desi-



gnier und Konstrukteure bei der Entwicklung einer neuen Rundumkennleuchte. Mit dem Design der Lichthaube, den verwendeten Materialien und dem flexiblen Gummigehäusefuß erfüllt die Neuentwicklung auch bei Einsätzen mit extremen Beanspruchungen ihre Warn- und damit Schutzfunktion.

Denn beim Einsatz ist es manchmal unvermeidlich, daß tiefhängende Äste gegen die Rundumkennleuchte schlagen. Durch die sich nach oben verjüngende, parabelähnliche Lichthauben-Geometrie werden die Äste besser abgeleitet, als wenn sie auf eine ebene Fläche treffen würden. Der schlagfeste und wärmebeständige Kunststoff, aus dem die Lichthaube gefertigt wird, trägt ebenfalls zu ihrer Widerstandsfähigkeit bei.

Der Gehäusesockel besteht aus einem starren Kunststoffeilement und einem flexiblen Gummiformteil. Letzteres macht die Kennleuchte beweglich, auftretende Vibrationen werden absorbiert. Das Kunststoffeilement sorgt dafür, daß sich beim Knicken der Leuchte die Antriebs- und Reflektoreinheit mitbewegt und in Betrieb bleibt. Die durchdachte Form und die ausgewogenen Stellkräfte des Gehäusesockels bewirken nach einer Knickbewegung die schnelle Rückstellung. Das Klemmstück für die Rohrstutzenbefestigung besteht aus Kunststoff und ist in das Gummiformteil einvulkanisiert. Ein Ausreißen ist nicht möglich. Innen im Klemmstück ist der Anschlußstecker fixiert.

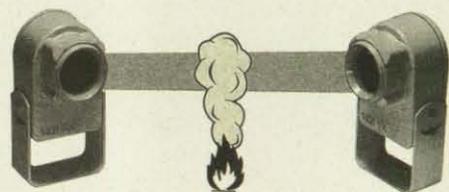
(Foto: Hella)

Brandalarm per Elektronik

Ein neuer optischer Brandmelder fußt auf der Rauch-Wärme-Detektion. Das System enthält einen Sender, der einen modulierten Infrarot-Lichtstrahl an einen entsprechenden Empfänger aussendet. Das empfangene Infrarot-Signal wird analysiert und bei Dämpfung durch Rauch über eine bestimmte Zeit erfolgt Brand-Alarm. Der Rauchmelder wird 30 bis 60 cm unterhalb der Decke installiert und besitzt eine maximale Reichweite von 100 m. Der seitliche Detektionsbereich beträgt über 6 m beiderseits der Strahl-Mittelachse.

Gelangt der Rauch in den Strahlengang, so wird das Signal im Empfänger je nach Rauchdichte gedämpft. Liegt eine Dämpfung um 40 bis 90 % kontinuierlich länger als 5 Sekunden an, löst der Rauchmelder Alarm aus. Die Ansprechschwelle kann geändert werden. Der Melder besitzt einen Alarmausgang in Form eines potentialfreien, selbsthaltenden Relais-Umschaltekontaktes.

Langsame Änderungen der Betriebsumstände (z. B. Alterung der Bauelemente, Verschmutzung der Optik etc.) führen nicht zu Falschauslösungen, sondern werden durch die automatische Verstärkungsregelung ausgeglichen. Der momentane Zustand des Systems wird mit einem voreingestellten Referenzwert verglichen und bei Abweichungen von mehr als 10 % stufenweise nachgeregelt.



Fällt der Sender aus bzw. wird der IR-Strahl länger als 1 Sekunde unterbrochen, schaltet das Störmeldereleais. Die Unterbrechungs-Ansprechschwelle ist verlängerbar. Ein Brandalarm ist in diesem Zustand nicht möglich. Wird die Störungsursache beseitigt, so setzt sich der Rauchmelder automatisch nach 5 Sekunden in den meldebereiten Zustand zurück.

(Foto: Rosin)

Koffer zur sicheren Aufbewahrung

Als Ergänzung seines Gasmeßgeräteprogramms bietet ein Hersteller den Combimeß-Koffer für die schnelle Erkennung, Messung und Warnung vor Explosionsgefahren von Gasen und Dämpfen sowie Sauerstoffmangel an. Den Benutzern aus Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Behörden, Industrie und Umweltschutz stellen sich die Aufgaben des schnellen Erkennens und Alarmierens vor Explosionsgefahren, vor Sauerstoffmangel und ggf. der Messung gefährlicher Stoffe. Die neue



Combimeß-Koffer-Einheit ist mit modernen Geräten und Zubehör bestückt, durch die sinnvolle Schaumstoff-Einteilung ist ein schneller Zugriff gewährleistet. Genügend Raum zur Lagerung handelsüblicher Meßsysteme zur Erkennung schädlicher Stoffe (z. B. Prüfröhrchen-Meßgerät und max. 20 x 10 Röhrchen) ist vorhanden. Die Kofferabmessungen entsprechen der DIN-Norm zur Unterbringung in Feuerwehr-Fahrzeugen. (Foto: Interspiro)

Neues Prüfröhrchen

Im Rahmen des umfangreichen Prüfröhrchen-Programms wurde jetzt das Prüfröhrchen Benzinkohlenwasserstoffe 10/a (Meßbereich 10 bis 300 ppm) vorgestellt. Damit ist nun auch die Messung von niedrigen Konzentrationen dieser Gase möglich.

Bei Vorhandensein von Benzinkohlenwasserstoffen verfärbt sich das Röhrchen nach zwei Hüben mit der Gasspürpumpe von weiß nach braun-grün. In Verbindung mit einer speziellen Sonde und dem Luft-Extraktionsverfahren kann der Nachweis von Benzinkohlenwasserstoffen auch in der Bodenluft und im Wasser erfolgen. (Dräger)

Neue Generation von Einweg-Bekleidung

Eine neue Art von Einweg-Schutzbekleidung bringt ein Hersteller aus Kelkheim/Taunus seit einiger Zeit auf den Markt. Der aus Polyethylen-Folie bestehende „Roll-Dress“ ist leicht und dünn, trotzdem aber außergewöhnlich reißfest und chemikalienbeständig. In Verbindung mit einer sorgfältigen Verarbeitung, speziell im Nahtbereich, ist damit ein optimaler Schutz gegen Staub, Schmutz und Nässe gewährleistet.

Der „Roll-Dress“ wird von einer vorperforierten Rolle abgerissen und wie eine Hose über normaler Tages- oder Arbeitskleidung angezogen. Die notwendigen Hosenträger sind



in der jeweiligen Schutzhose integriert. Der Anwender des Schutanzuges hat die Möglichkeit, mit wenigen Handgriffen aus einem weiteren „Roll-Dress“ eine Jacke als zusätzlichen Schutz zu fertigen. Auch hat er die Wahl, ob er die Schuhe und die Hände geschützt im Anzug lassen will oder nicht.

Die Lagerung erfolgt auf einer kompakten Rolle mit einer Breite von ca. 50 cm und einem Gewicht von ca. 3,5 Kilogramm. Jede Rolle enthält 50 Schutzhosen in einer Universalgröße und ist in leicht stapelbaren Kartons einzeln verpackt. Die Hostalen-Folie zeichnet sich durch ihr grundwasserneutrales Verhalten aus. Deshalb entstehen bei der Deponielagerung oder Verbrennung keine Gefahren für die Umwelt. (Foto: EWS GmbH)

Ausbildung per Video

Eine Chance für das Leben

Film- und Video-Produktion Martin Zorn, 5000 Köln 80

Der plötzliche Kindstod ist die häufigste Todesursache bei Säuglingen im 1. Lebensjahr, beim Kleinkind ab dem 2. Lebensjahr sind Ertrinkungs- und Stromunfälle häufig die Ursachen für lebensbedrohliche Störungen der Vitalfunktionen. Wie die Eltern helfen können, wenn ihr Baby oder Kleinkind nicht mehr atmet oder das Herz stillsteht, um bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes überlebenswichtige Zeit zu gewinnen, darüber informiert der vorliegende Videofilm.

Unter der fachlichen Betreuung des international bekannten Notfallmediziners Prof. Peter Lemberg, Leiter der Kinderintensivmedizin an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, und in Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-Samariter-Bund ist dieser erste in Europa zu diesem Thema produzierte Film auf den Markt gekommen.

Der Film, Spieldauer 25 Minuten, richtet sich an alle Eltern von Säuglingen und Kleinkindern. Besonders für Eltern, die keine Zeit haben, einen entsprechenden Kurs zu besuchen, bietet der Film eine ideale Möglichkeit, sich über die Techniken der Wiederbelebung zu informieren.

Die Stuttgarter Feuerwehr

Von Dieter Jarausch und
Joachim Haase,
Otto-Bauer-Verlag, 7000 Stuttgart 75



Anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Berufsfeuerwehr der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart im Jahre 1991, wurde diese beeindruckende Feuerwehrchronik herausgegeben. Jahrelange systematische Archivierung des Stuttgarter feuerwehrhistorischen Materials ermöglichte diesen umfangreichen Einblick in die letzten 500 Jahre Brandschutzgeschichte in Stuttgart.

Die Anfänge eines geregelten Brandschutzes gehen bis in das Jahr 1492 zurück. Damals versuchte man durch Erlaß der Stuttgarter Feuerordnung, der Feuernot mit Vorschriften über Bauweise und Nutzung von Gebäuden sowie über die Hilfeleistungspflicht der männlichen Einwohner zu begegnen. Von diesem Zeitpunkt an berichtet die Chronik über ständige Verbesserungen im Feuerlöschwesen. Sie beschreibt die durch Politik, Wirtschaft und auch Kriege mitbestimmte Geschichte der Feuerwehr und ist zugleich ein Spiegelbild des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts.

So entstand auf 192 Seiten mit 287 teilweise historischen Abbildungen ein wichtiges Stück Stuttgarter Stadtgeschichte.

Die Rettungs- sanitäterprüfung

Von R. Rossi, B. Gorgaß und
F.-W. Ahnefeld, Springer-Verlag,
1000 Berlin 33

Grundlage der Erstversorgung von Notfallpatienten ist der organisierte Rettungsdienst. Die Bereithaltung entsprechend geeigneter Fahrzeuge und die qualifizierte Ausbildung ihrer Besatzung gewährleistet die bestmögliche außerklinische Ersttherapie in akuten Notfallsituationen. Die Ausbildung zum Rettungssanitäter schließt mit einer umfassenden theoretischen, mündlichen und praktischen Prüfung vor einer ärztlich-sanitätsdienstlich besetzten Kommission ab.

Das Buch bietet dem Benutzer die notwendigen Voraussetzungen für eine ausreichende und fundierte Prüfungsvorbereitung. Es hat sich inzwischen bewährt, so daß eine überarbeitete Neuauflage nötig wurde. Hier findet der Lehrende und Lernende ergänzend Möglichkeiten zur Überprüfung des medizinischen und einsatztechnischen Wissens, das vom Rettungssanitäter zu fordern ist.

Arbeitsbuch Notfallmedizin

Herausgegeben von W. Dick,
P. Lemburg und H.-P. Schuster,
perimed Fachbuch-Verlags-
gesellschaft mbH, 8520 Erlangen

Gerade die Notfallmedizin fordert ein umfangreiches Spezial- und Basiswissen, das immer wieder erneuert werden muß. Niemand kann die gesamte Fachbuch- und Zeitschriftenliteratur der Notfallmedizin vollständig übersehen. Deshalb liegt hier ein Arbeitsbuch vor, welches als Lose-Blatt-Sammlung Themen zusammenfaßt, die für die notfallmedizinische Arbeit von Belang sind. Auf diese Weise lassen sich leicht Ergänzungen einfügen und Veraltetes gegen Neues austauschen. Das Ar-

beitsbuch ist in acht Rubriken gegliedert; Randspalten geben dem Leser Gelegenheit, eigene Notizen anzubringen.

In der Rubrik „Notarztfortbildung“ werden all diejenigen Themen abgehandelt, die den Inhalt einer Fortbildung in Notfallmedizin ausmachen. Die „Richtlinien für die kardiopulmonale Reanimation“ werden regelmäßig neu bearbeitet. Die „Notfallmedikamente“ werden nach dem in der Notfallmedizin seit Jahren bewährten Raster vorgestellt. „Empfehlungen und Richtlinien“ der Fachgesellschaften und Ärzteverbände sind in einer Rubrik zusammengefaßt.

Die Rubriken „Organisationen und Adressen“ sowie „Kongresse“ dienen der allgemeinen notfallmedizinischen Information. Zum „Recht“ in der Notfallmedizin gibt es Fragen, die in der aktuellen Rechtsauffassung abgehandelt werden. In der Rubrik „Ausstattung und Geräte“ wird neben grundsätzlichen Empfehlungen auf Neuerungen hingewiesen.

Vorbeugender bau- licher Brandschutz

3. Überarbeitete Auflage

Von Kurt Klingsohr, Verlag
W. Kohlhammer, 7000 Stuttgart 80

Wer mit der Errichtung eines Gebäudes befaßt ist, sei er Bauherr, Architekt, Projektant oder Ausführer, der wird früher oder später mit Problemen des Vorbeugenden Brandschutzes in Berührung kommen. Es soll Aufgabe des vorliegenden Buches sein, den Zusammenhang zwischen den Zielvorstellungen des Vorbeugenden Brandschutzes, den grundlegenden Rechtsbestimmungen und den technischen Ausführungsmöglichkeiten herzustellen.

Damit soll das Verständnis für den Sinn der Bestimmungen gestärkt werden, die wegen ihrer Vielzahl und Streuung natürlich in diesem Rah-

men nicht einzeln dargestellt werden können. Da sie aber alle letztlich dem selben Ziele dienen, genügt es, das Gerüst des Systems „Vorbeugender Brandschutz“ darzustellen.

Die Schrift richtet sich weniger an den versierten Brandschutzexperten, sondern vielmehr an Studierende oder Auszubildende und Angehörige der Bauaufsicht, der Feuerwehr, Sicherheitsingenieure, Technische Aufsichtsbeamte und Betriebsleiter.

Notfälle im Krankenhaus

Aus der Reihe „Notfallmedizin“
Band 18

Herausgegeben von U. Nordmeyer,
G. Kalff und F. G. Müller,
perimed Fachbuch-Verlags-
gesellschaft mbH, 8520 Erlangen

Das Buch bietet ein aktuelles Wissen zu dem gesamten Themenkomplex. Besondere Bedeutung kommt dabei der engen Zusammenarbeit von Anästhesist, Operateur und Pflegepersonal in den Bereichen Anästhesie, Intensiv- und Notfallmedizin zu. Die breite Palette der Beiträge und die Darstellung der Problematik sowohl unter ärztlichen wie auch pflegerischen Aspekten sichert dem Leser eine praxisbezogene Weiterbildung.

Handbuch der medizinischen Katastrophenhilfe

2. neu bearbeitete Auflage

Von Ernst Rebentisch
Herausgegeben im Auftrag des
Wissenschaftlichen Beirates der
Bundesärztekammer, Werk-Verlag
Dr. Edmund Banaschewski GmbH,
8032 München-Gräfeling

Oberste Ziele der medizinischen Katastrophenhilfe sind die Rettung von Menschenleben und die erfolgreiche Behandlung von Geschädigten. Besonders wenn ein krasses

Mißverhältnis zwischen der Zahl der Hilfebedürftigen und der Zahl der zur Hilfe Fähigen besteht und unter schwierigen Bedingungen geholfen werden muß, gilt es, möglichst vielen Menschen das Überleben zu sichern und gesundheitliche Schäden von ihnen abzuwenden.

Dies geht weit über die alltägliche Notfallhilfe hinaus. Da der gut vorbereitete, informierte und umfassend fortgebildete Arzt mit seinen Helfern bester Garant für eine gezielte und erfolgreiche Behandlung von Gesundheitsschäden ist, spielt der ärztliche Einsatz in der Katastrophenhilfe eine entscheidende Rolle. Zur Festlegung von Prioritäten bei einem Massenansturm Hilfebedürftiger muß der Arzt außer diagnostischen und therapeutischen Fähigkeiten auch Kenntnisse über die Organisation der Hilfeleistung, des Abtransports und der weiteren Behandlung haben und speziell die Rechtsgrundlagen kennen.

Das Handbuch informiert über die aktuellen Gegebenheiten des Aufgabenbereiches. Es stellt die ethische und rechtlich begründete Pflicht des Arztes zur Hilfeleistung für jeden von einem Gesundheitsschaden betroffenen Menschen heraus und informiert über die Möglichkeiten der personellen und materiellen Unterstützung im Falle der Hilfeleistung.

In den fünf neuen Bundesländern gilt es, diese Grundsätze zu übernehmen, wobei auch die im Vergleich zu Westdeutschland ungleich höheren umweltmedizinischen Gefahrenpotentiale zu beachten sind. Das „Handbuch der medizinischen Katastrophenhilfe“ will zum allgemeinen und insbesondere ärztlichen Verständnis für die Möglichkeiten beitragen, Leben zu retten und katastrophenbedingte Gesundheitsschäden auf ein Minimum zu reduzieren.

Die Roten Hefte

Lehrschriften für den
Feuerwehrmann

Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Die Fachschriften der bewährten Reihe „Die Roten Hefte“ haben bereits ihren festen Platz in der Ausbildung und als Nachschlagewerk im

alltäglichen Dienst bei der Feuerwehr gefunden. Mit den vorliegenden sieben Neuauflagen werden die jeweiligen Themenkreise auf den aktuellen Stand gebracht:

Josef Schütz, **Feuerwehrfahrzeuge, Teil 2, Nr. 8b, 10. Auflage**

Hermann Schröder, **Einsatztaktik für den Gruppenführer, Nr. 10, 12. Auflage**

Johann Schwarzenbacher, **Baukunde für den Feuerwehrmann, Nr. 13, 6. Auflage**

Kurt Klingsohr, **Atemschutz, Nr. 15, 11. Auflage**

Hans Schönherr, **Pumpen in der Feuerwehr, Teil 1, Nr. 44a, 3. Auflage**

Georg Zimmermann, **Mechanik – Beispiele aus der Praxis, Nr. 49, 2. Auflage**

Willi Döbbemann/Günter Jensen, **Retten und Selbstretten aus Höhen und Tiefen, Nr. 54, 3. Auflage**

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Merk/Dusch/Beßlich/Roewer,
Zivilschutz und Zivilverteidigung, 64.–71. Ergänzungslieferung, Verlag W. Jüngling, 8047 Karlsruhe

Bartmann
Taucher-Handbuch 3. Ergänzungslieferung, ecomed verlagsgesellschaft mbH, 8910 Landsberg

Gerdemann/Korbmam/Kutter
Krankentransport und Rettungswesen, 50. und 51. Ergänzungslieferung, Erich Schmidt Verlag, 4800 Bielefeld 1

Brauer, **Handbuch Atemschutz, 33. Ergänzungslieferung, ecomed verlagsgesellschaft mbH, 8910 Landsberg**

Roeber/Such/Keil
Wassersicherstellungsgesetz Band 2: Leitfaden für den Praktiker 23. Ergänzungslieferung Verlag Franz Rehm GmbH & Co. KG, 8000 München 80

Rettungshubschrauber (RTH)

Begann die organisierte Luftrettung in Deutschland im November 1970 mit der Stationierung eines ADAC-Rettungshubschraubers in München („Christoph 1“), so startete das Bundesinnenministerium im Dezember 1971 mit einem Modellversuch zur Erprobung von Luftfahrzeugen im Rettungsdienst. Weitere Versuche folgten – und bis 1974 standen bereits elf Hubschrauber des Katastrophenschutzes im Einsatz. Heute besteht in den westlichen Bundesländern ein flächendeckendes Netz von Luftrettungsstationen, achtzehn davon sind mit Hubschraubern des Katastrophenschutzes ausgestattet.

KatS-Rettungshubschrauber stehen in den Typen MBB 105 und MBB 105 CBS (verlängerte Version) sowie Bell UH-1D (Hannover und Wittlich) und Bell 212 (Eutin und Bremen) im Einsatz. War die Farbgebung in der Vergangenheit Gelb, so finden wir sie heute in Reinorange (RAL 2004) mit schwarzer Beschriftung.

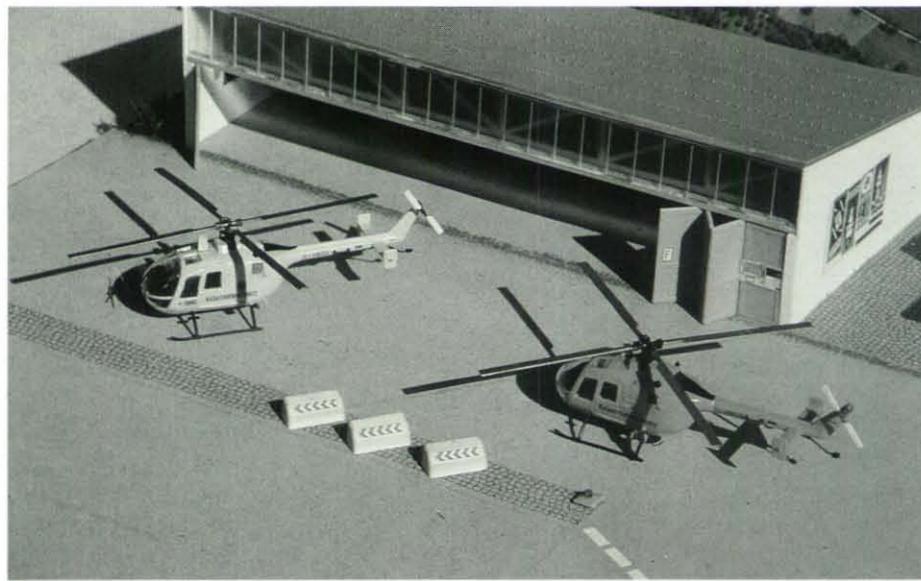


Ein Vorbild: KatS-Rettungshubschrauber, hier im Einsatz. Das Foto zeigt insbesondere die Beschriftung des Luftfahrzeuges, wie sie auch im Modell ermöglicht wird. (Foto: Göbel)

Die Modelle

Gab es bisher Grundmodelle der Hubschrauber-Typen MBB Bo 105 und Bell UH-1D nur in den Maßstäben 1:100 und 1:72, so bietet die Firma Roco seit einiger Zeit beide Typen im Maßstab 1:87/HO an. Die Modelle sind vorbildgerecht produziert und lassen sich in wenigen Arbeitsschritten hinsichtlich der tatsächlich existierenden Luftfahrzeuge optisch verfeinern. Die Verlängerung des MBB Bo 105-Modells zur MBB Bo 105 CBS wäre theoretisch möglich – aufgrund der unbestrittenen Schwierigkeiten soll sie hier jedoch nicht vorgestellt werden.

Das Roco-Grundmodell (Bestellnummer HO 1392) wird trotz vorgegebener Farbgebung in RAL 2004 (z. B. Humbrol Authentic Colour) lackiert (Grundierung in weiß-matt). Farblich ergänzt werden müssen die Verstreibungen der Glaskanzel. Schwarz abgesetzt werden die Kufen, das Rotoraggregat, die seitlichen Dachauspuffe und der Bereich hinter dem Turbinenauspuff (Dach). Alufarben (dunkel, auch eisenfarben) lackiert werden die Rotorblätter und der Antrieb des Heckrotors, dessen Rotorblätter wiederum weiß (matt) gestrichen werden. Zur Beschriftung dient der dem Modellbausatz beigegefügte Beschriftungssatz – zum Bau des



Rettungshubschrauber des Katastrophenschutzes (MBB BO 105) im Maßstab 1:87/HO: links die ältere Version in Gelb, rechts eine Maschine in der heutigen Farbgebung Reinorange (RAL 2004).

Modells steht eine Anleitung zur Verfügung.

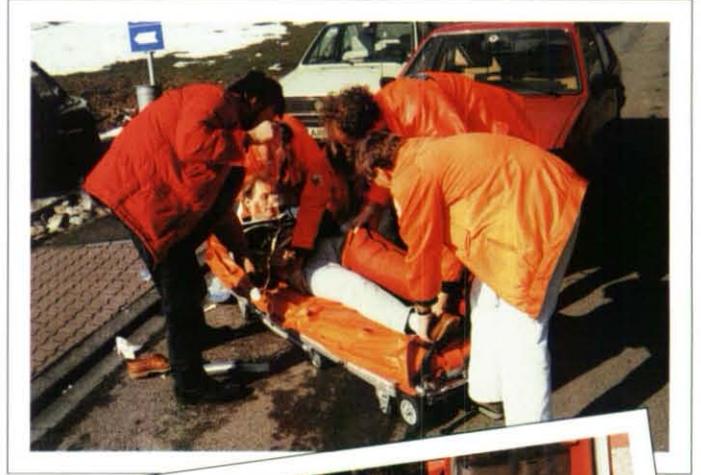
Alternativ kann das vorgestellte Modell auch in Gelb (alte Version des KatS-Hubschraubers) lackiert werden – eine hierfür geeignete Beschriftung liegt dem Bausatz ebenfalls bei. Als Grundmodell kann hier auch der Bausatz Nr. HO 1390 (ADAC-Rettungshubschrauber) verwendet werden (bessere Farbgrundlage), jedoch ist diesem Modell nur die entsprechende ADAC-Beschriftung beigegefügt.

Auch das Modell des Bell UH-1D steht bei Roco als Bausatz im Maßstab 1:87/HO

zur Verfügung (Bestellnummer HO 1389). Lackiert wird ebenfalls in Reinorange (RAL 2004), mattschwarz abgesetzt werden der Frontbereich, Rotoraggregate, die Oberseite der Kufen, Turbinenauspuff und -gitter sowie die Heckrotorblätter. Die Hauptrotorblätter erscheinen wieder eisen-/alufarbig (dunkel). Als Beschriftung wählt man die Buchstabenkennung D-HBZU.

Für den Hubschraubertyp Bell 212 steht derzeit kein Grundmodell im Maßstab 1:87/HO zur Verfügung.

Rettungsdienst auf dem Prüfstand



In der Bundesrepublik Deutschland (Alt-Bundesländer) werden jährlich rund sechs Millionen rettungsdienstliche Einsätze gefahren. Dies bedeutet, daß jährlich rund jeder zehnte Bundesbürger die Leistungen des Rettungsdienstes in Anspruch nimmt.

Aufgrund des sowohl organisatorischen und ausstattungsbezogenen als auch personellen Standards ist der Rettungsdienst mit seinen Komponenten der luft- und bodengebundenen Rettung in seiner heutigen Form integraler und leistungsfähiger Bestandteil des gesamten Gesundheitswesens der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Studie des „Instituts für Rettungsdienst“ des Deutschen Roten Kreuzes befaßt sich mit der Analyse des rettungsdienstlichen Einsatzgeschehens in den Alt-Bundesländern von 1985 bis 1988/89. Ziel dieser Studie ist es, anhand der Analysen Entwicklungstendenzen innerhalb des Systems „Rettungsdienst“ aufzuzeigen, die als Orientierungsdaten bei der Planung und Durchführung des Rettungsdienstes berücksichtigt werden sollten. Ein Bericht im Innern des Heftes geht ausführlich auf die Untersuchungsergebnisse ein.

(Fotos: Hohmann)

